

Genehmigt: 25.06.2026

Protokoll 09

Stadtratssitzung

Donnerstag, 21. Mai 2026, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Das Wortprotokoll mit Audio finden Sie auf unserer Website unter [Audioprotokoll](#)

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr	3
2023.SR.0112	4
1 Begrüssung und Mitteilungen	5
2026.SR.0128	5
2 Protokoll Stadtrat 06 vom 26.03.2026; Genehmigung	6
2026.SR.0133	6
3 Geschäftsprüfungskommission (GPK): Ersatzwahl Mitglied	6
2026.SR.0134	6
4 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl Mitglied	7
2026.SR.0135	7
5 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl stellvertretendes Mitglied	7
2026.SR.0136	7
6 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl stellvertretendes Mitglied	8
2026.SR.0154	8
7 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl stellvertretendes Mitglied	8
2013.GR.000070	8
8 Sozialhilfekommission: Amtsperiode 2025-2028; Ersatzwahlen	8
2026.SR.0095	8
9 Dringliche Motion: Erhalt des Lehrschwimmbeckens im Schulhaus Kleefeld sicherstellen	17
2020.FPI.000081	17
10 MFH Huberstrasse 18 und 20, 3008 Bern: Gesamtanierung; Baukredit	29
2020.FPI.000145	29
11 Mehrfamilienhäuser Zelgstrasse 18/20/20a/22, 3027 Bern; Gesamtanierung; Baukredit	29
2023.FPI.0059	29
12 Mehrfamilienhäuser Looslistrasse 37+39 und 31/33/35, 3027 Bern: Gesamtanierung; Baukredit	30
2024.FPI.0004	30
13 Melchiorstrasse 9, 3027 Bern: Gesamtanierung; Baukredit	

2026.TVS.0054.....	30
14 Velostation Bahnhofzugang Länggasse; Ausführungskredit (Investitionskredit) 2. UG und Kredit für wiederkehrende Ausgaben (Betrieb der Velostation) 2. UG (Abstimmungsbotschaft)	
Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr.....	34
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:25 Uhr	36
2026.TVS.0054.....	37
14 Velostation Bahnhofzugang Länggasse; Ausführungskredit (Investitionskredit) 2. UG und Kredit für wiederkehrende Ausgaben (Betrieb der Velostation) 2. UG (Abstimmungsbotschaft)	
2018.SR.000049.....	46
15 Interfraktionelle Motion GLP/JGLP, BDP/CVP, SP/JUSO, GFL/EVP (Matthias Egli, GLP/Michael Daphinoff, CVP/Benno Frauchiger, SP/Franziska Grossenbacher, GB/Matthias Stürmer, EVP) - übernommen durch Maurice Lindgren (GLP): Elektroautos als Teil der Mobilität in Bern anerkennen und geeignete Anreize schaffen; Fristverlängerung	
2019.SR.000308.....	50
16 Interfraktionelle Motion Fraktionen GB/JA!, GFL/EVP, GLP/JGLP, SP/JUSO (Franziska Grossenbacher, GB/Claude Grosjean, GLP/Brigitte Hilty Haller, GFL/Michael Sutter, SP) - übernommen durch Nora Krummen (SP): Bypass nur mit echter Stadtreparatur; Begründungsbericht	
2025.SR.0182	55
17 Postulat: Nach Nein zur Variante Bundesgasse-Kochergasse: Die Stadt soll die Optimierung des ÖV-Netzes im Stadtzentrum unabhängig überprüfen; Annahme / Prüfungsbericht	
2024.SR.0170	61
18 Postulat David Böhner (AL), Matteo Micieli (PdA): Kostenloser ÖV für Schulkinder in der Stadt Bern, Fristverlängerung	
2025.SR.0183	65
19 Postulat: 2. Tramachse Innenstadt: Laufende Arbeiten der Regionalkonferenz Bern-Mittelland nach eindeutiger Mitwirkung sofort abbrechen; Ablehnung	
Verschoben und eingereicht.....	66
Schluss der Sitzung: 22.23 Uhr.....	68

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Jelena Filipovic, Präsidentin

Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Emanuel Amrein
Oliver Berger
Gourab Bhowal
Lea Bill
David Böhner
Laura Brechbühler
Jacqueline Brügger
Carola Christen
Andreas Egli
Nik Eugster
Alexander Feuz
Dominik Fitze
Seraina Flury
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Helin Genis
Thomas Glauser
Evelyne Grieb

Simon Gyger
Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Anna Leissing
Nicolas Lutz
Denise Mäder
Esther Meier
Matteo Micieli
Szabolcs Mihályi
Tanja Miljanović
Dominic Nellen

Roger Nyffenegger
Cemal Özçelik
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Fabian Rüfenacht
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Lea Schweri
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Karel Ziehli
Vera Zotter

Stadtrat entschuldigt

Natalie Bertsch
Michael Burkard
Laura Curau
Anna Jegher
Raffael Joggi
Raphaël Karlen

Fuat Köçer
Nora Krummen
Mirjam Läderach
Christoph Leuppi
Corina Liebi

Maurice Lindgren
Salome Mathys
Irina Straubhaar
Raphaela Tschümperlin
Janosch Weyermann

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsidentin: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Anwesende, nehmt doch sehr gerne Platz. So schön, euch wieder zu sehen, und jetzt auch bei etwas schönerem Wetter.

Ich verliere keine Zeit und gebe schon die Entschuldigungen bekannt. Ich nehme an, es liegt nicht am schönen Wetter, sondern eher an den Festtagen, aber wir haben einige Entschuldigungen zu verkünden: Zum einen Michael Burkard von der GFL, Laura Curau von der Mitte, Mirjam Läderach vom GB, Christoph Leuppi von der GFL, Raffael Joggi von der AL, Corina Liebi von der JGLP, Irina Straubhaar von der GLP, Raphaela Tschümperlin von der SP und Janosch Weyermann von der SVP. Etwas später werden Natalie Bertsch von der GLP, Maurice Lindgren von der GLP und Denise Mäder von der GLP eintreffen.

Ich bin sehr froh, dass ich heute keine Rücktrittsschreiben verlesen muss. Umso mehr freue ich mich aber, dass ich gleich zwei neue Ratsmitglieder begrüssen darf. Zum einen Evelyne Grieb von der SP für die Nachfolge von Lena Allenspach und zum anderen Vera Zotter von der SP als Nachfolge für Shasime Osmani. Wir, Vera, kennen uns schon aus ausserparlamentarischen Kontexten. Ich bin überzeugt, dass dir die Arbeit hier im Parlament auch sehr Spass machen wird. Wir kennen uns noch nicht, Evelyne. Aber das heisst noch gar nichts. Das heisst: Wir können uns noch kennenlernen. Wir heissen euch als Stadtrat sehr herzlich willkommen und wünschen euch sehr viel Erfolg und Befriedigung im neuen Amt.

Applaus im Saal

Es gibt keine Geburtstage, auf die ich hinweisen möchte. Hingegen gibt es eine Mitteilung, auf die ich euch aufmerksam machen möchte. Und zwar habt ihr am 1. Mai eine Mail erhalten, eine Einladung für das Treffen zwischen der Burgergemeinde und dem Berner Stadtrat. Dieses Treffen findet am 4. Juni statt. Ich bin überzeugt, dass wir auf dem Elfenauhof einen spannenden Abend mit der Burgergemeinde haben werden, vor allem aber auch ein sehr feines Apéro. Darum bitte ich euch unbedingt, euch noch anzumelden, falls ihr das noch nicht getan haben. Die Anmeldefrist läuft noch bis zum 26. Mai.

Und dann wie immer, ihr wisst es: badgen nicht vergessen. Vielleicht für die neuen Stadträtinnen: unbedingt nicht vergessen, jedes Mal wieder einzubadgen und vor der Znachtpause auszubadgen und dann wieder einzubadgen. Die Vorstösse werden auch wie immer eingereicht: die dringlichen bis 21 Uhr und die übrigen bis 21.30 Uhr.

Wir kommen bereits zur ersten Abstimmung, und zwar – ihr habt es gesehen – gibt es einen Ordnungsantrag. Der Ordnungsantrag kommt von der FDP und von Michael Ruefer von der GFL. Hier geht es darum, dass wir das Traktandum 17 und 19 gemeinsam behandeln wollen. Und dann könnt ihr jetzt schon mal darüber abstimmen, ob ihr diesem Ordnungsantrag zustimmen möchtet.

Ordnungsantrag 1

FDP, Michael Ruefer (GFL)

Ordnungsantrag:

Die Traktanden 17 und 19 sollen gemeinsam behandelt werden.

Abstimmung Nr. 004

2023.SR.0112: Ordnungsantrag 1

Annahme

Ja	31
Nein	5
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt dem Ordnungsantrag zugestimmt. – Gibt es noch Unsicherheiten? – Gut, das scheint nicht der Fall zu sein.

Wir kommen jetzt zum Antrag der SVP für eine Diskussion zu einem aktuellen Ereignis. Wenn ihr dem Antrag der SVP auf Diskussion zustimmen möchtet, dann könnt ihr jetzt darüber abstimmen.

Antrag 2

SVP

Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis (Art. 49 GRSR):

Die Veranstalter eines Filmfestivals wollten in der Reitschule mit einem ehemaligen Polizisten über Flüchtlingspolitik diskutieren. Das Kino des Kultur-zentrums verbietet das jedoch kurzfristig. Die Festival-leitung spricht von Zensur. Nimmt der Gemeinderat weiterhin in Kauf, dass in Veranstaltungen der Reithalle Meinungen, die den Exponenten der Reithalle (hier Kino Reithalle), nicht passen, zensiert werden? Dürfen in der Reithalle an Podien und Veranstaltungen auch in Zukunft nur noch Meinungen vertreten werden, die den Exponenten passen? Ist ein solches Vorgehen in einem mit Leistungsvertrag subventionierten Kulturbetrieb erwünscht zulässig? Dies unter den Aspekten: Meinungsäusserungsfreiheit? Diskriminierungsverbot? Zugang zu Informationen? Kunstfreiheit? Kulturvermittlungsauftrag? Bildungsauftrag? Leitbild der Stadt Bern? Grundsätzen der städtischen Kulturpolitik?

Abstimmung Nr. 005

2023.SR.0112: Antrag 2

Ablehnung

Ja	9
Nein	39
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Antrag der SVP abgelehnt. Das heisst, es findet keine Diskussion zu einem aktuellen Ereignis statt.

2026.SR.0128

2 Protokoll Stadtrat 06 vom 26.03.2026; Genehmigung

Präsidentin: Wir kommen jetzt zum Traktandum 2, die Protokollgenehmigung von der Stadtratssitzung. Es sind keine Änderungsanträge eingegangen. Ist das Protokoll bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann bedanke ich mich ganz herzlich bei den Verfasser*innen des Protokolls.

Abstimmung

2026.SR.0128

Stillschweigende Genehmigung

2026.SR.0133

3 Geschäftsprüfungskommission (GPK): Ersatzwahl Mitglied

Präsidentin: Wir kommen jetzt zu Traktandum 3. Wir kommen zu den Wahlen. Es geht nämlich um die Geschäftsprüfungskommission, die GPK, die Ersatzwahl eines Mitglieds. Nominiert ist Evelyne Grieb von der SP. Gibt es weitere Wahlvorschläge für die GPK? – Besteht Diskussionsbedarf? – Dann kommen wir bereits zur Wahl. Wir stimmen mittels Handerheben ab. Wer also Evelyne Grieb in die GPK wählen möchte, kann jetzt die Hand hochhalten. – Sehr gut. Gibt es Enthaltungen?

Antrag 3

SP/JUSO

Der Stadtrat wählt Evelyne Grieb (SP) als Mitglied in die Geschäftsprüfungskommission (GPK) für die zurückgetretene Shasime Osmani (SP).

Wahl

2026.SR.0133

Gewählt per Handerheben

Präsidentin: Es gibt keine Enthaltungen, dann ist Evelyne somit einstimmig in die GPK gewählt worden. Wir gratulieren ganz herzlich zur Wahl.

2026.SR.0134

4 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl Mitglied

Präsidentin: Wir kommen jetzt zu den Traktanden 4 und 5, die wir gemeinsam behandeln werden. Hier geht es um Ersatzwahlen in die RWSU, zum einen die Ersatzwahl des stetigen Mitglieds, Chandru Somasundaram von der SP, und die Ersatzwahl des stellvertretenden Mitglieds, Jacqueline Brügger von der SP. Gibt es hier weitere Wahlvorschläge? – Diskussionsbedarf? – Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Wir kommen auch hier zur Wahl in Globo. Wer der Wahl so zustimmen möchte, stimmt gerne jetzt mittels Handerheben ab. Vielen Dank.

Antrag 1

SP/JUSO

Der Stadtrat wählt Chandru Somasundaram (SP) als Mitglied in die Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU) für die zurückgetretene Lena Allenspach (SP).

Wahl

2026.SR.0134

Gewählt per Handerheben

Präsidentin: Gibt es Enthaltungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Auch hier gratuliere ich ganz herzlich zur Wahl in die RWSU.

Wir waren noch nie so schnell beim Traktandum 7. Wir kommen jetzt zu den Traktanden 6 und 7.

2026.SR.0135

5 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl stellvertretendes Mitglied

Gemeinsame Beratung der Traktanden 4 und 5: siehe Traktandum 4.

Antrag 1

SP/JUSO

Der Stadtrat wählt Jacqueline Brügger (SP) als stellvertretendes Mitglied in die Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU) für die zurückgetretene Dominique Hodel (SP).

Wahl

2026.SR.0135

Gewählt per Handerheben

2026.SR.0136

6 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl stellvertretendes Mitglied

Präsidentin: Wir werden die Traktanden 6 und 7 ebenfalls gemeinsam behandeln. Hier geht es um die Ersatzwahlen für die SBK, Kommission für Soziales, Bildung und Kultur, Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds. Nominiert sind Raphaela Tschümperlin von der SP als stellvertretendes Mitglied, und ebenfalls Ersatzwahl für ein stellvertretendes Mitglied. Dafür ist Evelyne Grieb nominiert. Gibt es hier weitere Wahlvorschläge? – Diskussionsbedarf? – Dann kommen wir auch hier zur Wahl. Ihr könnt mittels Hand erheben die Wahl bestätigen.

Antrag 1

SP/JUSO

Der Stadtrat wählt Raphaela Tschümperlin (SP) als stellvertretendes Mitglied in die Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) für die zurückgetretene Shasime Osmani (SP).

Wahl

2026.SR.0136

Gewählt per Handerheben

Präsidentin: Gibt es Enthaltungen? – Keine, dann gratuliere ich auch hier ganz herzlich zur einstimmigen Wahl in die SBK. Wir kommen zum Traktandum 8.

2026.SR.0154

7 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl stellvertretendes Mitglied

Gemeinsame Beratung der Traktanden 6 und 7: siehe Traktandum 6.

Antrag 1

SP/JUSO

Der Stadtrat wählt Evelyne Grieb (SP) als stellvertretendes Mitglied in die Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) für die zurückgetretene Valentina Achermann (SP).

Wahl

2026.SR.0154

Gewählt per Handerheben

2013.GR.000070

8 Sozialhilfekommission: Amtsperiode 2025-2028; Ersatzwahlen

Präsidentin: Es geht um die Sozialhilfekommission, Amtsperiode 2025 bis 2028. Auch hier handelt es sich um die Ersatzwahlen. Bei dieser Wahl findet keine Vorberatung in der stadträtlichen Kommission statt. Darum erfolgt die Beratung hier im Stadtrat. Gibt es Diskussionsbedarf? – Möchte die Gemeinderätin Ursina Anderegg etwas dazu sagen? – Nein. Nominiert sind als Vertretung der Fraktion SP-JUSO für die Legislaturperiode 2025 bis 2028 in die Sozialhilfekommission Martin Krebs und Julia Weiss. Gibt es hier weitere Wahlvorschläge? – Das scheint nicht der Fall zu sein, also könnt ihr auch jetzt mittels Handerheben die Wahl bestätigen.

Wahl

2013.GR.000070

Gewählt per Handerheben

Präsidentin: Wunderbar. Gibt es Enthaltungen? – Ich nehme an, das ist keine Enthaltung. – Nein. Gut, dann gratuliere ich auch Martin Krebs und Julia Weiss zur einstimmigen Wahl in die Sozialhilfekommission.

2026.SR.0095

9 Dringliche Motion: Erhalt des Lehrschwimmbeckens im Schulhaus Kleefeld sicherstellen

Präsidentin: Wir kommen jetzt zum Traktandum 9: dringliche Motion "Erhalt des Lehrschwimmbeckens im Schulhaus Kleefeld". Die Motion ist bestritten. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden, Chandru Somasundaram.

Chandru Somasundaram (SP) für die Einreichenden: Wir sprechen heute nicht zum ersten Mal über das Lehrschwimmbecken (LSB) Kleefeld. Der Stadtrat verlangt schon

seit 2024, dass ihm zu diesem Geschäft eine Grundlage vorgelegt wird, eine nachvollziehbare Gegenüberstellung von Schliessung, Umnutzung, Sanierung light und Weiterbetrieb. Denn, bevor wir städtische Infrastruktur abbauen, müssen wir wissen, was dieser Abbau überhaupt bringt, sei dies finanziell, betrieblich oder bildungspolitisch.

Ja, die spätere Aufhebung des Beckens war 2019 Teil der grossen Baukreditvorlage. Das soll man fairerweise auch sagen. Aber ebenso fair ist Folgendes: Es ging damals um ein Gesamtprojekt von über 54 Mio. Franken mit Schulhausneubauten und Turnhallesanierungen. Die spätere Umnutzung des Beckens war darin eine Planungsannahme, nicht der eigentliche Kern der Vorlage. Und seit damals hat sich die Lage verändert. Die Schliessung des LSB war nicht Gegenstand der öffentlichen Diskussion, kein explizit abgewogener Entscheid der Bevölkerung. Wer sagt, die Stimmbevölkerung habe 2019 bewusst und in voller Kenntnis für die LSB-Schliessung gestimmt, überdehnt dieses Argument aus unserer Sicht. Und selbst wenn man den Volksentscheid als Grundlage akzeptiert, politische Beschlüsse können revidiert werden, wenn sich die Ausgangslage ändert oder neue Erkenntnisse vorliegen. Ich erinnere hier gerne an die Petition zum Erhalt des Schwimmbeckens mit über 1'500 Unterschriften.

Der Stadtrat hat mit 59 zu 11 Stimmen festgestellt, dass er die Schliessung nochmals überprüfen möchte. Vor allem aber sagt der Gemeinderat ja selbst, dass im Westen Berns Kinder seltener ausserhalb der Schule schwimmen lernen und dass man deshalb aus Gründen der Chancengerechtigkeit gerade dort früher und über mehrere Jahre hinweg Schwimmunterricht anbieten soll. Die Nähe zu dem Lehrschwimmbecken sei dafür ein zentraler Faktor. Wenn das so ist, dann kann die Antwort doch nicht sein, ausgerechnet in einem migrantisch geprägten Quartier eine gut genutzte städtische Infrastruktur zu schliessen.

Und damit komme ich auch zum Finanzargument. Der Gemeinderat begründet seine Haltung im Wesentlichen damit, dass im AFP 2026 bis 2029 keine Mittel für die Sanierung eingestellt seien. Aber ein fehlender Budgeteintrag ist noch kein Sachargument. Er beschreibt nur, dass der Gemeinderat nichts eingestellt hat. Im AFP selbst finden wir zur Schliessung genau eine explizite Position: minus 200'000 Franken pro Jahr im Schulamt bei null abgebauten Stellen – nicht eine vollständige Wirtschaftlichkeitsrechnung, nicht eine Gegenüberstellung der Folgekosten einer Umnutzung, sondern eine einzelne Budgetposition. Diese Basis reicht aus unserer Sicht nicht aus, einen Service public irreversibel zu schliessen. Dazu kommt: Der Gemeinderat selbst schreibt 2024, die Sanierungskosten seien ohne vertiefte Abklärung schwierig einzuschätzen, und nennt dann 4, später aber auch mal 7 Mio. Franken. Wenn die Schätzung selbst ausdrücklich grob ist, dann ist die einzige saubere Konsequenz, die Varianten seriös auszuarbeiten, zumal auch eine Umnutzung Geld kostet. Wer umbauen will, muss den Umbau rechnen. Wer schliessen will, muss die reale Nettoeinsparung belegen. Beides liegt heute nicht auf dem Tisch.

Es geht halt auch um etwas sehr viel Grundlegenderes, um die Frage, ob die Stadt bereit ist, funktionierende Infrastruktur aufzugeben, obwohl ihr die notwendige Entscheidungsgrundlage fehlt. Der Stadtrat hat sich 2024 bereits deutlich geäussert mit 59 zu 11 Stimmen. Und formal ist es korrekt, dass eine Richtlinienmotion den Gemeinderat nicht rechtlich bindet. Politisch ist es aber etwas anderes, wenn eine vom Stadtrat mehrheitlich überwiesene Richtlinie faktisch über den Umweg des Budgets ausgehebelt wird. Das ist nicht einfach Vollzug, sondern kommt fast schon einem Ignorieren einer parlamentarischen Mehrheit nahe – ein formal korrektes, aber politisch heikles Manöver, das ich persönlich besorgt zur Kenntnis nehme. Ich frage mich tatsächlich: Muss von nun an jede städtische Infrastruktur auch über einen Budgetantrag abgesichert werden? Aus Sicht der Einreichenden ist deshalb zu sagen: Stoppen wir die Schliessung,

legen wir endlich die Varianten mit Zahlen, Zeithorizont und Folgekosten vor. Ich bitte deshalb, die dringliche Motion zu unterstützen; nicht, weil heute schon endgültig über eine Sanierung entschieden werden müsste, sondern weil wir von einem irreversiblen Entscheid zuerst das Minimum dessen verlangen sollten, was dieses Parlament erwarten darf: Transparenz, Vergleichbarkeit und eine ehrliche Rechnung.

Präsidentin: Vielen Dank. Die Redner*innen-Liste wäre jetzt offen für die Fraktionsvoten. Als erstes gerne Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich möchte zuerst Chandru danken. Ich kann jedes Wort, das er vorhin gesagt hat, unterschreiben. Ich bleibe sehr kurz. Wir von der SVP haben miteingereicht und haben gewusst, dass er diesen Vorstoss vertritt. Wir sind auch dafür. Vielleicht auch eine kleine Kritik an den Gemeinderat: Ich bin sehr enttäuscht. Ich bin auch sehr enttäuscht darüber – das sage ich an dieser Stelle auch als Jurist –, dass er den Vorstoss als Richtlinienmotion anschaut. Wir haben nämlich ganz klar den Antrag mit hineingenommen, dass im nächsten Integrierten Aufgaben- und Finanzplan die notwendigen finanziellen Mittel für die Sanierung sowie für den Weiterbetrieb des Lehrschwimmbeckens Kleefeld verbindlich einzustellen sind. Meines Erachtens ist das keine Richtlinienmotion. Ich hoffe, dass wir heute Abend dem Vorstoss zustimmen. Ihr wisst, ich bin einer, der sich für das Sparen einsetzt. Aber wenn ich sehe, wie viel Geld man für Citysoftnet ausgegeben hat, zig Millionen, die gar nichts nützen, die gar nichts bringen, bin ich der Meinung, sollte man etwas machen für die Jugendlichen, insbesondere aus dem benachteiligten Quartier West, und das Geld auch einstellen. Danke für die Unterstützung. Merci.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes gerne Seraphine Iseli für die GB/JA!-Fraktion.

Seraphine Iseli (GB) für die Fraktion: Ich glaube, wir sind uns alle einig: Schwimmen zu können an einem Ort, an dem ein wunderschöner, aber auch gefährlicher und starker Fluss fließt, ist sehr wichtig. Und dass alle Berner Schulkinder Schwimmunterricht haben müssen und der Lehrplan 21 umgesetzt werden muss, auch darin sind wir uns einig. Und auch der Gemeinderat ist da mit uns. Und auch für ihn hat die Sicherstellung des obligatorischen Schwimmunterrichts einen sehr hohen Stellenwert. Als vor zwei Jahren die erste Kleine Anfrage und dann auch eine Motion eingereicht wurden, das Lehrschwimmbecken im Kleefeld zu sanieren und nicht zu schliessen, war unsere Fraktion dabei. Und wir waren auch stets mit den Bewohner*innen des Kleefelds in Kontakt, die sich ja immer für den Erhalt ihres Schwimmbeckens stark gemacht haben. Wie wir bereits gehört haben, wurde diese Motion als Richtlinie überwiesen. Und trotzdem hat jetzt der Gemeinderat aus finanzpolitischen Gründen beschlossen, das Becken zu schliessen.

Ich erinnere gerne daran: Es war eine von vielen Sparnassnahmen der BSS als die grösste Direktion, die absolut immer am meisten sparen musste, um zu einer schwarzen Null im städtischen Budget beizutragen. Leider führen die meisten Fraktionen hier im Saal von der SP bis zur SVP die Budgetdebatten jeweils mit einem Taschenrechner, weil sie die schwarze Null als das wichtigste Ziel im Budget erachten. Und deshalb verstehen wir auch nicht, warum ihr kein Geld für den Erhalt des Lehrschwimmbeckens eingestellt habt. Wir haben diesen Antrag damals nicht gestellt, weil wir für chancenlos hielten, dass ihr ihn unterstützen würdet, weil wir wissen, wie viele andere sinnvolle Projekte ihr jeweils dieser schwarzen Null opfert. Ein Budget ist kein abstraktes Gebilde. Es ist kein Rechnungsspiel, das keinerlei Auswirkungen hat, die man dann nicht

spürt. Und indem ihr beim Budget auf diese schwarze Null pocht, nehmt ihr eben auch in Kauf, dass tolle lebenswerte Orte wie ein Schwimmbad nicht saniert und nicht instandgehalten werden können. Es ist hier einfach entweder/oder und im Herbst habt ihr euch für ein ausgewogenes Budget und gegen das Hallenbad entschieden. Sparen hat konkrete Konsequenzen und tut weh und dies gerade bei einer Direktion wie der BSS, die Themen beinhaltet, die einfach sehr nahe am Alltag der Menschen sind. Und ich hoffe sehr, dass ihr aus der heutigen Diskussion Konsequenzen für die Budgetdebatte im Herbst zieht, und dort entsprechende Mittel einstellt für die Projekte, die euch am Herzen liegen, dass ihr dann ein wenig weniger den Taschenrechner und mehr die Menschen, die von den Sparübungen betroffen sind, im Blick habt.

Wir werden uns heute enthalten, weil wir nämlich einverstanden sind mit dem Kern der Motion. Wir sind auch nicht glücklich mit dem Entscheid, das Bad zu schliessen. Wir haben es, wie gesagt, im ersten Anlauf unterstützt, und hätten es begrüsst, dass die Kleefeldkinder in ihrem eigenen Quartier schwimmen lernen können. Aber wir haben uns vor einem halben Jahr im Budgetprozess für eine andere Priorisierung entschieden. Wir haben damals versucht, Sparmassnahmen bei anderen Projekten, die aus unserer Sicht mehr Menschen noch mehr weh getan hätten, rückgängig zu machen. Deshalb haben wir einen weiteren Weg ins Schwimmbad in Kauf genommen.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Nik Eugster von der FDP-Fraktion.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Zuerst: Seraphine Iseli, es ist wichtig, bei der Budgetdebatte den Taschenrechner dabeizuhaben. Ein Budget hat mit Zahlen zu tun, es ist eine Rechnung. Ich finde es spannend, welche Pirouetten man da macht beim GB, und plötzlich huldigt man dem Sparen – ganz neue Töne.

Wir sind normalerweise nicht die, die sagen, "ja, macht es trotzdem", wenn der Gemeinderat eine Möglichkeit sieht, Geld einzusparen. Aber hier machen wir es dennoch. Warum? Der Gemeinderat sagt, es habe andernorts genügend Kapazitäten. Das sagt die Schuldirektion, welche in den letzten Jahren bei der Schulraumplanung immer wieder danebengegriffen hat. Es hat sich verbessert, das muss ich sagen. Aber bis sie ein Sternchen im Heftchen kriegen, braucht es noch ein bisschen. Deshalb sagen wir: Lieber etwas erhalten, statt später teuer etwas Neues bauen zu lassen.

Er sagt, es habe genügend Kapazitäten andernorts. Ich vermisste eine genaue Zusammenstellung in der Antwort der Motion. Der Vorstoss ist zwar als dringlich statuiert gewesen und er hat deshalb für die Antwort auch nicht viel Zeit gehabt. Aber wenn ihr die Zahlen habt, wie ihr das ja behauptet, denn irgendwas muss eure Annahme, dass es andernorts genügend Kapazität hat, ja auch begründen, dann könnt ihr uns die doch auch einfach zeigen – Copy-Paste. Dann ist es kein Aufwand, eine etwas überzeugendere Antwort zu schreiben. Deshalb gibt es auch hier kein Sternchen ins Schulheft. Und deshalb finden wir weiterhin, der Gemeinderat möge das im Rahmen der Richtlinie prüfen. Wir werden annehmen.

Präsidentin: Als nächstes gerne Mirjam Roder für die GFL-Fraktion.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Zuerst das Werbeverbot, dann das Lehrschwimmbecken. Ich bin schon gespannt, welche Parlamentsentscheidungen wir in der kommenden Budgetdebatte im Herbst wieder rückgängig machen. Beim Werbeverbot haben wir den Entscheid wenigstens selbst rückgängig gemacht, das ist beim Lehrschwimmbecken nicht der Fall. Aber natürlich, es wurde schon oft gesagt, im Unterschied zum Werbeverbot handelt es sich hier nur um eine Richtlinienmotion. Der parlamentarische

Entscheid ist für den Gemeinderat also logisch nicht bindend. Das heisst natürlich, Chandru hat es auch gesagt: Formal ist hier alles korrekt. Der Gemeinderat ist nicht verpflichtet, eine Richtlinienmotion umzusetzen, und es ist sein gutes Recht, die entsprechenden Gelder aus dem Budget zu streichen. Und ja, wir haben es tatsächlich verpasst, hier rechtzeitig einen gegenteiligen Antrag zu stellen. Das lässt sich leider nicht wegdiskutieren, vor allem, weil, und das muss ich an dieser Stelle deutlich sagen, die BSS die einzige Direktion ist, die ihre Kürzungen transparent ausgewiesen hat; etwas, das wir von allen Direktionen verlangt haben, aber nur die BSS umgesetzt hat. Ich hoffe sehr, dass dieses Jahr die anderen Direktionen nachziehen. Deshalb, wie gesagt: Formal ist alles korrekt, trotzdem finden wir: Es ist nicht so ganz die feine Art. Wir finden, es ist nicht die feine Art, mit einem Begründungsbericht zur ursprünglichen Motion so lange zuzuwarten und gleichzeitig den Betrag schon vorher aus dem Budget zu streichen, obwohl für den Gemeinderat offenbar schon längst klar war, in welche Richtung es gehen soll.

Und wir finden es auch nicht so die feine Art, dass es dazu nicht mal eine Medienmitteilung gab. Auch das ist natürlich keine Pflicht, aber wir finden, in einer konstruktiven Partnerschaft sollte aktiv kommuniziert werden. Bereits beim ersten Mal wurde die geplante Schliessung nur in einem Nebensatz der Abstimmungsbotschaft zur Schwimmhalle Neufeld erwähnt. Und auch die Schulkommission Bümpliz wurde lediglich über den Entscheid informiert. Das weiss ich, weil ich vorher gerade noch mit einem Schulkommissionsmitglied der FDP telefoniert habe. Ich weiss nicht, ob bewusst auf eine aktive Kommunikation verzichtet wurde, weil befürchtet wurde, dass wieder alle gleich auf die Barrikaden gehen wie damals beim Friedhof Bümpliz. Ich weiss schon: Wir aus Bern West sind gut darin, auf die Barrikaden zu gehen, und wir drücken auch gerne mal auf die Tränendrüsen – das ist so – wahrscheinlich stärker als jeder andere Stadtteil. Wir sind quasi die Oberländer der Stadt Bern. Und deshalb muss ich an dieser Stelle ganz klar Seraphine Iseli widersprechen: Nein, oder zumindest von unserer Seite her, wir haben es schlicht verpasst. Und ein solcher Antrag, wenn ihr ihn gestellt hättet, hätte auf jeden Fall gute Chancen gehabt. Schaut doch, wie sich hier alle dafür einsetzen, wie sie sich bei der ursprünglichen Motion dafür eingesetzt haben und auch jetzt noch – von links bis rechts. Also ich finde das ehrlich gesagt ein wirklich komisches Argument zu sagen, ihr hättet, weil wir auf die schwarze Null pochen, darauf verzichtet. Wie gesagt: Dass man sich vor entsprechenden Reaktionen fürchtet, kann ich durchaus verstehen. Aber ich hoffe, die Gemeinderätin hat auch umgekehrt etwas Verständnis für unseren Unmut. Als Grund werden eben, wie gesagt, die Finanzen genannt. Alle Direktionen stehen unter Spardruck. Und wir als Parlament, da muss ich Seraphine recht geben, machen ebenfalls Druck, dass das Budget ausgeglichen sein soll. Das ist so. Und dass das dann schwierig ist, verstehe ich sehr gut. Aber ehrlich gesagt, hättet ihr das ja ohne Weiteres auch auf uns abschieben können. Die politische Absichtserklärung war ja so deutlich, von links bis rechts. Alle ausser der GLP haben der ursprünglichen Motion zugestimmt.

Gemäss Budget geht es hier offenbar um jährliche Einsparungen von rund 200'000 Franken. Und, ja klar, das Bad ist offenbar sanierungsbedürftig. Aber wie Chandru schon ausgeführt hat: Wie viel eine Sanierung tatsächlich gekostet hätte, scheint bis heute nicht wirklich klar zu sein, weil das offenbar nie vertieft geprüft wurde beziehungsweise immer wieder unterschiedliche Zahlen im Raum standen. Aber eben auch der Rückbau oder eine allfällige Umnutzung würden Geld kosten. Und deshalb stellt sich für uns die Frage: Ist es sinnvoller, bestehende Infrastruktur zurückzubauen, statt sie weiter zu nutzen, so wie sie ist, vor allem wenn man später vielleicht feststellt, dass doch zusätzliche Wasserflächen gebraucht werden und wieder neu gebaut werden

müsste? Ist es nicht nachhaltiger, auch finanzpolitisch, bestehende Infrastruktur, wie Nik es gesagt hat, möglichst lange sinnvoll zu nutzen? Wir haben unsere Meinung seit der ursprünglichen Motion jedenfalls nicht geändert, anders als leider offenbar das GB. Am Inhalt hat sich nichts verändert. Der Bedarf ist weiterhin klar ausgewiesen. Das Lehrschwimmbecken erfüllt heute einen konkreten Zweck im Berner Westen. Schwimmunterricht ist kein Luxusprojekt, sondern Teil des Bildungsauftrags und auch eine Frage der Sicherheit und der Chancengerechtigkeit.

Der Gemeinderat hat in seiner Antwort auf die ursprüngliche Motion selbst festgehalten, dass er nicht ausschliessen könne, dass die Schliessung des Lehrschwimmbeckens Kleefeld eine Reduktion des schulischen Schwimmsports im Stadtteil 6 nach sich ziehen würde. Und wie gesagt, ich habe vorher noch mit einem Schulkommmissionsmitglied telefoniert. Und er hat mich nochmals auch darauf hingewiesen, dass bekanntlich dann das Hallenbad Weyermanns Haus geschlossen ist, und dass das faktisch dazu führt, dass der Schwimmunterricht bis zur 4. Klasse nicht stattfinden kann. Und das, wie es Chandru schon ausgeführt hat, ist besonders im Stadtteil 6 sehr fatal, wo die Eltern nicht die Ressourcen und Kapazitäten haben, ihren Kindern das Schwimmen beizubringen. Deshalb: Wir finden, das geht nicht, und wir werden auch dieser Motion ganz klar zustimmen.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Szabolcs Mihályi für die SP-JUSO-Fraktion.

Szabolcs Mihályi (SP) für die Fraktion: Als wir den Vorstoss eingereicht haben, wurde mir noch aus der Schulkommission aus dem Osten der Stadt gesagt, der Schwimmunterricht sei dort wegen mangelnder Wasserfläche nicht für alle Kinder vor der 4. Klasse gewährleistet. Das ist übrigens dann, wenn die Kinder gemäss Lehrplan 21 bereits schwimmen können müssten. Was hat das mit dem Osten zu tun? Es geht hier eben um die ganze Stadt. Inzwischen ist die Situation gemäss den Stadtbehörden besser. Alle Kinder haben angeblich genug Schwimmfläche, um schwimmen zu lernen. Wir sind eine Schwimmstadt. Die Aare hat zwar noch 12 Grad, aber schon in einigen Wochen werden zu Tausenden Berner bis Bernerinnen die Badis und die Aare füllen. Umso wichtiger ist es, dass alle Kinder unabhängig vom Schwimmtalent und Portemonnaie ihrer Eltern schwimmen lernen. Es geht hier um Sicherheit. Es mag sein, dass nun die Wasserfläche stadtweit für den Schwimmunterricht ausreicht, auch gerade im Westen. Aber das dürfte nicht lange dauern. In Bümpliz sind hunderte, in Bethlehem tausende neue Wohnungen in neuen Überbauungen geplant. Bottigenstrasse, EWB-Hochhäuser, Riedbachstrasse und vor allem Untermatt Ost.

All die zuziehenden Familien werden für ihre Kinder auch Schwimmunterricht brauchen. Wenn der Rest der Stadt schon zu einem grossen Teil auf das Weyermannshausbad angewiesen ist, wird das alles nicht besser; nicht im Westen, nicht im Rest der Stadt. Ausserdem werden zurzeit im Westen ganze Hochhäuser geräumt und saniert. Dies hat in den letzten Jahren dort tatsächlich zu weniger Kindern und sogar Klassenschliessungen geführt in den Schulen. Die Kinderschar wird aber zurückkommen und dann wird die Schwimmfläche wieder knapp. Zu guter Letzt bleibt der Hinweis auch, dass die dortige Schulkommission in Bümpliz, die Eltern, das Quartier, die Quartierkommission und der Stadtrat das Anliegen unterstützt haben, das Lehrschwimmbecken im Kleefeld zu erhalten. Die Planung der Stadt wirkt hier leider etwas kurzsichtig und erinnert damit an die langjährigen Probleme, die wir bei der Schulraumplanung gesehen haben. Dass dies jetzt als Sparmassnahme daherkommt, macht die Sache auch nicht besser, denn das Problem wird in die Zukunft verschoben, wo dann in einigen Jahren wohl viel mehr

Geld, als die Sanierung kosten würde, für zusätzliche Schulbecken nötig wird. Die Kinder werden auf dem Trocknen bleiben.

Die SP-JUSO-Fraktion wird der Motion zustimmen.

Präsidentin: Ich bitte um etwas Ruhe. Als nächstes Fabian Rüfenacht von der GLP-EVP-Fraktion.

Fabian Rüfenacht (GLP) für die Fraktion: Die GLP-EVP-Fraktion lehnt die vorliegende Motion grossmehrheitlich ab. Diese Ablehnung ist jedoch nicht als Zeichen gegen den Schwimmunterricht an den Schulen zu verstehen. Im Gegenteil, die GLP-EVP-Fraktion erachtet den Schwimmunterricht als sehr wichtig. Schwimmenlernen ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit. Es ist Teil des Bildungsauftrags und eine Frage der Sicherheit für alle Kinder dieser Stadt. Gemäss Gemeinderat kann der obligatorische Schwimmunterricht jedoch auch mit der Schliessung des Lehrschwimmbeckens Kleefeld gewährleistet werden. Die bestehenden Wasserflächen beispielsweise in Bethlehem, Bümpliz und Gäbelbach sowie in der neuen Schwimmhalle Neufeld reichen hierfür aus. Weil der Erhalt des veralteten Lehrschwimmbeckens Kleefeld somit nicht zwingend notwendig ist und die finanzpolitischen Realitäten die Stadt zu Priorisierungen zwingen, lehnen wir die vorliegende Motion, wie erwähnt, grossmehrheitlich ab.

Der neue Gemeinderat hat bekanntlich einen finanzpolitischen Kompass erarbeitet, der die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt mit einem verantwortungsvollen Einsatz der vorhandenen Ressourcen langfristig sichern soll. Diesen Kurs unterstützen wir. Deshalb können wir nicht eine Motion überweisen, welche die Finanzstabilität der Stadt ohne erkennbare zwingende Notwendigkeit schwächen würde. Die GLP-Fraktion wird die Motion, wie erwähnt, grossmehrheitlich aus den genannten Gründen ablehnen.

Das ändert jedoch nichts daran, dass wir erwarten, dass der obligatorische Schwimmunterricht für alle Schülerinnen und Schüler, wie vom Gemeinderat zugesichert, mit den vorhandenen Wasserflächen in der notwendigen Qualität sichergestellt wird. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Als nächstes Andreas Egli von der Mitte-Fraktion.

Andreas Egli (Mitte) für die Fraktion: Nun ja, wir haben in der Budgetdebatte zu wenig gut aufgepasst und diese eine Zeile in dem über 200-seitigen Dokument übersehen. Ja, in der Abstimmungsbotschaft vom Mai 2019 war erwähnt, dass das Lehrschwimmbecken nach der Sanierung der Turnhalle nur noch während vier bis fünf Jahren weiterbetrieben wird. Und ja, die Finanzlage ist angespannt. Darin sind wir uns alle einig. Trotzdem: Wir sind mit der Antwort des Gemeinderates nicht so glücklich, und zwar nicht, weil er uns zwischen den Zeilen gefühlt einen "selbst schuld" an den Kopf wirft, sondern weil man die Geschichte durchaus auch anders lesen kann.

Die Abstimmungsbotschaft war deutlich. Ja. Aber vielleicht haben die Stimmbürger*innen die Kröte der Schliessung nur geschluckt, weil sie nicht das gesamte Projekt gefährden wollten. Der Ja-Stimmen-Anteil im betroffenen Stadtteil war im Vergleich zu den anderen Stadtteilen nämlich deutlich tiefer. Klammer auf: Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Differenz rein zufällig ist, liegt statistisch bei weniger als 0,3%. Klammer zu. Warum, sagen die Zahlen natürlich nicht.

Und auch andere Schulhausprojekte, zum Beispiel das Primarschulhaus im Kirchenfeld, erzielten im betroffenen Stadtteil einen tieferen Ja-Stimmen-Anteil. Aber Ende 2023 wurde der Gemeinderat mittels des Vorstosses darauf aufmerksam gemacht, dass die betroffenen Schulkommissionen und die Schulleitungen einen Weiterbetrieb wünschen

– ein weiteres Signal von Betroffenen für den Erhalt des Schwimmbeckens. Im Juni 2024 dann die schon erwähnte mit 59 zu 11 deutlich angenommene Motion. In seiner Antwort dazu schreibt der Gemeinderat, dass gerade im Westen Berns wegen des dort bereits mit jüngeren Klassen stattfindenden Schwimmunterrichts die Nähe zu den Lehrschwimmbecken zentral sei – ob eine halbe Stunde mit dem ÖV vom Kleefeld ins Neufeld als "in der Nähe" bezeichnet werden kann, weiss ich nicht –, und etwas weiter, dass er nicht ausschliessen könne, dass die Schliessung des Lehrschwimmbeckens eine Reduktion des schulischen Schwimmsports nach sich ziehe, also genau jenes Szenario, welches er aufgrund der Chancengleichheit eigentlich unbedingt vermeiden wollte. Wir sprechen hier über eine Richtlinienmotion. Was damit geschieht, obliegt dem Gemeinderat.

Hoffen wir also, dass die Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung mit ihrer Prognose im Bildungsbericht 2026 recht behält und die Schüler*innenzahlen auf Primarstufe bald und deutlich sinken. Falls nicht, sind wir gespannt darauf, wie dem zusätzlichen Bedarf an Schwimmbecken nachgekommen wird, ohne der Öffentlichkeit und den Clubs das Neufeld wieder wegzunehmen, und/oder die Schüler*innen für den Unterricht quer durch die halbe Stadt zu fahren.

Immerhin, der Grund für die Ablehnung all der Vorstösse durch den Gemeinderat blieb über all die Jahre konstant, nämlich die angespannte Finanzlage. Darüber müssen wir nicht debattieren, das haben wir gehört, darin sind wir uns alle einig. Bedenkt einfach: Eine Sanierung des Lehrschwimmbeckens würde gleich viel kosten wie zum Beispiel das zweite Untergeschoss der neuen Velostation am Bahnhof – das steht dann für heute später auch noch auf der Traktandenliste.

Und zum Schluss nur noch eine kleine Bitte: Im gesprochenen Baukredit sind die Kosten für den Umbau des Lehrschwimmbeckens in einen Mehrzweckraum bereits enthalten. Angesichts der wiederholt ins Feld geführten angespannten Finanzlage wäre es schön, wenn wir da nicht über einen Nachkredit diskutieren müssen.

Die Mitte wird deshalb die Motion annehmen.

Präsidentin: Vielen Dank. Ich gehe davon aus, dass es ein Einzelvotum ist, Ueli, weil Alex schon gesprochen hat. – Gut, dann könnt ihr euch jetzt für die Einzelvoten anmelden. Als nächstes Ueli Jaisli, SVP.

Ueli Jaisli (SVP), Einzelvotum: Ich selbst wohne an der Bottigenstrasse 85. Das gehört zum Quartier Kleefeld. Und wir haben im Moment die Situation, dass die Bevölkerung dort wachsen wird. Leider ist es so, dass die Schrebergärten, die noch zum Kleefeld gehören, aufgehoben werden, und es dort in den nächsten 2, 3, 4, 5 Jahren eine Überbauung gibt. Eine Überbauung heisst: Es gibt sicher neue Wohnungen und es gibt Familien, die dort mit Kindern einziehen werden. Es gibt mehr Schüler, die Schülerzahl wird zunehmen.

Daher ist dieses Bad in der Gegend Kleefeld eine absolute Notwendigkeit. Wenn man jetzt dort wieder spart und einen Rückbau macht, der auch abertausende Franken kostet, ist das absolut nicht sinnvoll. Ich erachte es als absolute Notwendigkeit, dass man es jetzt an die Hand nimmt, dass man das Bad ausbaut. Wir haben die Situation in Bern, dass die Schwimmflächen der bestehenden Bäder schon ziemlich ausgebucht sind. Mehr Leute werden in die Stadt kommen, und wir werden quasi gezwungen sein, nachher vielleicht zusätzlich wieder ein Bad zu bauen, wobei eben die Kosten natürlich etliches höher sein werden als die Sanierung, die man jetzt plant.

Darum: Wir werden die Motion sicher annehmen. Danke.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Es scheint keine weiteren Einzelvoten zu geben, dann übergebe ich jetzt der Gemeinderätin Ursina Anderegg das Wort.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Guten Abend miteinander. Der Gemeinderat misst der Wassersicherheit grosse Bedeutung bei. Gerade in einer Stadt wie Bern mit ihren vielfältigen Gewässern ist zentral, dass alle Kinder lernen, sich sicher im und am Wasser zu bewegen. Das hat auch in der Stadt schon lange Tradition und wir engagieren uns alle schon lange im höheren Ausmass wie andere Gemeinden, was die Wassersicherheit anbelangt. Es soll möglichst alles unternommen werden, dass es bei Kindern vor allem auch keine Ertrinkungsunfälle mehr gibt und auch sonst keine Unfälle. Deshalb ist in der Stadt Bern der Schwimmunterricht Teil des obligatorischen Sportunterrichts. Und deshalb stellt die Stadt auch weiterhin sicher, dass alle Schüler*innen die grundlegenden Wassersicherheitskompetenzen erwerben können. Im Fokus steht dabei das Bestehen des sogenannten Wassersicherheitschecks WSC. Durch diese lernen Kinder, wie sie sich sicher aus dem Wasser retten können. Bestehen Schüler*innen diesen Check im Rahmen des Schulschwimmunterrichts nicht, dann können sie in den Schulferien kostenlos Wiederholungskurse besuchen. Das stellt die Stadt sicher.

Und vor diesem Hintergrund ist es mir wichtig, festzuhalten und zu unterstreichen: Die Schliessung des Lehrschwimmbeckens Kleefeld gefährdet dieses Ziel nicht. Die vorhandenen Wasserflächen mit dem Lehrschwimmbecken Bümpliz, Bethlehem und Gäbelbach ermöglichen weiterhin eine bedarfsgerechte Durchführung des Schwimmobligatoriums, wie wir es in der Stadt Bern kennen. Und parallel dazu prüfen wir, wie wir die bestehende Kapazität künftig noch optimaler nutzen können.

Der Entscheid für die Stilllegung des Lehrschwimmbeckens im Kleefeld wurde nicht kurzfristig gefällt, das wurde heute erwähnt. Er war bereits Bestandteil der 2018 verabschiedeten Wasserstrategie sowie der Baukreditvorlage zur Volksschule Kleefeld. Und dieser Vorlage wurde sowohl im Stadtrat als auch von den Stimmberechtigten gefolgt. Mit der dringlichen Motion, das Lehrschwimmbecken im Kleefeld solle erhalten bleiben von 2024 wurde das Anliegen einer Sanierung aber nochmals aufgenommen. Es gab auch eine Petition aus dem Quartier. Der Stadtrat hat diese Motion als Richtlinie erheblich erklärt. Und schon damals hat der Gemeinderat gleichzeitig in seiner Erstantwort transparent dargelegt, dass aus finanzpolitischen Gründen keine Sanierung vorgesehen ist und dass irgendwann der Betrieb eingestellt wird.

Dieses Vorhaben wurde auch in der letztjährigen Budgetdebatte im Rahmen des Aufgaben- und Finanzplans AFP 2026 bis 2029 transparent offengelegt. Der Verzicht auf eine Sanierung sowie die Schliessung des Betriebes wurden dort ausgewiesen. Es war auch Thema in der vorberatenden Kommission, es war ein Delegationsbesuch, und wurde diskutiert. Und viele Fraktionen, einige haben es verpasst, das sehe ich, aber andere haben es diskutiert, das weiss ich. Und es wurde kein Antrag gestellt. Der Stadtrat hat also im Rahmen der Budgetdebatte der Einstellung des Betriebs zugestimmt, ohne zusätzliche Mittel einzustellen. Und per Ende Schuljahr 2026 wird dies nun vollzogen. Es ist aktuell noch keine Nachnutzung geplant in der Liegenschaft, weshalb das Lehrschwimmbecken bis auf weiteres nicht vermietet und nicht zurückgebaut, sondern lediglich stillgelegt wird. Momentan wird eine allfällige niederschwellige Sportnutzung geprüft, welche gegebenenfalls mit kleineren, nötigen baulichen Massnahmen umgesetzt werden könnte. Der Gemeinderat muss in der aktuellen finanziellen Situation Prioritäten setzen und die Forderung nach Priorisierung von Investitionen ist auch im Stadtrat immer wieder ein breit abgestütztes Thema und wird auch laut ausgesprochen. Und

auch ihr macht jeweils in den Budgetdebatten eure Abwägungen, so wie wir im Gemeinderat stetig unsere Abwägungen machen, und zwar immer zwischen wünschbaren und notwendigen Investitionen.

Und vor diesem Hintergrund hält der Gemeinderat am bereits beschlossenen Vorgehen fest und lehnt entsprechend auch die Richtlinienmotion ab.

Präsidentin: Vielen Dank. Ich habe nicht gehört, dass die Motion gewandelt wird. Darum stimmen wir jetzt über die Motion als Richtlinie ab. Ihr könnt jetzt darüber abstimmen, ob ihr die Motion als Richtlinie erheblich erklären wollt.

Abstimmung Nr. 006

2026.SR.0095: als Richtlinie

Annahme als Richtlinie

Ja	45
Nein	5
Enthalten	11

Präsidentin: Ihr habt die Motion angenommen.

2020.FPI.000081

10 MFH Huberstrasse 18 und 20, 3008 Bern: Gesamtsanierung; Baukredit

Präsidentin: Wir kommen zu den Traktanden 10 bis 13. Die Traktanden 10 bis 13 wurden in der Kommission bereits gemeinsam behandelt. Darum behandeln wir sie hier im Stadtrat ebenfalls gemeinsam. Ich werde dennoch den Sprecher*innen jeweils das Wort übergeben. Zum Traktandum 10 und 11 wird Lukas Wegmüller sprechen. – Nein, Mirjam Roder wird zu allen Traktanden sprechen. – Zu welchem Traktandum möchtest du sprechen? Huberstrasse, Zelgstrasse und Melchiorstrasse? – Okay. Traktandum 12 übernimmt Michelle Steinemann. Gut, dann übergebe ich als nächstes Mirjam Roder das Wort für die Traktanden 10, 11 und 13.

Mirjam Roder (GFL) für die Kommission: Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich bin kurzfristig für Lukas Wegmüller eingesprungen, der sich verspätet. Ihr verzeiht, dass es vielleicht etwas holprig ist.

Zunächst einmal: Wir behandeln heute vier Baukredite für Gesamtsanierungen von städtischen Mehrfamilienhäusern aus dem Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. Zusammen sprechen wir über rund 31 Mio. Franken für 72 Wohnungen in der Region Holligen, Bümpliz und Bethlehem. Alle vier Geschäfte hat die Kommission ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung zur Annahme empfohlen. Diese vier Geschäfte sind in der Summe mehr als die einzelne Sanierung. Sie sind gelebte städtische Wohnbaupolitik: Sanieren statt abbrechen, Werterhalt statt Spekulation, Mieten im Segment GüWR und GüWR-Neubau statt Marktrendite.

Ich spreche zuerst zur Huberstrasse 18 und 20 in Holligen und einem Gesamtkredit von 8,95 Mio. Franken, die zweite Etappe der Siedlung Schlossstrasse und Huberstrasse, 18 Wohnungen, alle künftig im Segment GüWR beziehungsweise GüWR-Neubau mit Lifteinbau, hindernisfreier Erschliessung über alle Geschosse, Fernwärme, Photovol-

taik, in Minergie A-Qualität. Was bemerkenswert ist, ist: Die Einzimmerwohnungen werden zu Schaltzimmern umgenutzt, die flexibel zugemietet oder abgetrennt werden können, eine sehr clevere Antwort auf wechselnde Lebenslagen. Die Investition ist zu 100% wertvermehrend, belastet die Erfolgsrechnung des Fonds also nicht.

Dann kurz zur Zelgstrasse 18, 20, 20A und 22. Hier wird mutig umgebaut. Aus 19 vorwiegend kleinen 3,5-Zimmer-Wohnungen werden 14 grössere Einheiten, darunter 6 Familien- beziehungsweise Grosswohnungen mit 5,5 und 7,5 Zimmern. Im Untermattquartier, in dem laut Sozialraummonitoring viele armutsgefährdete Haushalte leben, sind genau solch grosse bezahlbare Familienwohnungen Mangelware. Alle 14 Wohnungen werden im Segment GüWR-Neubau vermietet. Mit dem Anschluss aller fünf Liegenschaften an die Fernwärme verschwindet zudem eine alte Ölheizung. Das ist eine Sanierung mit echter sozialer und ökologischer Wirkung.

Grundsätzlich: Drei Linien ziehen sich durch alle vier Geschäfte. Erstens: Erhalt statt Abbruch – die graue Energie der bestehenden Bausubstanz bleibt im Gebäude, nicht im Bauschuttcontainer. Zweitens: Preisgünstiger Wohnraum – sämtliche 72 Wohnungen bleiben dauerhaft im gemeinnützigen Segment GüWR beziehungsweise GüWR-Neubau mit klaren Vermietungskriterien zu Belegung, Einkommen und Wohnsitz. Drittens: Klima- und Energiestrategie 2035 – Fernwärme, Geothermie, Photovoltaik, Dämmung 20 bis 40% unter den Mindestanforderungen. Das sind die richtigen Hebel.

Wo wir kritisch hinschauen: Verdrängung bleibt unser zentrales Thema. Alle vier Sanierungen erfolgen im unbewohnten Zustand. Das bedeutet Kündigungen mit 12-Monatsfrist für sämtliche bestehenden Mietverhältnisse. Die Stadt hat das sozialverträglich vorbereitet: Begleitung durch Immobilien Stadt Bern, vorzeitige Auflösung möglich, Rückkehrpriorität für jene, die die GüWR-Kriterien erfüllen, etappenweise Verschiebung zwischen den Liegenschaften, wie beispielsweise bei der Schlossstrasse, Huberstrasse, Zelgstrasse, erste und zweite Etappe. Das ist gut, aber es bleibt das Problem jener Mietenden, die nach der Sanierung die GüWR-Kriterien nicht mehr erfüllen oder schlicht keine gleichwertige bezahlbare Wohnung finden. Gerade einkommensschwache Haushalte mit tiefem Einkommen über der GüWR-Grenze sind besonders gefährdet. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass ISB (Immobilien Stadt Bern) hier aktiv Vermittlung leistet und im Bedarfsfall auch städtische Ersatzwohnungen bereitstellt, und dass über die Begleitung der Entmietungen nach Abschluss berichtet wird.

Ich komme jetzt trotzdem noch zu meinem eigenen Votum zur Melchiorstrasse 9. Entschuldigung für das Durcheinander. Die Liegenschaft wurde Anfang der 70er-Jahre gebaut und ist somit das jüngste dieser vier Geschäfte. Der Stadt- beziehungsweise dem Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik gehört der Eingang 9 mit 11 Etagen und insgesamt 21 Wohnungen. Auch diese, wie ich schon vorher gesagt habe, kann nicht im bewohnten Zustand saniert werden. Die Grundrisse werden nicht verändert. Das ist speziell bei der Melchiorstrasse. Ausser, dass das Ganze durch einen Lift auf jeder Etage hindernisfrei wird, wird an der Struktur nichts geändert. Deswegen wird es auch weiterhin 21 Wohnungen geben. Bis jetzt ist keine einzige Wohnung als GüWR-Wohnung vermietet. Aber die Mieten sind trotzdem sehr tief. Die beiden Viereinhalbzimmer-Wohnungen kosten zum Beispiel im Moment gerade einmal 800 Franken. Das hat zur Folge, dass die Diskrepanz zu den neuen Mietzinsen sehr hoch ist. Bei der Melchiorstrasse 9 sollen 9 Wohnungen aus GüWR-Neubau-Wohnungen und 12 Wohnungen nach Berner Modell vermietet werden. Das ist bewusst so gewählt, damit es zu einer Durchmischung kommt und damit ein paar der aktuellen Mietenden, die die GüWR-Neubau-Kriterien nicht erfüllen, zurückkommen könnten. Im Gegensatz zu den anderen Sanierungsgeschäften ist hier auch keine Etappierung vorgesehen. Der Baubeginn ist wie bei allen anderen für 2027 vorgesehen und der Bezug im dritten Quartal 2028. Das

Ganze kostet bei der Melchiorstrasse 5,63 Mio. Franken. Davon ist ein bisschen mehr als die Hälfte wertvermehrend und der Rest geht zu Lasten der Erfolgsrechnung. Wir haben in der Kommission zwei Lesungen durchgeführt und nach der ersten Lesung einen Prüfauftrag erteilt, bei dem ein Mietpreismodell geprüft werden sollte, das sich quasi selbst quersubventioniert, also dass ein paar Wohnungen ein bisschen teurer vermietet werden können, dafür andere noch etwas günstiger; dies, um die Härtefälle noch besser auffangen zu können, da die Diskrepanz, wie schon erwähnt, teilweise sehr gross ist. Die FPI hat das dann auch eingehend geprüft. Herausgekommen sind drei Varianten, wie eine Quersubventionierung innerhalb einer Liegenschaft möglich wäre. Die erste Variante wäre, dass man es innerhalb der Stockwerke macht, so dass also die Leute in den oberen Stockwerken etwas mehr Miete zahlen würden und die in den unteren dafür eben etwas weniger. Die zweite Variante wäre über einen höherwertigen Ausbau gegangen. Dabei ging es nicht um die Grösse der Wohnungen, sondern zum Beispiel um eine zusätzliche Ausstattung wie eine Waschmaschine oder ein Steamer, um gewisse Wohnungen höherwertiger und damit teurer vermieten zu können. Hier stellt sich allerdings die Frage, wie solche Mietzinsunterschiede sachlich begründet werden könnten. Und die dritte Variante wäre, dass man das Ganze umplant, und zwar so, dass zum Beispiel Wohnungen mit grösseren Grundrissen bzw. Räumen geschaffen hätten werden können, für die man dann massiv mehr Miete hätte verlangen können. Für die Kommission kam schliesslich keine dieser Varianten in Frage, die Varianten 2 und 3 nicht, weil sie eine grundlegende Neuplanung des Projekts erfordert hätten, und Variante 1 nicht, weil sie faktisch zu einer Objekthilfe statt zu einer Subjekthilfe geführt hätte, und anders als bei GüWR-Wohnungen hätte man die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Mietenden nicht mehr berücksichtigen können. Es gäbe also keine klaren Kriterien wie Belegungsziffern oder Einkommensvorgaben. Das hätte letztlich zu einer gewissen Willkürlichkeit geführt, die hier schwierig zu begründen gewesen wäre.

Deshalb empfiehlt euch die RWSU auch dieses Geschäft auch ohne Änderungsanträge grossmehrheitlich zur Annahme.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Michelle Steinemann für das Traktandum 12, Mehrfamilienhäuser Looslistrasse 37 plus 39 und 31, 33 und 35.

Michelle Steinemann (Mitte) für die Kommission: Es geht um die Looslistrasse 31, 33, 35, 37 und 39, wobei 37 und 39 das Hauptprojekt sind. Die anderen Häuser wurden nach einem Brandfall bereits saniert, die Nummern 37 und 39 seit 64 Jahren nie richtig. Mit den 7,5 Mio. Franken werden 19, oft 3,5-Zimmer-Wohnungen, zu 14 grösseren umgebaut. Wichtig ist zu erwähnen, dass die Anzahl Personen, die dort wohnen, nicht abnimmt. Es gibt Balkone mit PV-Anlage und eine hindernisfreie Erschliessung, wo möglich.

Es wird umfassend saniert: Schallschutz, neue Fenster, ganz neue Gebäudetechnik, Aufwertung des Aussenbereichs, neue Bäder und Küchen und Anschluss an das Fernwärmenetz, und zwar bei allen Häusern, also auch bei 31, 33 und 35. Auf die Heizung möchte ich auch ganz kurz eingehen, weil ich etwas gelernt habe. Im Vortrag steht, es werde künftig mit Heizkörpern geheizt. Und ich habe mich gefragt, was denn vorher war. Es waren Deckenheizungen mit Wasserrohren. Im Stadtrat lernt man immer etwas Neues dazu.

Die Wohnungen werden künftig alle nach GüWR-Neubau-Konditionen vermietet. Die Kommission empfiehlt das Geschäft ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung zur Annahme.

Präsidentin: Möchtest du noch das Fraktionsvotum anhängen?

Michelle Steinemann (Mitte) für die Fraktion: Wenn Häuser dringend saniert werden müssen, soll man das auch machen. Die Frage ist, zu welchem Preis und ob man immer die teuerste Variante wählen muss. Aus unserer Sicht hat die Stadt sich selbst einen zu hohen Standard gesetzt und dieser Standard muss dringend angepasst werden. Diese Kriterien sind aber nicht Teil der heutigen Diskussion. Und diese Häuser werden nach den jetzt gültigen Kriterien renoviert. Darum werden wir von der Mitte diesem Geschäft mehrheitlich zustimmen. Mit Blick auf die Zukunft verlangen wir, dass die Wohnungen jenen Personen zugutekommen, die sie auch brauchen, und dass diese dann auch den Platz räumen, wenn sich das ändert, und nicht drin wohnen bleiben in diesen subventionierten Wohnungen nach dem Berner Modell.

Präsidentin: Vielen Dank für das Fraktionsvotum. Die Redner*innenliste wäre jetzt frei für die Fraktionsvoten. Als nächstes Simone Richner für die FDP-Fraktion.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Szabolcs Mihályi von der SP-JUSO-Fraktion.

Szabolcs Mihályi (SP) für die Fraktion: Bei städtischen Liegenschaften stellt sich immer die Frage, ob sie als billiger Wohnraum genossen werden sollen oder auch solche querfinanzieren sollen. Der billigste Wohnraum ist meistens der älteste in unserer Stadt, mit überfälliger Sanierung oder oft genug derjenige, den man selbst besitzt, steuerlich bevorzugt. Aber um das geht es hier nicht. Und auch nicht selten ist der billigste Wohnraum der umweltschädlichste: Altbau, undicht, alte Heizung, schlechte Bausubstanz, etwa noch aus den 60ern oder 70ern. Das kann nur eine gewisse Zeit gutgehen, bevor die Liegenschaftsbesitzerin, in diesem Fall unsere Stadt, die Sanierung anpacken muss, damit diese nicht eines Tages untragbar wird. Sanierung ist und bleibt einem Neubau vorzuziehen.

Die Sanierung hier geht aber auch auf Kosten – und nicht nur finanzieller Art – der Mieterschaft. Sie verliert die Wohnung und auch den tiefen Mietzins. Eine Rückkehr nach GüWR-Kriterien nach der Sanierung ist nicht überall für alle gewährleistet. Es ist äusserst löblich, aber auch unverzichtbar, dass hier die Stadt Hilfe bietet, mit langer Kündigungsfrist und Hilfe zur Suche nach einer neuen Wohnung im Quartier; ein Prinzip, das sich inzwischen im Westen der Stadt gut etabliert hat, und damit die Belastung für die betroffenen Menschen, oft Familien, zumindest abfedert. Und darum, liebe Simone Richner, lieber Freisinn, sind wir nicht auf den Barrikaden, weil man es eben anders tun kann als ein Haus einfach so leer zu kündigen ohne flankierende Massnahmen. Wir begrüssen aber auch ausdrücklich, dass die zuständige Kommission RWSU dieses Geschäft aufmerksam geprüft hat und auch die Entwicklung aufmerksam verfolgen will. Es bleibt die grundsätzliche Frage: Sollen alle Wohnungen verbilligt werden, die Wohnungen der Stadt, oder zumindest ein Teil des Wohnungsangebots querfinanziert? Oder soll man mit den Wohnungen gar die Stadt querfinanzieren?

Die Präsidentin bittet um etwas Ruhe im Saal.

Für die SP-JUSO-Fraktion ist klar: Die städtischen Wohnungen dienen in erster Linie dazu, das Angebot an billigem beziehungsweise bezahlbarem Wohnraum zu vergrössern, denn es ist bekanntlich stadtweit unzureichend. Der Markt regelt dieses Problem eben nicht. Dass dies nicht in jedem Gebäude einfach umsetzbar ist, stimmt aber auch. Hinzu kommt, dass unser Anspruch an die Umweltverträglichkeit der Gebäude hoch und damit auch teuer ist. Kompromisse sind hier unausweichlich.

Vielleicht noch dieser Punkt: Luxuswohnungen sind im Bethlehemacker oder in den anderen Quartieren, wo diese Wohnungen stehen, übrigens auch nicht möglich. Das hat man sogar vor 15 Jahren in Bethlehem versucht und ist kläglich gescheitert. Wer Geld hat, zügelt halt nicht in einen Plattenbau. Dies gilt übrigens auch für andere Überbauungen, wo die Stadt nicht Bauherrin ist. Wir erinnern uns an die Diskussion hier zu den EWB-Hochhäusern beim Europaplatz vor einigen Wochen.

Und noch ein Wort zu Bethlehem, wo die meisten dieser Wohnungen stehen. Es wird regelmässig, durchaus nachvollziehbar, die Angst vor Gentrifizierung im Westen Berns beschworen. Was stimmt: Die Quartiere dort sind oft sozial schlecht durchmischt. Wo der Wohnraum vor allem billig ist, leben auch vor allem Leute mit tiefem Einkommen, Familien mit bildungsfernen Eltern. Das wird durch die vorliegenden Sanierungen nicht geändert. Die Priorität liegt weiterhin beim billigen Wohnraum. Der Bau neuen Wohnraums – schauen wir auf Untermatt Ost – schafft paradoxerweise wohl eine bessere soziale Durchmischung. Und dies schafft, das sage ich als ehemaliges Schulkind und Schulkommissionsmitglied aus Bethlehem, dem Quartier bessere Aufstiegschancen. Die Gentrifizierung in Bethlehem, sollte sie denn eines Tages kommen, ist fürs erste eine Chance für die dortige Bevölkerung. Brünnen hat es bewiesen, Untermatt Ost hoffentlich bald auch.

Die SP-JUSO wird den vier Geschäften zustimmen.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Roger Nyffenegger von der GLP-EVP-Fraktion.

Roger Nyffenegger (GLP) für die Fraktion: Grundsätzlich unterstützt die GLP-EVP-Fraktion die Stossrichtung aller vier Vorlagen. Die Stadt Bern muss ihren Wohnungsbestand erhalten, energetisch sanieren und preisgünstigen Wohnraum sichern. Jede Sanierung im Bestand wird von uns als sehr sinnvoll, weil ressourcenschonender, angesehen. Man spart graue Energie und es ist wesentlich nachhaltiger als Abriss und Neubau. Positiv möchten wir auch hervorheben, dass die Dachgeschosse ausgebaut werden. Damit entsteht zusätzlicher Wohnraum innerhalb bestehender Strukturen. Das ist sinnvoll und städtebaulich überzeugend. Die grösseren Grundrisse ermöglichen es auch grösseren Familien, Wohnraum zu beziehen. Das ist auch ein Anliegen der EVP. Gut ist auch, dass soziale Aspekte mitgedacht wurden. Etappierungen, Zugänglichkeiten für Menschen mit Behinderung, Rückkehrmöglichkeiten für die Mietenden und die aufgewerteten Aussenräume zeigen, dass hier nicht nur Gebäude, sondern auch Nachbarschaften weiterentwickelt werden sollen. Auch investieren wir in die Zukunftsfähigkeit dieser Gebäude. Die Projekte verbessern die Energieeffizienz deutlich, ersetzen veraltete Haustechnik, stärken den Einsatz erneuerbarer Energien und erhöhen die Klimaresilienz der Überbauungen. Das ist toll und das freut uns.

Gleichzeitig müssen wir auch ehrlich sein. Wenn man Gebäude so umfassend energetisch sanieren will, sind Leerkündigungen zum Teil unvermeidlich. Hier setzen wir von der GLP-EVP-Fraktion die Prioritäten klar. Wir müssen unseren Gebäudepark umfassend energetisch sanieren. Die Klimakrise ist real und sie ist akut. Und dies sagen wir im vollen Bewusstsein, dass Leerkündigungen auch herausfordernd sind, denn sie haben das Potenzial, Menschen aus ihrem Umfeld herauszureissen und diese Menschen in finanzielle Schwierigkeiten zu bringen. Die Stadt unternimmt aber bereits viel, um diese Auswirkungen auf die Mietenden abzufedern. Die Betroffenen werden frühzeitig informiert. Kündigungen erfolgen mindestens 12 Monate im Voraus. Immobilien Stadt Bern begleitet die Wohnungssuche aktiv. Dazu gehören Referenzschreiben, individuelle Beratungen, Unterstützung bei Formalitäten und die Zusammenarbeit mit sozialen Organisationen sowie Vorzugsrechte für sanierte oder andere Wohnungen aus dem

städtischen Portfolio. Das kostet auch alles, aber das können wir uns gönnen. Auch die Möglichkeit, Mietverhältnisse flexibel vorzeitig aufzulösen, hilft den Betroffenen. All diese Massnahmen zeigen: Die soziale Verantwortung wird ernst genommen. Hier von willkürlichen Leerkündigungen zu sprechen, ist polemisch und dient der Sache nicht. Und, lieber Szabolcs, auch private Kündigungen kennen soziale Abfederungen oft im gleichen Umfang.

In dem Zug möchte ich noch auf die Wirtschaftlichkeit eingehen, weil das direkt damit zusammenhängt. Ich habe das mal gemäss den Unterlagen am Beispiel der Huberstrasse 18 und 20 durchgerechnet. Dort dauert es ganze 27 Jahre, bis sich die Investitionen über die Mieteinnahmen amortisieren lassen – 27 Jahre. Dabei ist noch kein einziger Franken an laufenden Kosten eingerechnet. Das ist doch zumindest diskussionswürdig. Die GLP-EVP-Fraktion sieht das aber nicht ganz so schwarz wie meine Vorrednerin und zu meinem Verwundern die FDP, die gerade den Rückwärtsgang einlegt. Aber auch wir erwarten vermehrt einen Fokus auf Wirtschaftlichkeit und das auch schon nur im Vortrag des Gemeinderates zuhanden des Stadtrates. Ich habe mal die Wörter darin gezählt. Dort besteht das Kapitel "Wirtschaftlichkeit und Rentabilität" aus 130 Wörtern, "Vermietung" hingegen aus über 300, inklusive Tabellen. Das spricht doch schon symbolisch Bände.

Zum Schluss möchte ich noch ganz kurz auf eine Photovoltaikanlage eingehen, ebenfalls an der Huberstrasse 18 und 20. Dort wird argumentiert, dass die Gebäude mit einer In-Dach-Anlage mehr Energie produzierten, als sie verbrauchten. Das ist nachvollziehbar. In Zahlen: 40% ins Netz, 60% Eigenverbrauch. Hier nur eine kleine Klammerbemerkung: Dass heute noch eine Photovoltaikanlage ohne Batteriespeicher geplant wird, ist doch wirklich zum Haare raufen. Aber jetzt: Bei der Auf-Dach-Anlage könnte man hingegen, das habe ich bei der Verwaltung nachgefragt, nicht mal die Hälfte des Eigenverbrauchs decken. In Zahlen: 40% Eigenverbrauchsdeckung, 0% ins Netz. Es scheint mir doch ein sehr, sehr grosser Unterschied zu sein zwischen einer In-Dach- und einer Auf-Dachanlage. Ihr müsst mir wirklich erklären, liebe Verwaltung, wie ihr genau zu diesen Zahlen kommt. Darauf bin ich gespannt. Denn während klassische Auf-Dachanlagen, und da kommen wir zurück zur Wirtschaftlichkeit, ungefähr 1'200 bis 2'000 Franken pro Kilowattpeak kosten, sind es bei einer In-Dachanlage rund 3'600 gemäss den Zahlen zur Huberstrasse 18 und 20. Das ist mehr als eine Verdoppelung der Kosten. Und da muss man sich wirklich fragen: Wurde hier die Güterabwägung richtig gemacht? Ich komme zum Schluss. Die GLP-EVP-Fraktion wird allen vier Baukrediten zustimmen, verbindet dies aber mit der Erwartung, dass der Gemeinderat künftig noch stärker auf die Wirtschaftlichkeit solcher Vorhaben achtet. Merci vielmals.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Esther Meier von der GB-JA!-Fraktion.

Esther Meier (GB) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion sieht den Handlungsbedarf bei den Liegenschaften an der Huberstrasse, Zelgstrasse, der Loosli- und Melchiorstrasse und erachtet daher die Sanierungsprojekte als sinnvoll und wird den Baukrediten auch zustimmen.

Die Gebäude werden energetisch saniert, hindernisfreier gestaltet und die Wohnungstypen dem Bedarf angepasst. Zudem wird, wie meine Vorredner*innen auch schon erwähnt haben, bestehende Bausubstanz erhalten statt ersetzt, was aus ökologischer Sicht richtig und sinnvoll ist. Positiv hervorheben möchten wir zudem die Etappierung der Sanierungen an der Schloss- und Huberstrasse, wo nun mit der Huberstrasse die zweite Etappe startet. Analog dazu sollen auch die städtischen Liegenschaften an der Zelgstrasse saniert werden. Dass die beiden Gebäudezeilen zeitlich versetzt saniert

werden, ist sozialpolitisch wichtig, denn dadurch besteht zumindest für einen Teil der Mieter*innenschaft die Möglichkeit, im selben Quartier eine bezahlbare Anschlusslösung zu finden. Das ist gerade bei preisgünstigem Wohnraum beziehungsweise bei den GüWR-fähigen Wohnungen eine zentrale Massnahme, um Verdrängung zu verhindern. Unverständlich ist für uns aber, dass dieser Standard einer sozialverträglichen Sanierung nicht bei allen Projekten eingehalten wird, entgegen auch der eigenen Empfehlung der Stadt Bern selbst. Wir fordern den Gemeinderat und Immobilien Stadt Bern deshalb auf, sich bei künftigen Bauvorhaben wieder konsequent am Modell der Schlossstrasse 86-88 zu orientieren, also konsequent bei allen Sanierungsvorhaben zu prüfen, wie etappierte Lösungen zugunsten der bestehenden Bewohner*innen umgesetzt werden können. Sicher, nicht überall ist das innerhalb einer Gruppe von Liegenschaften möglich, die direkt aneinandergrenzen. Aber auch mit Etappierungen der Sanierung von Gebäuden, die im selben Quartier sind, lässt sich Verdrängung verhindern. Hier fehlt uns eine übergeordnete Strategie zur Etappierung und Priorisierung dieser zahlreichen Sanierungen im Fonds. Es fehlt eine soziale und wohnpolitische Strategie für die Gesamtsanierungen des städtischen Wohnungsbestands, damit den Mieter*innen von GüWR-Wohnungen in jedem Fall eine Anschlusslösung in einer GüWR-fähigen, bezahlbaren Wohnung im gleichen Quartier angeboten werden kann. Wir fordern den Gemeinderat und Immobilien Stadt Bern auf, hier nachzubessern, und fordern die Erarbeitung einer Gesamtschau über die geplanten Sanierungen, deren soziale Auswirkungen sowie eine nachvollziehbare, langfristige Etappierungsstrategie.

Denn auch mit Blick auf die Mietzinse hinterlassen die Geschäfte einen etwas bitteren Beigeschmack, denn ja, die Wohnungen werden zwar weiterhin im GüWR bzw. im GüWR-Neubausegment vermietet bzw. an der Melchiorstrasse werden zusätzliche GüWR-fähige Wohnungen geschaffen. Wenn man sich dann aber die Mietzinse vor und nach der Sanierung genau anschaut, sind die Anstiege teilweise wirklich massiv, sogar mit den vorgesehenen GüWR-Rabatten. Ein kleines Beispiel: An der Looslistrasse wird die günstigste 3,5-Zimmer-Wohnung aktuell für 500 Franken vermietet. Nach der Sanierung für 1'372 Franken, also fast das Dreifache. Für viele bestehende Mieter*innen wird eine Rückkehr nach der Sanierung deshalb kaum realistisch oder nur schwer möglich sein.

Während die Stadt also einerseits den Erhalt von günstigem Wohnraum betont, spielt sie andererseits mit diesen umfassenden Totalsanierungen mit Leerkündigungen genau bei dieser Aufwertungsdynamik mit, die letztlich zu Verdrängung führt und bezahlbaren Wohnraum vernichtet. Wie am Anfang gesagt, werden wir die Baukredite trotz diesen Kritikpunkten annehmen, plädieren aber dringend an den Gemeinderat, seine sozialpolitische Verantwortung auch dahingehend wahrzunehmen, dass Gesamtsanierungen mit Leerkündigungen nur als Ultimo Ratio umgesetzt werden, wenn alle anderen Varianten für eine Sanierung im bewohnten Zustand sorgfältig geprüft werden und sich als nicht möglich erwiesen haben. Denn dass es auch anders geht, zeigt die energetische Sanierung an der Looslistrasse 33 bis 35, die im bewohnten Zustand umgesetzt wird. Vielen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Stephan Ischi von der SVP-Fraktion.

Stephan Ischi (SVP) für die Fraktion: Niemand in diesem Rat, das haben wir jetzt gesehen, bestreitet, dass die Gebäude saniert werden müssen. Die Häuser sind teilweise 50 bis 70 Jahre alt. Leitungen, Küche, Bäder, technische Installationen sind in die Jahre gekommen und müssen saniert werden. Das ist normal. Genau deshalb machen wir Sanierungen und Unterhalt. Aber genau hierbei müssen wir vernünftig bleiben.

Es wäre besser, einfache Sanierungen zu machen. Tiefgreifende Komplettumbauten mit immer neuen politischen Zusatzansprüchen treiben die Kosten dermassen hoch, dass es nicht mehr wirtschaftlich ist. Man gewinnt mittlerweile den Eindruck, dass in Bern kein normales Sanierungsprojekt mehr möglich ist. Jede Vorlage muss gleichzeitig ein Klimaprojekt sein, es muss ein Sozialprojekt sein, es muss ein Gesellschaftsprojekt sein, ein Partizipationsprojekt und auch noch ein Architekturprojekt. So kommen wir nirgends hin.

Es reicht nicht, wenn man technisch die Häuser auf einem guten, aktuellen Stand stellt. Nein, es braucht zusätzlich Wohnmodelle, maximale energetische Standards, Biodiversitätskonzepte, Fassadenbegrünungen, Begegnungszonen, Partizipationsverfahren, neue Wohnungsschnitte, PV-Speziallösungen, die notabene nicht wirtschaftlich sind, und immer wieder neue regulatorische Anforderungen. So kommen wir nirgends hin. Und am Schluss wundern wir uns, warum die Sanierungskosten in die hunderttausende Franken gehen – im schlimmsten Fall über 500'000 Franken für eine Wohnung. Das ist das Vierfache, das ein privater Eigentümer, übrigens auch die Unia, für eine solche Sanierung zahlen würde. Und eine Luxuswohnung, Entschuldigung, wird es nicht dadurch, dass es goldene Schwanenhälse hat oder Marmor an den Decken. Sondern zur Luxussanierung wird es einfach aufgrund der Kosten.

Dabei zeigen gerade diese Vorlagen deutlich: In vielen Fällen wäre eben eine sanfte, pragmatische Sanierung absolut möglich. Die Tragstruktur dieser Häuser ist gut. Die Gebäude funktionieren, auch vom Grundriss her, gut. Teilweise bestätigen das sogar die Berichte, dass alles effizient ist und dass man mit wenig relativ viel erreichen könnte. Trotzdem wird überall das Maximale gemacht. Warum? Weil man politisch möglichst alle Ziele verwirklichen will.

Ich habe es vorhin gesagt: Die finanziellen Mittel sind nicht unbegrenzt. Jeder zusätzliche Ausbau, jede Zusatzanforderung, jede ideologisch motivierte Aufwertung kostet Geld. Sehr viel Geld. Und das Geld fehlt am Ende an anderer Stelle. Mit pragmatischen, günstigeren und stärker auf Werterhalt fokussierten Sanierungen könnte man deutlich mehr Wohnungen für deutlich mehr Menschen machen, mehr Gebäude erneuern und letztendlich eine viel bessere Lösung erzielen.

Stattdessen konzentriert man enorme Mittel auf einzelne Objekte mit immer noch höheren Standards und immer geringerer Wirtschaftlichkeit. Was das Klima angeht: Fenster auswechseln – 80% erreicht, Pareto-Prinzip oder St. Galler Modell, je nachdem, wie ihr es wollt. Besonders problematisch ist, dass ein erheblicher Teil der Investitionen gemäss der Vorlage selbst eben nicht wertvermehrend ist. Vielmehr müssen in dem Moment, wenn der Gerüstbauer sein Gerüst abbaut, Millionenbeträge abgeschrieben werden. Gleichzeitig liegen die Renditen dieser Geschichten bei 3% oder sogar noch weniger. Kein einziger Privater würde das so machen – und das alles in einer Zeit, in der wir ständig hören, dass die Finanzen knapp sind. Wir müssen uns deshalb schon fragen, ob wir möglichst vielen Menschen helfen oder perfekte Einzelobjekte kreieren wollen. Denn genau dort liegt der politische Unterschied. Ein bürgerliches Projekt will lieber mehr Wohnungen sanft sanieren, das Beste herausholen, 80 : 20, ich habe es vorhin gesagt, und nicht alles mit Megaanforderungen überladen. Die heutige Politik macht das Gegenteil. Sie verteuert systematisch jede Sanierung und reduziert am Schluss die Anzahl Wohnungen und Projekte.

Und dann kommen wir noch zu den Leerkündigungen. Ja, es bleiben Leerkündigungen. Am Schluss sind es einfach Leerkündigungen, die dort passieren werden, die aber nicht sein müssten, wenn wir sanft sanieren würden, wenn man etappiert sanieren würde. Da gebe ich meiner Vorrednerin recht. Also hören wir auf mit sozialunverträglichen Maximalprojekten und Kompletttransformationen.

Viele dieser Zusatzmassnahmen bringen auch den Mietenden nicht viel. Was bringt einem Mieter eine Wildblumenwiese oder ein Partizipationsverfahren? Die wollen eine günstige Wohnung. Und mit genau diesen Sanierungskosten, die wir hier machen, ist auch von der Vorrednerin richtig gesagt worden, verteuert sich auch eine GüWR-Wohnung. Also mehr Augenmass, Werterhalt statt Prestigeobjekte, Vernunft statt Wunschlisten.

Wir lehnen all diese Baukredite ab. Merci vielmals.

Präsidentin: Als nächstes Mirjam Roder von der GFL-Fraktion. Wenn es keine Fraktionsvoten mehr gibt, könnt ihr euch jetzt für die Einzelvoten anmelden.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Ich kann es ziemlich kurz machen und mich im Grossen und Ganzen meiner Vorrednerin, also nicht Stephan, sondern Esther, anschliessen. Ich bin froh, dass wir die Geschäfte in der Kommission genau unter die Lupe nehmen konnten und zwei Lesungen durchgeführt haben. Totalsanierungen und Leerkündigungen sind für Betroffene immer ein sehr schwerer und grosser Einschnitt. Es ist daher wichtig, dass man hier genau hinschaut und dass die Stadt ihre Vorbildfunktion wahrnimmt. Das hat sie hier getan. Die Sanierungen werden so sozialverträglich, wie es irgend geht, gestaltet. Die Mietenden werden eng begleitet und es werden ihnen verschiedene Unterstützungsmöglichkeiten angeboten.

Das finden wir wichtig und richtig. Gleichzeitig bleibt ein Wermutstropfen, und zwar, das hat meine Vorrednerin auch schon gesagt, dass dennoch wahnsinnig günstiger Wohnraum nachhaltig verloren geht, und zwar wegen der grossen Diskrepanz zwischen den alten und neuen Mieten. Es ist halt so, dass die alten Mieten wahnsinnig günstig waren. Es ist schon klar, dass man es auf diesem tiefen Niveau nicht erhalten kann. Die Mieten sind teilweise auch so tief, weil die Wohnungen halt wirklich, wirklich in schlechtem Zustand sind. Deshalb ist auch eine sanfte Sanierung hier eher schwierig, wie uns aufgezeigt wurde. Dennoch muss man festhalten, dass die Differenz zur neuen Miete teilweise 1'000 Franken beträgt. Das ist sehr viel. Und weil fast alle diese Gebäude in Bethlehem sind oder zumindest im Westen von Bern, ist es besonders gravierend. Es ist das Quartier in der Stadt Bern, in dem am meisten Armutsbetroffene und Working Poor leben. Das muss man bei solchen Geschäften immer mitdenken.

GüWR-Wohnungen sind an klare Kriterien gebunden und selbstverständlich ist es wichtig und richtig, dass die Stadt genügend solche Wohnungen zur Verfügung stellt. Aber genauso wichtig ist es, dass wir jene Menschen nicht vergessen, die knapp nicht unter diese Kriterien fallen, Menschen, die arbeiten, aber trotzdem Mühe haben, die Miete zu bezahlen. Für sie braucht es ebenfalls genügend bezahlbaren Wohnraum. Und genau für diese Menschen ist ein Mietaufschlag in dieser Grössenordnung besonders einschneidend. Und gleichzeitig ist es wichtig, dass Quartiere oder sogar Wohnblöcke an sich sozial durchmischt werden. Darum braucht es neue Ansätze, wie wir finden; Ansätze, die wir in der Kommission haben prüfen lassen. Für die vorliegenden Geschäfte haben diese Modelle letztlich keinen Sinn ergeben. Aber für künftige Sanierungsgeschäfte sollte man solche Überlegungen zwingend frühzeitig mitdenken.

Wir werden alle vier Geschäfte annehmen.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Thomas Glauser, SVP.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Es ist ein bisschen komisch, dass man in einer sozialfreundlichen Stadt den Leuten einfach kündigt und sie auf die Strasse stellt. Vor allem alte Leute leiden unter einem Verlust der Heimat, erleben soziale Unsicherheit,

Existenzängste, ob sie wieder etwas finden. Wir haben es vorhin gehört: Dreimal mehr kostet nachher die Miete. Es wird ein Quartier zerstört. Die Leute, die betroffen sind, werden auf die Strasse gestellt. Sie werden unter Druck gesetzt, haben vielleicht auch psychische Probleme, weil sie befürchten, nichts mehr zu finden, weil wir gerade Wohnungsnot haben.

Es ist ein bisschen ungerecht, dass man denen einfach so kündigt. Man könnte Wohnungen, es wurde gesagt, sanft sanieren, sanieren, indem man eben vielleicht Teilsanierungen macht. Ich selbst habe einmal in einer Wohnung gewohnt, die mit Teilsanierungen saniert wurde. Und dabei durften wir drinbleiben, haben sogar noch ein bisschen Mietreduktion bekommen. Wir konnten auch mit den Nachbarn manchmal austauschen. Und ich muss sagen: Ich bin sehr erstaunt, vor allem wegen den Leerkündigungen. Und gegen diese Leerkündigungen kämpfe ich. Ich bin für sanieren, man muss sanieren, es ist nötig, es ist gesagt worden. Aber wenn wir sanieren, sanieren wir so, dass die Mieter drinbleiben dürfen, dass vor allem etappenweise saniert wird und man ältere, langjährige Mieter nicht auf die Strasse stellt. Das verurteile ich schärfstens. Besten Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Ueli Jaisli, SVP.

Ueli Jaisli (SVP), Einzelvotum: Ich hätte auch noch ein kleines Detail zu diesen ganzen Sanierungen, und zwar geht es da – und das ist mir auch ein Anliegen – um einen Sicherheitsaspekt im Brandfall. Wie ihr ja alle wisst, sind nicht alle so gesund wie wir. Wir haben Leute, die im Rollstuhl sind oder sonst eine Behinderung haben. Man spricht in diesen neuen Konzepten, also bei diesen Sanierungen, die man machen will, von einer – man hat das ein paar Mal zitiert – Barrierefreiheit, die meines Erachtens in gewissen Fällen, die eintreten können – Katastrophenfall, Brandfall – nicht berücksichtigt ist. Das Problem ist: Die Lifte sind zu. Die sind gesperrt. Man kann also nicht mehr mit dem Lift runter zum Hauptausgang. Das bedeutet für die Leute, die eine Behinderung haben, dass sie in dieser Wohnung bleiben müssen. Sie können mit dem Rollstuhl nicht die Treppe hinuntersteigen. Das geht nicht. Mir fehlt in diesen Ausführungen ein Konzept dafür, was man für die Leute machen könnte, wie man sie retten könnte. Ich habe die Frage bereits in die Kommission gestellt. Man hat gesagt, man denke daran. Gut, denken ist schön, wenn man es kann. Aber etwas Konkretes, was man dagegen machen könnte, habe ich bis jetzt nichts gehört; das einfach als Detail zum Ganzen. Danke.

Präsidentin: Vielen Dank. Wenn es keine weiteren Einzelvoten gibt, übergebe ich gerne der Gemeinderätin Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende. Zuallererst geht mein Dank an die Referentinnen dieser vier Geschäfte. Das Geschäft wurde in zwei Lesungen behandelt und die Zusammenarbeit war sehr gut. Vielen Dank dafür. Sie haben es gehört: Auch günstige Wohnungen müssen periodisch umfassend saniert werden. Und bei Sanierungen prüft Immobilien Stadt Bern immer verschiedene Möglichkeiten. Selbstverständlich ist eine Gesamtsanierung immer die Ultima Ratio. Bei den Sanierungen dieser Gebäude, das haben wir gehört, wurde so lange nichts angefasst, dass jetzt die Eingriffstiefe so hoch ist, dass es nicht mehr im bewohnten Zustand möglich ist und deshalb auch die Mietverhältnisse gekündigt werden müssen. Immobilien Stadt Bern hat für diese und natürlich auch für weitere Sanierungen ein Programm zur Begleitung und Unterstützung der Mieter*innen bei Gesamtsanierungen zusammengestellt. Wir haben bei anderer Gelegenheit vorgestellt, wie die Personen zum Teil sehr

eng, aber natürlich bedürfnisgerecht, begleitet werden. Mit gezielten Etappierungen wird es eben möglich, das wurde auch jetzt schon mehrfach ausgeführt, zumindest für einen Teil der Mieter*innen schon eine Anschlusslösung am gleichen Ort zu bieten. Ein Teil des Programms ist zum Beispiel auch die Zusammenarbeit mit anderen Eigentümer*innen von Immobilienportfolios im selben Stadtteil respektive im selben Quartier, um hier allfällige Koordinationen sicherstellen zu können.

Also für die Mieter*innen der Hubergasse besteht die Option, zuerst in die Schlossstrasse umzuziehen, sofern sie die Kriterien für GüWR erfüllen, denn wir haben ja immer noch den Anteil GüWR. Und dieselbe Möglichkeit wird sich auch an der Zeltgstrasse bieten. Ich habe deshalb auch die Forderung der Sprecherin des Grünen Bündnisses gehört und kann sie auch gerne entgegennehmen. Im nachhaltigen Immobilienmanagement des Fonds wird genau das gemacht, dass man das Portfolio plant, auch quartierintern, und dass man auch zum Teil mit anderen Partner*innen zusammenarbeitet – und eben auch die zweite Forderung, dass die Gesamtsanierung erst die Ultima Ratio ist.

Mit der Sanierung der Liegenschaften kann die Energieeffizienz deutlich gesteigert werden. So sind im Rahmen der einzelnen Projekte auch unterschiedliche Massnahmen wie die energetische Sanierung der Gebäudehülle und Dachausbauten geplant und natürlich eben die Realisierung der Photovoltaikanlagen. Hier zur Frage des Sprechers der GLP-EVP-Fraktion, warum In-Dachanlagen so viel mehr Leistung erzeugen als Auf-Dach. Diesbezüglich habe ich als ehemalige Gründerin von Sunraising selbst wirklich reichlich Erfahrung. Es ist halt so, dass die Leistung einer Auf-Dach-PV-Anlage in erster Linie davon abhängt, wie viele Panels man auf das Dach bauen kann, respektive halt einfach von der Dachkonstruktion abhängt. Und in diesem Fall ist die Dachkonstruktion so, dass mit einer Auf-Dach eine sehr kleine Fläche verbaut werden könnte. Deshalb bringt eine In-Dach man viel mehr Leistung. Mit Ausnahme der Melchiorstrasse 9 bekommen auch alle Gebäude neue Heizungen. Sie bekommen auch neue Balkone und der Aussenraum wird aufgewertet.

Verbessert wird die Hindernisfreiheit. Mit teilweise angepassten Grundrissen wird ein flexiblerer Wohnungsmix möglich. Es ist eben so, dass dann, obwohl vielleicht gegenüber heute die Anzahl Wohneinheiten leicht sinkt, trotzdem in Zukunft mindestens eine gleiche, wenn nicht grössere Anzahl Personen in guter Wohnqualität in diesen Liegenschaften leben kann. Ich möchte noch einmal betonen: Mit den Sanierungen dieser Liegenschaften werden die Gebäude für die nächsten Generationen instandgesetzt, damit eben auch günstiger Wohnraum erhalten und für die nächsten Generationen wieder bereitgestellt werden kann. Und wichtig, das auch noch einmal zu betonen: Immobilien Stadt Bern begleitet die heutigen Mieter*innen bei der Suche eng, wenn der Bedarf da ist. Es ist nicht bei allen der Bedarf gleich und es wird auch nicht von allen gleich gewünscht. Und auch die Mietzinse der rund 70 Wohnungen bleiben nach den Sanierungen günstig. Das ist natürlich so, dass im Vergleich zu heute – sehr tiefe Mieten, aber auch gerechtfertigt für Wohnungen in sehr schlechtem Zustand – es in individuellen Haushaltsbudgets natürlich einen Unterschied ausmachen wird.

Sie haben auch gehört: Die Kommission hat sich mit der Frage der sozialen Durchmischung beschäftigt. Das ist sehr spannend. Es wurde auch diskutiert, dass bei Immobilien Stadt Bern respektive auch im allgemeinen Verständnis die soziale Durchmischung etwas grossräumiger betrachtet wird, als gerade nur auf eine einzelne Liegenschaft bezogen. Die Stadt hat sich in ihrer Wohnstrategie den Auftrag gegeben, marktergänzend tätig zu sein. Und heute bedeutet dies insbesondere, das Segment des günstigen Wohnraums zu bedienen. Für künftige Projekte ist es aber spannend, auch

das System der sozioökonomischen Durchmischung zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Da werden wir auf alle Fälle die Diskussion weiterführen.

Nun noch zum Rückweisungsantrag. Ich verstehe natürlich, dass die SVP- und FDP-Fraktion andere politische Eckwerte und Prinzipien für Gesamtsanierungen anwenden würden. Der Sprecher für den Rückweisungsantrag hat durchaus korrekt auf einen Zielkonflikt zwischen ökologischen und sozialen Zielen hingewiesen. Die Stadtverwaltung und der Gemeinderat haben aber natürlich diese Sanierungsprojekte nach den politischen Eckwerten in der geltenden Strategie aufbereitet und umgesetzt. Ich bitte Sie deshalb, den Rückweisungsantrag abzulehnen und die Geschäfte so anzunehmen. Vielen Dank.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wir kommen zur Abstimmung. Ihr habt es gehört: Es liegt ein Antrag der SVP vor, ein Rückweisungsantrag. Darum werden wir als erstes über diesen Antrag abstimmen, bevor wir über die Geschäfte abstimmen. Wer den Rückweisungsantrag der SVP annehmen möchte, kann dies jetzt mit Grün tun.

Antrag 1

SVP

Rückweisung:

Die Vorlagen seien an den Gemeinderat zurückzuweisen, mit der Auflage ein überarbeitetes Sanierungsprojekt vorzulegen, welches sich konsequent auf den baulichen Werterhalt, die technische Erneuerung und eine wirtschaftlich tragbare energetische Sanierung beschränkt. Insbesondere sind:

- die Baukosten deutlich zu reduzieren;
- kostenintensive Zusatzmassnahmen ohne unmittelbaren Nutzen für Werterhalt und Wohnqualität zu überprüfen bzw. zu streichen;
- die Wirtschaftlichkeit der Investition zu verbessern;
- Varianten mit tieferem Ausbaustandard und geringerer Eingriffstiefe aufzuzeigen;
- die Auswirkungen auf Rendite und langfristige Belastung der Erfolgsrechnung transparent darzustellen.

Abstimmung Nr. 007

2020.FPI.000081: Antrag 1

Ablehnung

Ja	10
Nein	50
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Rückweisungsantrag abgelehnt. Dann können wir zu den Geschäften kommen. Wir stimmen als erstes über das Traktandum 10 ab, das Mehrfamilienhaus Huberstrasse 18 und 20 im Wert von 8,9 Mio. Franken. Wer dieses Geschäft annehmen möchte, kann jetzt darüber abstimmen.

Abstimmung Nr. 008

2020.FPI.000081

Annahme

Ja	50
Nein	10

Enthalten	2
-----------	---

Präsidentin: Ihr habt das Traktandum 10 angenommen.

2020.FPI.000145

11 Mehrfamilienhäuser Zelgstrasse 18/20/20a/22, 3027 Bern; Gesamtsanierung; Baukredit

Gemeinsame Beratung der Traktanden 10 und 13: siehe Traktandum 10.

Präsidentin: Wir stimmen jetzt über das Traktandum 11 ab. Das sind die Mehrfamilienhäuser Zelgstrasse 18 bis 22, auch im Wert von 8,9 Mio. Franken.

Abstimmung Nr. 009

2020.FPI.000145

Annahme

Ja	49
Nein	11
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt das Traktandum 11 mit 49 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und einer Enthaltung ebenfalls angenommen.

2023.FPI.0059

12 Mehrfamilienhäuser Looslistrasse 37+39 und 31/33/35, 3027 Bern: Gesamtsanierung; Baukredit

Gemeinsame Beratung der Traktanden 10 und 13: siehe Traktandum 10.

Präsidentin: Jetzt stimmen wir ab über das Traktandum 12, Mehrfamilienhäuser Looslistrasse 37, 39 und 31 bis 35 im Wert von 7,5 Mio. Franken.

Abstimmung Nr. 010

2023.FPI.0059

Annahme

Ja	49
Nein	11
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt das Traktandum 12 angenommen.

2024.FPI.0004

13 Melchiorstrasse 9, 3027 Bern: Gesamtanierung; Baukredit

Gemeinsame Beratung der Traktanden 10 und 13: siehe Traktandum 10.

Präsidentin: Nun kommen wir zur letzten Abstimmung, Traktandum 13, Melchiorstrasse 9, im Wert von 5,6 Mio. Franken. Ihr könnt jetzt darüber abstimmen.

Abstimmung Nr. 011

2024.FPI.0004

Annahme

Ja	47
Nein	11
Enthalten	4

Präsidentin: Ihr habt das Traktandum angenommen.

2026.TVS.0054

14 Velostation Bahnhofzugang Länggasse; Ausführungskredit (Investitionskredit) 2. UG und Kredit für wiederkehrende Ausgaben (Betrieb der Velostation) 2. UG (Abstimmungsbotschaft)

Präsidentin: Wir kommen als nächstes zum Traktandum 14, Velostation Bahnhofzugang Länggasse, Ausführungskredit und ein Kredit für die wiederkehrenden Ausgaben. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS Lukas Schnyder.

Lukas Schnyder (SP) für die Kommission: Ich spreche zum Ausführungskredit für die Velostation Bahnhofzugang Länggasse und den Bau des zweiten Untergeschosses. Das erste ist bekanntlich bereits genehmigt. Zuerst noch einmal zum Big Picture: Laut Nachfrageberechnung fehlen ohne Velostation im zweiten UG 675 Veloabstellplätze rund um den Bahnhof. Mit dem zweiten UG wären es dann nur noch 300 Veloabstellplätze. Im Moment laufen die Ausbauarbeiten der SBB am Bahnhof. Und am Ort, wo die Velostation kommen soll, ist ein grosses Baulo. Das wird von unten nach oben aufgefüllt. Und dann gibt es irgendwann den Moment, in dem man dieses zweite UG in Angriff nehmen könnte. Die Velostation Länggasse hat auch einen direkten Zugang zum Bahnhof und den Gleisen, so dass man weiterpendeln kann. Mit dem zweiten UG entstehen zusätzlich 520 Veloabstellplätze. Insgesamt mit dem ersten Stock sind es 1'050 in der Velostation Länggasse. Der Ausführungskredit ist 12,46 Millionen. Und beim zweiten UG erhofft man sich auch, dass das Agglomerationsprogramm sich daran beteiligt, und zwar mit 5,7 Millionen. Der Beitrag der Stadt betrüge dann nur noch bei 6,76 Millionen. Die Betriebsfolgekosten sind 41'000 Franken pro Jahr. Es gibt auch Plätze im Aussenbereich: bei der Schanzenstrasse, bei der Stadtbachstrasse, beim Bahnhof. Diese würden dann aufgehoben, sobald die Plätze in der Station bereit sind. Was man uns auch mitgegeben hat, ist: Die Nutzung und Auslastung der Stationen hängen häufig direkt davon ab, wie zugänglich der Bahnhof zum Weiterpendeln ist. Nun zur Diskussion in der Kommission: Das erste waren die Kosten des UG der Länggassstation. Für eine Minderheit der Kommission sind diese zu hoch. Für sie stimmen

die Kosten-Nutzen-Verhältnisse nicht mehr. Eine Mehrheit der Kommission erachtet aber eine klimafreundliche Mobilität als prioritär und unterstützt den Kredit für Veloabstellplätze in bester Lage. Die oberirdischen Veloabstellplätze und wie viele wegfallen sollen, war ein weiterer Diskussionspunkt. Eine Mehrheit der Kommission möchte, dass, solange es in der Gesamtbilanz zu wenig Abstellplätze gibt, diese auch oberirdisch zur Verfügung gestellt werden. Ein Teil der Kommission sieht in diesen aber einen Anreiz, damit die Leute weniger die Stationen brauchen. Eine Minderheit stört sich an dem äusseren Erscheinungsbild durch die oberirdisch abgestellten Velos und die Auslastung der Velostation. Auch ein WC in der Station hat für Diskussion gesorgt. Ein Teil der Kommission findet, dies gehöre zum Service public. Auch aus den Erfahrungen von anderen Velostationen sei das wichtig für die Bevölkerung. Und dabei kam dann auch die Frage, ob das wirklich die Verantwortung der Stadt sei oder doch nicht eher der SBB. Die Verwaltung hat auch präzisiert, dass 50 bis 100 Veloabstellplätze wegfallen, wenn man ein WC einbauen will. Und auch der Kredit, über den wir jetzt sprechen, würde wahrscheinlich nicht gleich aussehen. Die Mehrheit der Kommission hat es höher gewichtet, dass wir Veloabstellplätze haben, den Erhalt davon, und dass wir diese Velostation schnell bauen können. Der PVS-Antrag, den ihr alle sicher gesehen habt, lautet: "Mindestens solange in der Angebotsbilanz eine negative Anzahl Veloabstellplätze, Angebotslücke, besteht, soll ein Teil davon oberirdisch bereitgestellt werden." Die Minderheitsanträge werden von anderen Personen vorgestellt. Die Mitte- und SVP-Anträge konnten wir leider nicht in der Kommission diskutieren. Der Ausführungskredit wurde schliesslich mit 7 zu 2 Stimmen angenommen. Und die PVS empfiehlt euch die Annahme.

Präsidentin: Vielen Dank. Der Minderheitsantrag 2 wird von Judith Schenk vorgestellt. Ist das korrekt, Judith? – Sehr gut. Und als nächstes dann Nora Joos für den Minderheitsantrag 3.

Judith Schenk (SP) für die Kommissionsminderheit: Selbstverständlich sind in der linken Stadt der Welt öffentliche Toiletten ein Politikum. Schliesslich sind wir hier so links-alternativ, dass wir mutmasslich auch die einzige Stadt sind, in welcher an ein UNESCO-Weltkulturerbe uriniert werden darf, wie bei uns an den Zytgloggeturm. Unsere Bundesstadt hat aber gleichzeitig den derart anachronistischen Charakterzug, dass dies faktisch nur die Männer tun. Und hier sind wir beim Punkt: Städte sind für Männer gebaut. Cis-Frauen und weitere Geschlechter können nicht einfach irgendwo hinpinkeln. Es ist nicht nur verboten, sondern auch mit dem Risiko behaftet, sexualisierte oder andere Arten von Gewalt zu erfahren. Eine gesunde Cis-Frau menstruiert zudem etwa sieben Jahre ihres Lebens, während der sie ebenfalls auf Zugang zu sicheren Toiletten angewiesen ist. Wie bei allen tabubehafteten Themen gibt es zu öffentlichen Toiletten sehr viele weitere sehr wichtige Aspekte. Deshalb bringen wir mit diesem Minderheitsantrag der PVS diesen hier aufs Tapet. Wir haben den Antrag jedoch so formuliert, dass entweder in der Velostation oder eben auch in deren näheren Umgebung eine öffentliche Toilette zu eröffnen sei. Aus diesen Gründen empfehlen wir euch den Antrag zur Annahme.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes der Antrag 3 von Nora Joos.

Nora Joos (JA) für die Kommissionsminderheit: Zum Antrag 3 der PVS-Minderheit: Die Minderheit der PVS beantragt, dass bei der neuen Velostation Zugang Länggasse, sozialräumliche Massnahmen und eine belebte Drittnutzung bereits in der Projektierung

und Ausführung mitgedacht werden. Erst vor kurzem haben wir im Zusammenhang mit der Bewilligung der Videokameras über attraktive und sichere Velostationen diskutiert. Im damaligen Vortrag hat die Verwaltung selbst festgehalten, dass Velostationen mit sozialräumlichen Massnahmen und Drittnutzungen belebt werden sollen. Die Velostationen in Bern sollen, so der Vortrag, als lebendige Orte der Begegnung und des Austauschs gestaltet werden, um die Nutzer*innenfreundlichkeit und das subjektive Sicherheitsgefühl zu stärken.

Im vorliegenden Projekt findet sich davon bisher allerdings wenig wieder. Genau deshalb ist es sinnvoll, diese Überlegungen nun bei der Velostation Länggasse ab jetzt bereits mitzudenken. Die neue Station bietet die Chance, nicht nur funktional zu planen, sondern auch eine angenehme und belebte Atmosphäre zu schaffen. Das wird insbesondere in Randzeiten oder im Winter zur Attraktivität und zum Sicherheitsgefühl beitragen. Der Antrag nimmt im Wesentlichen auf, was die Verwaltung selbst als wichtigen Bestandteil zukünftiger Velostationen beschrieben hat. Wir stellen deshalb als PVS-Minderheit diesen Antrag.

Präsidentin: Die Redner*innen-Liste wäre offen für die Fraktionsvoten. Als erstes für die GB-JA!-Fraktion, Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Bern ist eine Velostadt oder, um es ein bisschen weniger konkret auszudrücken, Bern will eine Velostadt sein. Im kürzlich veröffentlichten Ranking von Pro Velo erzielte es eine Note von 4,2. Das ist zwar genügend, aber es hat schon noch etwas Luft nach oben. Ein ewiges Thema dabei sind Veloabstellplätze rund um den Bahnhof. Der Raum hier ist knapp. Aber als Velostadt ist es unabdingbar, dass es beim Bahnhof genug Veloabstellplätze gibt. Nur so kann die kombinierte Mobilität von ÖV und Velo optimal funktionieren. Aber nicht nur Personen, die auf den Zug wollen, müssen ihr Velo abstellen können. Der Raum um den Bahnhof wird auch von vielen Menschen genutzt, die für Besorgungen oder die Arbeit in der Innenstadt sind. Und auch für sie muss es möglich sein, das Velo schnell und sicher abzustellen. Wir haben stets betont, dass für uns die oberste Priorität bei oberirdischen Parkplätzen liegt. Sie sind schnell erreichbar, gut sichtbar. Man muss in der Regel keine Umwege in Kauf nehmen, um das Fahrrad dort zu parkieren.

Wir stehen darum voll und ganz hinter PVS-Antrag 1, der verhindern will, dass oberirdische Parkplätze abgebaut werden, obwohl sie noch gebraucht werden. Seit Jahren hört ihr von uns eher kritische Voten, wenn es um Velostationen geht. Es ist uns jedoch auch klar, dass im Raum um den Bahnhof nicht der ganze Bedarf mit oberirdischen Veloparkplätzen gedeckt werden kann, weil der Platz dafür schlicht zu knapp ist. Wir haben deshalb Verständnis, dass die Stadt in diesem Perimeter seit Jahren auf Velostationen setzt. Sie haben den Vorteil, dass die Plätze sicherer sind und das Velo auch von jeglichem Wetter geschützt ist. Allerdings sind sie in der Regel teuer im Bau. Sie sind meist etwas schwierig zu erreichen, erfordern Umwege oder sind von aussen nicht gut sichtbar. Das führt dazu, dass Velostationen oft nicht voll ausgelastet sind, obwohl es sonst an Parkplätzen fehlt. Die Stadt hat diesbezüglich schon einiges unternommen. Die 24-Stunden-Gratisparkierung ist ein grosser Schritt in die richtige Richtung und da ist es auch nicht erstaunlich, dass wir den SVP-Antrag ablehnen werden.

Auch wurden die Stationen in einer Offensive besser beworben und etwas besser ausgeschrieben. Das ist gut, muss aber aus unserer Sicht noch weitergehen. Die Zufahrten zu den Velostationen müssen einfach, gefahrenlos und intuitiv sein und auch von Menschen gefunden werden, die nicht ortskundig sind. Sonst besteht die Gefahr, dass zwar gute und teure Velostationen gebaut werden, diese dann aber leer stehen. Das müssen

wir unbedingt vermeiden, gerade bei einer zweistöckigen Velostation, wie sie jetzt in der Länggasse geplant ist, wäre eine Art Ampelsystem von Vorteil, welches anzeigen würde, wo es noch freie Plätze hat, ob oben oder unten. So weiss man schon beim Rheinfahren, ob es sich lohnt, in den zweiten Stock zu fahren oder besser zu schieben, weil die Rampe zu steil ist, um befahren zu werden. Für die Velostation Länggasse wünschen wir uns auch, dass man sie auf direktem Weg von der Strasse aus mit dem Velo erreichen kann. Dabei ist darauf zu achten, dass man auch, wenn man von der Stadtbachstrasse oder von oben, von der Länggasse, her kommt, eine gute Abbiegebeziehung hat und nicht irgendwelche gefährlichen Wendemanöver machen muss, bei denen man Gefahr läuft, von einem Auto umgefahren zu werden.

Auch ist es aus unserer Sicht wichtig, dass auf Schildern oder Tafeln darauf hingewiesen wird, dass die Velostation direkt mit den Gleisanlagen verbunden ist. Das ist ja, wie wir vorher schon vom Kommissionssprecher gehört haben, ein grosser Pluspunkt dieser Velostationen. Aber das muss auch entsprechend kommuniziert werden. Denn wenn man nicht weiss, dass man von der Velostation direkt zum Bahnhof kommt, dann wirkt sie von aussen nicht so attraktiv, wie sie eigentlich ist.

Den PVS-Minderheitsanträgen 2 und 3 werden wir natürlich zustimmen. Wir haben in der Diskussion zur Veloüberwachung der Velostationen viel über Sicherheit und Sauberkeit in den Stationen geredet; darüber, dass darin uriniert wird oder dass sie zu wenig belebt sein können. Es scheint uns daher wichtig, das hat auch die Kommissionssprecherin der Minderheit gesagt, dass hier eine Toilette eingebaut wird, ob in der Station oder in der Nähe der Station, ist für uns auch egal.

Auch sollen die Möglichkeiten zur Belegung der Station unbedingt mitgedacht werden. Diese macht die Station sowohl für die Mitarbeitenden wie auch für die Nutzenden sicherer und hat eine bessere Wirkung als die präventive Videoüberwachung, die ja eben nicht so präventiv etwas bringt. Den Antrag der Mitte lehnen wir ab. Public-Private-Partnerships sind in der Regel nicht gratis zu haben. Die privaten Partner*innen wollen in der Regel etwas, meistens zumindest in Form von Werbung. Und ganz im Sinn unserer Motion gegen Werbung in öffentlichem Raum lehnen wir auch diesen Antrag hier ab. Dem Geschäft werden wir zustimmen.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Tanja Miljanović von der GFL-Fraktion.

Tanja Miljanović (GFL) für die Fraktion: Aus unserer Sicht ist das ein super Geschäft. Die Stadt soll Synergien mit den SBB nutzen und mehrere hundert neue Veloabstellplätze bauen. Direkter Bahnhofzugang, sichere Abstellplätze, gut und "gäbig". Das nehmen wir an, und zwar ohne zusätzliche Anträge.

Den PVS-Antrag, der gerne möchte, dass man oberirdische Parkplätze entweder neu erstellt oder belässt, lehnen wir ab. Denn wir möchten die Bevölkerung nicht ermuntern, oberirdisch zu parkieren – und ich wäre die Allererste, die das dann weiterhin machen würde, sobald die Möglichkeit bestünde –, sondern von Anfang an ein richtiges Nudging, also richtige Anreize, zu setzen und die Leute in den Untergrund zu lenken. Denn sonst werden sich einfach alte, neue Gewohnheiten einnisten und auch festigen. Das Argument für die oberirdischen Plätze ist, dass sie halt benötigt würden, weil es immer noch zu wenig Parkplätze gibt. Das stimmt, aber aus unserer Sicht ist eigentlich dieses Anliegen auch ein bisschen sach- und projektfremd und sollte eher im Rahmen der Stadtplanung umgesetzt werden und nicht im Rahmen einer Velostation. Also wir sprechen hier über ein unterirdisches Projekt. Daher liegt es nicht im Rahmen des Projekts, oberirdisch stadtplanerische Massnahmen zu treffen. Stattdessen würden wir vorschlagen, dass man schaut, dass eben die Auslastung tatsächlich erhöht werden kann. Und

wenn dann alle Plätze belegt sind, kann man weiterschauen, ob es oberirdische braucht. Oder, wie Nicolas Lutz – hoffentlich führt er es noch ein bisschen aus – heute gesagt hat: Es gibt ringsum Parkhäuser. Wenn die Strategie der Stadt funktioniert, werden diese leerer und man könnte sie umnutzen. Das finde ich eine fantastische Idee. Aber auch das wird man machen, wenn man dringenden Bedarf hat. Also, wenn man oberirdisch ganz viele Parkplätze hat, dann ist es ja auch nicht so dringend mit dieser Umnutzung. Also ich finde: Es ist eigentlich ein Eigentor.

Dann die Minderheitsanträge: Auch diese lehnen wir ab. Bei der Toilette ist es so: Wer ist eigentlich die Zielgruppe oder die wichtigste Zielgruppe für diese Toiletten? Das sind auf den Zug Gehende und vom Zug Kommende. Und im Zug hat es ganz viele WCs. Es ist so, dass es in der Stadt mehr öffentliche Toiletten braucht. Wir haben bekanntlich auch schon verschiedene Vorstösse diesbezüglich eingereicht. Aber die Frage ist auch ein bisschen: Wer sind diese vulnerablen Gruppen, die man am dringendsten adressieren möchte? Und das sind vor allem Schwangere, ältere Erwachsene und Kinder. Und für alle diese drei ist es nicht wahnsinnig opportun, in das zweite Untergeschoss zu fahren, um auf die Toilette zu gehen. Also für sie braucht es oberirdische Lösungen, vielleicht dort, wo man gerne die Veloabstellplätze hätte – wäre vielleicht ein Trade. Genau. Also es ist in diesem Perimeter eine Aufgabe der Stadtplanung – oder vielleicht auch der SBB, aber nicht des Tiefbauamts. Und dann wurde auch noch gesagt, dass 50 bis 100 Veloparkplätze für eine Toilette draufgehen würden, weil man eine Frauentoilette, eine Männertoilette, vielleicht auch eine gemischte Toilette und auch eine hindernisfreie Toilette bauen müsste. Und wenn man allen gerecht werden möchte, was man bekanntlich immer sollte bei einem Projekt, kostet das einfach sehr viele Veloparkplätze bei einem Projekt, bei dem es rein darum geht, Veloparkplätze zu schaffen. Dann der dritte Antrag, auch ein PVS-Minderheitsantrag: Auch das lehnen wir ab. Dabei geht es um diese sozialräumlichen Massnahmen und belebte Drittnutzungen. Das ergibt aus unserer Sicht an diesem Ort keinen Sinn. Und die Sicherheit: Ja, es stimmt, diese kann durch Belebung erhöht werden. Gleichzeitig ist es aber so, dass die Station am Tag ja belebt ist, weil es Nutzende gibt, die in der Station sind. Der grösste Bedarf besteht in der Nacht. Weil wir dann ein höheres Sicherheitsbedürfnis haben. Aber man kann niemanden zwingen, Schichtarbeit zu arbeiten oder die ganze Nacht durchzuarbeiten, damit die drei, vier Personen, die in der Nacht in die Velostation gehen, sich sicherer fühlen können. Also ich finde: Das geht auch sozialpolitisch nicht auf. Und ausserdem haben wir ein Sicherheitskonzept, so wie wir es letztes Mal im Zusammenhang mit dieser Videoüberwachung und den dazugehörigen zwingenden flankierenden Massnahmen diskutiert haben. Also es gibt Massnahmen. Die sollten umgesetzt werden, aber nicht mit Menschen, die dann die Nacht durcharbeiten müssen, damit ich vielleicht eher in die Velostation gehe.

Präsidentin: Vielen herzlichen Dank, Punktlandung. Dann wünsche ich allen noch ein feines Znacht, und wir sehen uns um halb neun wieder.

Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

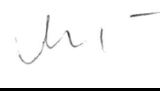
04.09.2026

X 

Signiert von: JELENA FILIPOVIC
Jelena Filipovic

für das Protokoll

07.09.2026

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER
Redaktion: Anita Flessenkämper

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:25 Uhr

Stadtrat anwesend

Jelena Filipovic, Präsidentin

Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Emanuel Amrein
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Gourab Bhowal
Lea Bill
David Böhner
Laura Brechbühler
Jacqueline Brügger
Carola Christen
Andreas Egli
Nik Eugster
Alexander Feuz
Dominik Fitze
Seraina Flury
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Helin Genis
Thomas Glauser
Evelyne Grieb
Simon Gyger

Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Nora Joos
Raphaël Karlen
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Anna Leissing
Maurice Lindgren
Nicolas Lutz
Denise Mäder
Esther Meier
Matteo Micieli
Szabolcs Mihályi
Tanja Miljanović
Dominic Nellen

Roger Nyffenegger
Cemal Özçelik
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Fabian Rüfenacht
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Lea Schweri
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Karel Ziehli
Vera Zotter

Stadtrat entschuldigt

Debora Alder-Gasser
Michael Burkard
Laura Curau
Anna Jegher
Raffael Joggi

Fuat Köçer
Nora Krummen
Mirjam Läderach
Christoph Leuppi
Corina Liebi

Salome Mathys
Irina Straubhaar
Raphaella Tschümperlin
Janosch Weyermann

Gemeinderat anwesend

Marieke Kruit PRD
Ursina Anderegg BSS

Matthias Aebischer TVS

Melanie Mettler FPI

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Leitung Stadtkanzlei

Parlamentsdienste anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Parlamentsdienste
Mago Flück, Weibeldienste
Cornelia Stücker, Weibeldienste

2026.TVS.0054

14 Velostation Bahnhofzugang Länggasse; Ausführungskredit (Investitionskredit) 2. UG und Kredit für wiederkehrende Ausgaben (Betrieb der Velostation) 2. UG (Abstimmungsbotschaft)

Präsidentin: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sobald alle den Platz eingenommen haben, sind wir beschlussfähig. Ich mache jetzt nicht extra schnell, denn sonst sind alle noch mit etwas anderem beschäftigt. – Gut, dann legen wir los. Wir sind bei den Fraktionserklärungen stecken geblieben, und als nächstes übergebe ich das Wort Nicolas Lutz von der Mitte-Fraktion.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Ich hatte vorhin fast einen Schock, als gesagt wurde, Bern sei die linkste Stadt der Welt. Ich habe immer gemeint, der Schweiz, aber nicht gerade der Welt. Aber sei es so. Nach dem Essen stürzen wir uns in die Vorlage. Und klar: Es braucht Veloparkplätze beim Bahnhof. Das ist unbestritten, und der Standort ist sicherlich auch nicht schlecht. Es macht Sinn, dort etwas zu machen.

Aber jetzt muss man sich trotzdem einmal die Zahlen anschauen. Ein Veloparkplatz kostet 23'000 Franken. Und wenn man noch ein WC macht, dann kostet er noch etwa 10% mehr. Einfach noch einmal zum Vergleich: In Zürich, auch am Bahnhof, hat man 1'600 Veloparkplätze für praktisch den gleichen Betrag gebaut. Und jetzt kann man natürlich sagen: Ja, es macht Sinn. Ja, vielleicht brauchen wir in 3 Jahren noch einen dritten Stock und der kostet dann 40'000 Franken oder vielleicht sogar 50'000 Franken. Natürlich kann man sagen: Ja, wir machen das. Aber irgendwo muss man fragen: Was macht Sinn und was macht keinen Sinn? Und dort sagt man – unser TVS-Direktor sagt: Irgendwann werden wir mehr Geld verlangen. Vergesst es.

Wir wissen: Autobahnvignetten von 40 auf 100 Franken – keine Chance an der Urne. Und denkt ihr jetzt, dass die Berner Stimmbevölkerung plötzlich viel mehr Geld ausgeben will für die Veloparkplätze? Das wird nicht passieren, denn in Zürich haben sie es jetzt gerade auf 50 Franken pro Jahr beschränkt. Ihr könnt selbst ausrechnen, wie viel man dort maximal einnehmen kann. Also das wird nie kostendeckend sein. Man muss einfach ehrlich sein, denn alles andere ist illusorisch. Und da fehlt mir wirklich der Glaube.

Und meine Idee ist: Wenn man davon überzeugt ist, dass es immer weniger Autos gibt – und anscheinend ist das so, ich glaube zwar nicht daran, aber es ist so, sagt man uns – dann gäbe es ja Autoeinstellplätze, die man nicht mehr braucht. Und diese könnte man ganz kostengünstig umnutzen und Veloparkplätze daraus bauen. Die sind ja gut erschlossen, denn die Leute, die ja anscheinend mit dem Auto kommen ... Man könnte das machen.

Also, 12 Millionen sind einfach sehr, sehr viel Geld. Und darum sind wir skeptisch und werden das Geschäft deswegen auch ablehnen. Und dann kommt eben genau der erste Antrag, in dem gesagt wird, es brauchte immer noch oberirdische. Und solange die oberirdischen doch noch relativ bequem sind oder wenn man es irgendwo illegal hinstellen kann, werden das die Leute auch machen, statt in den dritten Stock oder jetzt hier in den zweiten Stock runterzugehen. Zu diesem WC: Diesen Antrag lehnen wir auch ab, weil es am Bahnhof WCs hat. Und es macht nicht Sinn, in einem Untergeschoss, wo es sicherheitstechnisch schon schwierig ist, noch WCs reinzutun, die sicherheitstechnisch auch noch einmal schwierig sind. Videokameras wollen bekanntlich gerade die, die diese Anträge stellen, nicht. Und darum macht es, glaube ich, keinen Sinn, dort noch so teure WCs einzubauen.

Dann noch zu unserem Antrag, den wir gemacht haben. Es ist eher ein Prüfantrag, dass man einmal schaut – wenn das schon so teuer ist – ob Werbung vielleicht Sinn machen würde. Und wir wollen nicht Werbung für irgendetwas machen. Aber vielleicht findet man Leute, die dort für Velos Werbung machen oder für andere Sachen, die dort reinpassen, oder dass halt gewisse Firmen ein paar der besten Parkplätze für ihre Kunden reservieren können. Es geht doch nur darum, dass man mal prüft, ob es nicht Mechanismen gäbe, damit man einen Teil auch privat finanzieren könnte. Dann haben wir noch den letzten Antrag, den der SVP. Der ist eigentlich sympathisch, weil man sagt, man mache das kostendeckend. Die Realität ist, dass das beim Volk nie durchkommen würde und es wäre sicherlich ein Volksentscheid, denn das werden wir allein nicht entscheiden können.

Zusammengefasst: ein Projekt, das teilweise Sinn macht, aber doch extrem teuer ist. Und darum lehnen wir es ab.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Laura Brechbühler von der SP-JUSO-Fraktion.

Laura Brechbühler (SP) für die Fraktion: Wir alle wissen: Die Stadt Bern wächst. Auch die Velostationen am Bahnhof überschreiten ihre Kapazitätsgrenzen. Das Angebot übersteigt die Nachfrage und zu viele Velos stehen auf den Trottoirs und blockieren den Weg. Deswegen braucht es diese neue Velostation, dieses Mal in Richtung Länggasse. Damit werden über 1'000 neue Veloabstellplätze auf zwei Stöcken geschaffen, wie schon ausgeführt wurde.

Bei der Konzeptualisierung wurde zusätzlich zur Präsenz des Personals grossen Wert auf gestalterische Massnahmen gelegt, um das Sicherheitsgefühl zu verbessern. Die SP-JUSO-Fraktion begrüsst ausdrücklich diese hellen Räume, eine gute Beleuchtung und die Sichtbeziehungen zu der bereits bestehenden Velostation Schanzenbrücke. Dies ist gerade für die Nachtschwärmer*innen unter uns von grosser Bedeutung. Dann ist auch die Kostenaufteilung zwischen Stadt, Bund und Kanton für die SP-JUSO-Fraktion ein wichtiges Argument für diese neue Velostation.

Zu den Anträgen: Den Antrag der PVS werden wir annehmen, da sonst oberirdische Parkplätze wegfallen könnten. Dieser Antrag stellt sicher, dass die Aufhebung oberirdischer Parkplätze eben nicht zu einer weiteren Verknappung führt.

Die Anträge der PVS-Minderheit lehnen wir ab. Wir verstehen das Bedürfnis und auch die Notwendigkeit einer öffentlichen Toilette in der Velostation oder im näheren Umfeld. Doch hier würden schlicht zu viele Veloparkplätze wegfallen; und dies im Wissen darum, dass der Platz auch in Zukunft knapp bleiben wird. Es wurde gesagt, dass etwa 50 bis 100 Plätze wegfallen würden. Und hier stimmt für uns das Verhältnis einfach nicht. Zudem ist eine Toilette nicht im Ausführungskredit enthalten, und der Gemeinderat müsste das ganze Projekt eigentlich nochmals aufrollen. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab. Wir prüfen aber die Einreichung einer Motion, damit in Richtung Länggasse eine öffentliche WC-Anlage gebaut werden kann. Heute ist nämlich dieser Bedarf vorhanden, und die WC-Anlagen im Bahnhof sind entweder kostenpflichtig oder nicht durchgängig zugänglich. Damit kann das vorliegende Projekt so bestehen bleiben, wie es ist, und dennoch können wir, wie gesagt, diesem verständlichen Bedürfnis nachkommen.

Der zweite Antrag der PVS-Minderheit will nach Möglichkeit sozialräumliche Massnahmen und eine belebte Drittnutzung ermöglichen. Für uns steht hier eine unterirdische Velostation im Vordergrund und deswegen lehnen wir auch diesen Antrag ab.

Den Antrag der SVP werden wir ebenfalls ablehnen. Ohne diese kostenlosen Parkplätze würde die Attraktivität der Velostationen abnehmen. Und hier gehe ich völlig

einig mit meinem Vorredner, der gesagt hat, das würde vor dem Volk nicht Bestand haben.

Den Antrag der Mitte werden wir ebenfalls ablehnen, weil er schlicht zu spät kommt. Eine solch umfassende Analyse noch vor der Abstimmung zu erstellen, wäre schlicht zu knapp. Zudem stellen sich auch grundsätzliche Fragen. Und es wäre wichtig gewesen, diese vorher abzuklären.

Zum Schluss: Eine qualitativ gute, sichere und quantitativ ausreichende Veloinfrastruktur macht das Velofahren für alle attraktiv. Zudem stärken wir den lokalen Klimaschutz, indem mehr Stadtbewohnende, insbesondere Pendler*innen, sich fürs Velo entscheiden und auch die stadtverträgliche Mobilität so stärken. Mit dieser Velostation machen wir also einen wichtigen Schritt oder einen Pedaltritt in die Zukunft. Deswegen werden wir den Krediten und der Abstimmungsvorlage zustimmen.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Seraina Flury von der GLP-EVP-Fraktion.

Seraina Flury (GLP) für die Fraktion: Unser Fazit in fünf Worten zu diesem Projekt ist: enorm teuer und doch zielführend. Ich habe auch gerechnet wie mein Vorredner oder mein Vorredner. Ich bin auf knapp 24'000 Franken pro Veloplatz gekommen – sehr viel Geld. Ich glaube, Bern wird damit Spitzenreiter in der Rangliste der teuersten Veloabstellplätze der Schweiz. Es gibt da einige Zahlen. In Bern wurde auch noch nie etwas so Teures gebaut für Veloabstellplätze, aber auch in anderen Schweizer Städten nicht. Warum so teuer? Weil wir im zweiten Untergeschoss bauen. Das ist technisch anspruchsvoll und entsprechend teuer. Man hat auch lesen können, man habe andere Standorte geprüft. Die wurden verworfen: zu teuer, zu riskant, zu schlecht erschlossen. Darum bleibt: zweites UG, knapp 24'000 Franken pro Platz, enorm teuer, aber am richtigen Ort und damit eben doch zielführend. Denn die Lage ist matchentscheidend – direkt beim neuen Bahnzugang Länggasse mit Lift und Treppe zu den Perrons: Velo abstellen, ein paar Schritte und im Zug.

Hier brauchen wir die Kapazität, damit wir den teilweise chaotischen Zuständen am Bahnhof Meister werden und mit der steigenden Nachfrage Schritt halten. Und nicht ganz einverstanden bin ich mit Nicolas Lutz' Prophezeiung, dass es ein drittes UG geben könnte, denn die Kaverne ist jetzt offen. Diese Opportunity im Zusammenhang mit der SBB-Baustelle ergibt sich jetzt und nicht später. Aber darum muss jeder Quadratmeter in der Velostation den Velos gehören, nicht den WCs und auch nicht sozialräumlichen Massnahmen. Doch eines ist klar: Wenn wir so tief graben und so viel investieren, dann müssen die Plätze voll sein.

Heute sind Velostationen zu oft halb leer. Hier erwarten wir Massnahmen wie eine gute Signaletik, damit die Auslastung steigt. Aber auch, dass oben konsequent Ordnung geschaffen wird und wild abgestellte Velos schrittweise entfernt werden. Trotzdem stimmen wir dem PVS-Antrag, dem ersten Antrag, zu, und zwar als Übergangsmassnahme, bis genügend Plätze vorhanden sind. Das Ziel bleibt die Verlagerung der Veloabstellplätze Schritt für Schritt, damit der Bahnhofraum frei wird für Fussverkehr, Sicherheit und Aufenthaltsqualität.

Die beiden PVS-Minderheitsanträge lehnen wir klar ab. An dieser Lage wären das dann wohl auch die teuersten WCs der Schweiz oder die teuersten Sozialräume. Und sie würden eben diese kostbaren Veloplatze verdrängen.

Der Mitte-Antrag klingt zwar gut, bringt aber unseres Erachtens nichts. Relevante sub-
stanzuelle Drittmittel wurden mit dem Agglofonds bereits gesichert. Der Stadt verbleiben

rund 6,8 Mio. Nettokosten. Die SBB ersetzt die 500 wegfallenden Plätze. Darüber hinaus ist die Stadt am Zug. Gratis parkieren plus hohe Investitionen ergibt keinen Business Case für Private. Mehr Studien, das würde nur die Verwaltung beschäftigen. Beim Antrag der SVP, der als Tischvorlage eingegangen ist, werden wir uns aber enthalten. Mittelfristig, meinen wir, müssen wir die Diskussion bezüglich Einführung von Gebühren führen. Die finanzielle Situation der Stadt ist bekannt. Wir werden darum vermehrt über eine finanzielle Beteiligung von Nutzerinnen und Nutzern an Infrastrukturen diskutieren müssen, und dazu werden auch Gebühren für Veloabstellplätze gehören. Das braucht es aber eine Diskussion. Wir müssen die Bevölkerung mitnehmen, und das passiert nicht über Tischvorlagen. Daher werden wir uns enthalten. Enorm teuer und doch zielführend – die GLP-EVP-Fraktion sagt zähneknirschend Ja zum Kredit und unterstützt grundsätzlich das Geschäft.

Präsidentin: Als nächstes Thomas Hofstetter, FDP-Fraktion.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP wird diesem Geschäft zustimmen, trotz der hohen Kosten. Ein Veloabstellplatz kostet fast 24'000 Franken. Wir sind mit Seraina einig. Vielleicht muss die Mitte noch einmal nachrechnen. Aber 24'000 Franken sind eigentlich viel zu hoch. Warum sind wir trotzdem dafür?

Erstens: In der Umgebung werden viele Veloabstellplätze wegfallen und dafür müssen Alternativen angeboten werden. Zweitens: Der Ort ist ideal. Er ist zentral gelegen und man kann dort eigentlich nichts anderes machen. Ein verlorener Platz kann genutzt werden. Einen so zentral gelegenen Ort darf man sich nicht entgehen lassen, auch weil die Chance besteht, dass an diesem zentralen Ort die Velofahrenden ihre Velos tatsächlich abstellen. Drittens: Der Bund beteiligt sich an den Kosten und übernimmt knapp die Hälfte der veranschlagten 12 Millionen. Wir anerkennen auch, dass der Gemeinderat mit diesem Projekt die Stadt weiterentwickeln will und auch Massnahmen umsetzt, welche auf einer Strategie beruhen. Das ist für uns deshalb so lobenswert, weil es selten passiert. Zu oft sind die Strategien des Gemeinderats und das anschließende Handeln nicht kohärent. Fünftens. Gemeinderat Aebischer hat in Aussicht gestellt, dass in ein paar Jahren Gebühren für das Veloparkieren geprüft werden.

Wir haben aber auch Erwartungen an dieses Projekt. Wir fordern, dass sich die Situation der oberirdisch abgestellten Velos klar verbessert und das Wildparkieren konsequent eingedämmt wird.

Ich komme zu den Anträgen. Die drei Anträge der PVS lehnen wir ab, weil aus unserer Sicht die Einheit der Materie zu stark strapaziert wird. Dem Antrag der Mitte stimmen wir zu. Wir begrüssen die Forderungen, die darin gestellt sind. Und zum Tischvorschlag der SVP haben wir Stimmfreigabe beschlossen, denn an und für sich ist er sympathisch, aber nicht umsetzbar, wie Seraina das schon dargelegt hat. Merci.

Präsidentin: Als nächstes gerne Alexander Feuz, SVP-Fraktion. Ihr könnt euch jetzt gerne anmelden für die Einzelvoten, falls es welche gibt.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Im Gegensatz zur FDP lehnt die SVP die Vorlage ganz klar ab. Ich kann es vielleicht vorausschicken: Die Kosten sind absolut jenseitig. Es ist unverantwortlich und es ist immer von der Hoffnung die Rede, dass nachher die oberirdischen Veloplätze verschwinden. Das wird nicht der Fall sein. Ihr habt schon gesehen, dass die Exponenten der Veloorganisationen sagen, die müssten

selbstverständlich bleiben. Ihr kennt auch die Automobilisten: Die würden wahrscheinlich auch lieber das Auto weiterhin auf dem Bundesplatz abstellen, als in eine Tiefgarage herunterfahren.

Ich komme zuerst zu unserem Antrag. Diesen halten wir aufrecht. Ich weiss, dass er wenig Chancen hat. Aber ich möchte euch trotzdem sagen: Bei der Finanzlage, die wir in der Stadt Bern haben, sollten doch Aufwand und Ertrag einigermaßen in einem vernünftigen Verhältnis sein. Und man sollte nicht einfach irgendjemanden super quersubventionieren. Wir sind der Meinung, auf die 24-Stunden-Gratisparkierung sei zu verzichten. Stattdessen sollen kostendeckende Gebühren für die Veloabstellplätze erhoben werden. Man muss sehen: Das sind ganz gewaltige Investitionen.

Ich habe auch im Kirchenfeld-Schulhaus gesagt: Je tiefer gebaut wird, desto teurer wird es. Wenn schon, denn schon. Man hätte vielleicht andere Varianten gefunden, wo man allenfalls die Velos hätte abstellen können, sei es auf der Grossen Schanze. Und, wenn alle Leute immer sagen, es führen immer weniger Autos, hätte man vielleicht noch ein paar Velos in den Parkhäusern abstellen können – wenn niemand mehr Auto fahren will. Ich bezweifle das zwar. Aber das wären alles Möglichkeiten gewesen. Aber mit dieser Vorlage, die wir hier machen, schiessen wir weit aus über das Ziel hinaus.

Es ist finanzpolitisch völlig unverantwortlich – 24'000 Franken für einen Veloabstellplatz. Jetzt könnt ihr mal rechnen. Wenn ihr einen Veloabstellplatz wollt – ich würde jetzt mal sagen, bei 6 oder 7 Velos wären das etwa 140-, etwa 150-, 160'000 Franken. Dafür könnt ihr eine Garage im Grünen aufstellen. Absolut jenseitig. Und ihr habt keine Garantie, dass die anderen Velos nachher verschwinden. Die werden weiterhin dort bleiben. Wenn es regnet, wird man sie unten abstellen, wenn es gratis ist, und sonst lässt man sie weiterhin oben, weil es halt doch praktischer ist. Wenn ihr durch die Altstadt geht, seht ihr auch, dass viele Leute eben trotzdem das Auto gerne vor dem Geschäft abstellen, damit sie kurze Wege haben. Und dann müsst ihr schauen, welche Anträge zusätzlich gestellt worden sind, was man alles machen muss. Man will trotzdem oberirdische behalten. Der Antrag der PVS-Minderheit will sogar noch ein öffentliches, kostenfreies WC eröffnen, weil es auch in der Nacht zugänglich ist. Dann habt ihr nichts als Sicherheitsprobleme. Für mich ist ein zweiter Punkt: Ich bin auch nicht ein Freund dieser kostenpflichtigen Toiletten. Ich bin der Meinung, das ist ein Service public. Das sollten die SBB zur Verfügung stellen. Daher müsste man dort etwas machen. Aber es kann ja nicht sein, dass man oben auf engstem Raum Velotoiletten für viel Geld hat. Zu den teuren Veloparkplätzen macht man dann noch teurere Toiletten, die dann noch viel, viel teurer sind im Betrieb, im Unterhalt. Da müsste der Gemeinderat bei den SBB vorstellig werden und sagen, dass man die Toiletten, die wir schon in unmittelbarer Nähe haben, dass man die dann – es kann nicht die Aufgabe des Steuerzahlers sein, dass er zusätzlich noch weitere Toiletten erstellt. Wir lehnen das also ganz klar ab. Und sozio-räumliche Massnahmen für eine belebte Drittnutzung zu projektieren – ich muss sagen: Ihr solltet konsequent sein. Ich komme auf die alten SVP-Vorschläge zurück, kriminelle Ausländer auszuschaffen. Wenn wir das machen würden und den Sumpf durch eine Videoüberwachung dort trockenlegen würden, dann könnt ihr auf all das andere verzichten. Das ist ganz klar etwas, das es nicht braucht, wenn wir das geltende Recht durchsetzen würden. Dann wäre das alles nicht nötig. Ihr merkt: Wir lehnen das ganz konsequent und kategorisch ab.

Wir bitten euch, unseren Antrag zu unterstützen. Ich gehe davon aus: Er hat nicht viele Chancen. Falls dem Antrag entsprochen würde, gäbe es vielleicht bei uns vereinzelt Ja-Stimmen, aber ich will euch das nicht versprechen. Aber ich appelliere an die anderen politischen Parteien: Seid euch eurer Verantwortung bewusst. Vorher haben einige

gesagt, es sei nicht verantwortbar, das Lehrschwimmbecken zu machen, und hier vergrabt ihr das Geld wirklich. Ähnlich wie beim Kirchenfeldschulhaus vergrabt ihr das Geld buchstäblich. Darum lehnen wir das Projekt ab. Danke.

Präsidentin: Vielen Dank. – Ich nehme an, das ist ein Einzelvotum. Als nächstes Michael Ruefer, GFL.

Michael Ruefer (GFL), Einzelvotum: Ich sage auch noch gerne was zur Diskussion über Gebührenmodelle für Veloabstellplätze, vor allem in Bahnhofsnähe. Es gibt in Holland zum Beispiel das Modell, dass man die Veloabstellplätze in ÖV-Abos integriert, und man dann sozusagen eine Option wählen kann, so dass man das quasi über das ÖV-Abo in Anspruch nehmen kann. Ich denke schon, dass wir irgendwann nicht mehr darum herumkommen, uns solche Konzepte für die integrierte Mobilität, Pendlermobilität notabene, zu überlegen.

Ein anderer Aspekt, der mir auch noch wichtig scheint im Zusammenhang mit den Veloabstellplätzen, ist, dass bis zu einem gewissen Grad das Potenzial und auch die erforderliche Optimierung, die es bei den Veloabstellplätzen im Bereich Bahnhof braucht, auch schon ausgeschöpft ist. Das zeigt die aktuelle Umfrage – sie wurde auch beim früheren Geschäft hier schon erwähnt – zur Velofreundlichkeit von Pro Velo in der Stadt Bern. Die zeigt, dass die Abstellplätze schon recht gut bewertet werden, also fast eine 5 erhalten, was schon sehr gut ist in der ganzen Velodebatte, während Sicherheit und Komfort sehr, sehr kritisch bewertet werden. Das betrifft dann auch Themen wie fehlende Velostreifen, Fahrspuren, gefährliche Kreuzungen, Knoten, Fahren auf Hauptstrassen, dieses exponierte Fahren, heikle Überholmanöver. Das sind die Themen, die den Leuten unter den Nägeln brennen, die häufig Fahrrad fahren. Ich finde, das ist wichtig für diese Diskussion, damit man das auch etwas einordnen kann, damit wir nicht zu sehr überschüssen und das auch etwas im Griff behalten mit solchen Investitionen. Das scheint mir wichtig, damit wir das Velofahren für alle von 8 bis 80 oder 88 – ich weiss auch nicht, wie alt man in ein paar Jahren noch werden kann – ermöglichen kann. Vielen Dank.

Präsidentin: Als nächstes Thomas Glauser, SVP.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Ja, es ist halt wieder einmal so ein bisschen eine bevorzugte Mobilitätspolitik, die wir hier betreiben. Das Velo wird damit sicher bevorzugt. Es wird ein bisschen ein Luxustempel dafür gebaut, dass man die Velos abstellen kann oder abstellen dürfte. Man bedenkt nicht, dass die Velostationen, die eben so hohe Investitionen erfordern, dann vielleicht halb leer sind. Der Steuerzahler zahlt das ja. Massnahmen, damit eben das Velo dann wirklich in den Velostationen parkiert wird, werden nicht getroffen. Es kann einem niemand sagen: Du musst es jetzt dort parkieren. Das ist für uns einfach ein bisschen eine Politik, eine Finanzpolitik, aber auch eine Verkehrspolitik, die nicht ineinandergreift – ein unterirdisches Prestige-Projekt, das man plant, das die Leute dann vielleicht gar nicht so nutzen, wie man es gerne hätte. Darum sind wir ganz klar gegen dieses Luxusprojekt. Besten Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Es scheint keine weiteren Einzelvoten zu geben. Dann würde ich dem Gemeinderat Matthias Aebischer das Wort übergeben.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin, geschätzte Stadträt*innen, liebe Gemeinderatskollegin, das zweite UG der Velostation Bahnhof Zugang Länggasse ist nur ein Baustein einer umfassenden Strategie der Veloparkierung rund um den Bahnhof. Im Sinne eines ökologischen, nachhaltigen Gesamtverkehrssystems hat sich der Gemeinderat noch vor meiner Amtszeit zum Ziel gesetzt, rund um den Bahnhof bis ins Jahr 2030 10'000 Veloparkplätze zu schaffen. Im Moment sind wir bei rund 5'000 Abstellplätzen, wovon sich die Hälfte unterirdisch, also in Velostationen, befindet. Im Zusammenhang mit dem Bahnhofausbau, mit dem Projekt Zukunft Bahnhof Bern, bietet sich der Stadt die einmalige Gelegenheit, an mehreren Stellen unterirdische Veloabstellplätze zu bauen, von welchen aus ein direkter Zugang zu den Gleisen führt.

Wir haben noch ein Projekt hinter dem Generationenhaus in Planung, dann eines beim Bollwerkzugang und eben das vorliegende Richtung Länggasse. Insgesamt dürften in den nächsten Jahren zu den aktuell 2'660 unterirdischen Veloparkplätzen im Bahnhofperimeter rund 3'000 weitere dazukommen. Am Ende dieser Bauphase dürften also rund 6'000 Veloabstellplätze in Velostationen und somit ungefähr noch 4'000 Veloabstellplätze überirdisch zur Verfügung stehen. Das A und O wird dann die Bewirtschaftung dieser Parkplätze sein. Wir haben das heute Abend schon gehört. Wir sind schon jetzt daran, werden aber immer noch besser. Das Motto lautet: Die Nähe zu den Gleisen soll etwas kosten. Je weiter man vom Veloparkplatz aus laufen muss, desto günstiger wird es oder gar kostenlos. Zu diesem Plan gehören nun auch diese 1'050 Veloabstellplätze des Länggasszugangs.

500 dieser Plätze werden von den SBB finanziert, 550 von der Stadt Bern. Wir beantragen Ihnen für das zweite UG einen Investitionskredit von 12,46 Mio. Franken und Betriebskosten von jährlich 41'000 Franken. Da wir mit umfangreichen Beiträgen von Bund und Kanton rechnen können, dürfte für die Stadt beim zweiten UG ein Nettobetrag von rund 6,8 Mio. Franken resultieren. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, dem Kredit zuzustimmen.

Dann sage ich noch etwas zu den Anträgen. Wie bereits erwähnt, werden wir auch in Zukunft auf oberirdische Veloabstellplätze angewiesen sein. Wo sich diese am Schluss überall befinden, werden die Belegungszahlen und auch die Nutzungsgewohnheiten der Kundinnen und Kunden zeigen. Der Mehrheitsantrag der PVS ist auch aus unserer Sicht deshalb nicht unbedingt nötig.

Die beiden Minderheitsanträge lehnen wir ebenfalls ab. Eine WC-Anlage war nie Teil des Projektes und somit auch nicht Teil des Kredits. Sie müsste viel eher in einem separaten Projekt geführt werden, genauso wie zusätzliche Sozialräume. Beide Vorhaben würden die Anzahl Veloabstellplätze verringern und das Projekt verteuern.

Dies gilt auch für den Antrag Nummer 4. Eine kommerzielle Nutzung ginge auf Kosten von Veloabstellplätzen. Ich persönlich bin nicht gegen Public-Private-Partnership-Projekte. Dies müssten wir jedoch zuerst einmal grundsätzlich diskutieren und nicht erst kurz vor einer Volksabstimmung respektive eines Plangenehmigungsverfahrens. Auch grundsätzlich abklären müssten wir dann zuerst, was für einen Einfluss eine private Beteiligung auf die Finanzierung von Kanton und Bund hätte. Ich habe schon gesagt: Sie übernehmen einen grossen Teil der Gesamtkosten der Velostationen. Aus all diesen Gründen lehnen wir auch den Antrag Nummer 4 ab.

Dann zuletzt noch zur Tischvorlage. Mein persönliches Ziel ist es, ich habe das schon gesagt, in den nächsten zwei, drei Jahren ein Steuerungssystem zu installieren, welches eine sinnvolle Bewirtschaftung und auch eine sinnvolle Preisabstufung erlaubt. Dann können wir die 24-Stunden-Gratisparkierung an einigen Orten in Frage stellen.

Vorher würde ich das nicht tun. Wir lehnen die Tischvorlage deshalb ab. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Vielen Dank. Ihr könnt gerne die Tischvorlage beziehungsweise die Anträge zur Hand nehmen. Wir würden zur Abstimmung schreiten. Ihr habt es gehört, wir werden als erstes über den Antrag Nummer 1 der PVS-Mehrheit abstimmen. Wer dem PVS-Antrag Nummer 1 zustimmen möchte, tut das bitte jetzt.

Antrag 1

PVS

Mindestens so lange in der Angebotsbilanz eine negative Anzahl Veloabstellplätze (Angebotslücke) besteht, soll ein Teil davon oberirdisch bereitgestellt werden.

Abstimmung Nr. 012

2026.TVS.0054: Antrag 1

Annahme

Ja	45
Nein	15
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag Nummer 1 zugestimmt. Wir kommen weiter zum Antrag Nummer 2 PVS-Minderheit. Wer diesem Antrag zustimmen kann, stimmt bitte jetzt ab.

Antrag 2

PVS-Minderheit

In der Velostation Bahnhofzugang Länggasse oder in dessen näheren Umgebung ist mindestens ein öffentliches kostenloses WC zu eröffnen, welches auch in der Nacht zugänglich ist.

Abstimmung Nr. 013

2026.TVS.0054: Antrag 2

Ablehnung

Ja	14
Nein	47
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den PVS-Minderheitsantrag abgelehnt. Wir kommen zum Antrag Nummer 3.

Antrag 3

PVS-Minderheit

Für die Velostation Bahnhofzugang Länggasse sind nach Möglichkeit sozialräumliche Massnahmen und eine belebte Drittnutzung zu projektieren und in der Ausführung mitzudenken.

Abstimmung Nr. 014

2026.TVS.0054: Antrag 3

Ablehnung

Ja	14
Nein	48
Enthalten	1

Präsidentin: Auch hier, ihr habt den PVS-Minderheitsantrag abgelehnt. Wir kommen jetzt zum Antrag Nummer 4 der Mitte.

Antrag 4

Mitte

Der Gemeinderat legt der vorberatenden Kommission bis zur Volksabstimmung (bzw. bis zu einem erneuten Kreditbeschluss) eine vertiefte Analyse zu möglichen Mitfinanzierungen durch Dritte für die Velostation Länggasse 2. UG vor. Insbesondere soll geprüft werden:

- ob private oder institutionelle Partner (z.B. kommerzielle Nutzungen, Mobility-Anbieter, Detailhandel, Immobilieninvestoren) sich an Bau- oder Betriebskosten beteiligen könnten,
- welche PPP-Modelle im Bereich Velostationen und Parkieranlagen in anderen Städten bestehen und welche Lehren sich daraus für Bern ziehen lassen,
- wie ein allfälliges Mitfinanzierungsmodell vertraglich und risikopolitisch gestaltet werden müsste, um die öffentliche Steuerung zu sichern.

Abstimmung Nr. 015

2026.TVS.0054: Antrag 4

Ablehnung

Ja	11
Nein	52
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag Nummer 4 abgelehnt. Wir kommen als letztes zum Antrag Nummer 5 der SVP.

Antrag 5 Tischvorlage

SVP

Auf die 24-Stunden-Gratisparkierung sei zu verzichten. Stattdessen sollen kostendeckende Gebühren für die Veloabstellplätze erhoben werden.

Abstimmung Nr. 016

2026.TVS.0054: Antrag 5 Tischvorlage

Ablehnung

Ja	7
Nein	43
Enthalten	12

Präsidentin: Der Antrag Nummer 5 wurde abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung der Abstimmungsvorlage. Wollt ihr die Abstimmungsvorlage in der so bereinigten Form genehmigen und zuhanden der Stimmberechtigten verabschieden, könnt ihr jetzt dieser zustimmen.

Abstimmung Nr. 017

2026.TVS.0054: Bereinigte Abstimmungsvorlage

Annahme

Ja	55
Nein	8
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt die Abstimmungsvorlage angenommen. Wir kommen jetzt zur Abstimmungsbotschaft. Wollt ihr die Abstimmungsbotschaft genehmigen, dann könnt ihr sie jetzt annehmen.

Abstimmung Nr. 018

2026.TVS.0054: Abstimmungsbotschaft

Annahme

Ja	57
Nein	5
Enthalten	0

Präsidentin: Die Abstimmungsbotschaft wurde so verabschiedet. Herzlichen Dank.

2018.SR.000049

15 Interfraktionelle Motion GLP/JGLP, BDP/CVP, SP/JUSO, GFL/EVP (Matthias Egli, GLP/Michael Daphinoff, CVP/Benno Frauchiger, SP/Franziska Grossenbacher, GB/Matthias Stürmer, EVP) - übernommen durch Maurice Lindgren (GLP): Elektroautos als Teil der Mobilität in Bern anerkennen und geeignete Anreize schaffen; Fristverlängerung

Präsidentin: Wir kommen jetzt zum Traktandum 15, der interfraktionellen Motion "Elektroautos als Teil der Mobilität in Bern anerkennen und geeignete Anreize schaffen". Es geht um eine Fristverlängerung. Die Fristverlängerung war in der Kommission bestritten. Aus diesem Grund ist sie im Stadtrat traktandiert. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die Kommission, Seraina Flury.

Seraina Flury (GLP) für die Kommission: Ich halte dieses Votum für die abwesende Irina Straubhaar. Die Motion will, dass Elektroautos als Teil der Mobilität in Bern anerkannt und mittels Massnahmen vorangetrieben werden. Insbesondere wird ein Massnahmenpaket gefordert für temporäre Anreizsysteme, Massnahmen und Vorgehen für die Ladeinfrastruktur unter Einbezug von privaten und städtischen Stakeholdern. Dieses Anliegen ist – wenig erstaunlich – alt. Die Motion wurde notabene 2018 eingereicht und 2019 erheblich erklärt. Die Frist zur Erfüllung der Motion wurde mehrmals

verlängert, letztmals durch die Kommission PVS am 24. April 2025 bis zum 31. Dezember. Und trotzdem sprechen wir jetzt wieder über eine Fristverlängerung. Die Kommission war sich einig, dass es sich bei der in der Motion gestellten Forderungen weiterhin um wichtige Anliegen handelt. Die Kommission war sich jedoch gerade aufgrund der Wichtigkeit nicht einig betreffend die Verlängerung. Die Mehrheit der Kommission teilte die Ansicht, dass eine Verlängerung, wie vom Gemeinderat bis Ende dieses Jahres beantragt, nicht genügend Zeit bietet, um der Thematik und den Forderungen der Motion gerecht zu werden. Sie sprach sich darum für eine über den Antrag des Gemeinderates hinausgehende Verlängerung aus.

Eine Minderheit vertrat die Auffassung, dass gerade aufgrund der Wichtigkeit der Motion keine weitere Verlängerung gewährt werden sollte respektive diese sogar verkürzt werden sollte. Darum obliegt es heute dem Stadtrat, über die Dauer der Verlängerung zu entscheiden. Die Kommission beantragt dem Stadtrat eine Fristverlängerung bis Ende 2027. Der zuständige Gemeinderat hat der Kommission zugesichert, ihr im Herbst einen Zwischenstand zu präsentieren. Und das erwarten wir.

Seraina Flury (GLP) für die Fraktion: Die GLP-EVP-Fraktion als Miturheberin dieser Motion unterstützt den Antrag der PVS grossmehrheitlich. Aus unserer Sicht ist das Schneckentempo bedauerlich. Es wurden bisher nur sehr wenig Fortschritte im Hinblick auf die Forderungen der Motion erzielt. Gleichzeitig vertreten wir die Auffassung, dass eine Umsetzung – wie von der FDP und vom Gemeinderat beantragt – noch in diesem Jahr kaum seriös möglich ist. Uns ist es wichtiger, dass die Forderungen dieser Motion gut umgesetzt werden, anstatt eine möglichst kurze Frist zu haben. Wir erwarten aber vom Gemeinderat in den nächsten anderthalb Jahren volles Engagement in Bezug auf die in den Händen der Stadt liegenden Hebel. Die Verkehrswende wird uns auch durch eine durchgehende Elektrifizierung der Fahrzeugflotte gelingen. Und auch die Stadt kann und soll hier einen Beitrag leisten.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Maurice, möchtest du noch für die Einreichenden sprechen? – Nicht? – Gut, dann wäre die Redner*innenliste jetzt offen für die Fraktionsvoten. Als nächstes Thomas Hofstetter, FDP-Fraktion.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Wir werden diese Fristverlängerung ablehnen. Wir möchten sogar eine Fristverkürzung und hoffen natürlich, dass uns alle unterstützen, für die das Klima wichtig ist. Warum? Diese Motion ist acht Jahre alt. Der Gemeinderat hat in dieser Zeit nichts gemacht. In der Zwischenzeit sind unzählige Vorstösse zur Elektromobilität in unserem Parlament eingegangen. Und nicht einmal diese haben den Gemeinderat aus dem Tiefschlaf wecken können. Der Gemeinderat und EWB haben dieses Geschäft wie beim "Schwarzpeterlen" immer wieder hin und her geschoben. Passiert ist nichts, und das in einer Stadt, welche den Klimanotstand ausgerufen hat. Mit zögern und unterlassen erreicht man aber nichts. Während andere Städte, bei denen der Klimanotstand noch nicht angekommen ist, bei den Elektroautos und deren Infrastruktur vorwärts gemacht haben, war hier in Bern das Dornröschen zu Besuch. Auch in der Privatwirtschaft wurde die Elektromobilität in dieser Zeit vorangetrieben. Wer zum Beispiel einmal die Gelegenheit hat, die Firma Galliker Logistik zu besuchen, der wird Tränen in den Augen haben, wenn er oder sie sieht, was diese punkto Elektromobilität und vor allem punkto Lademöglichkeiten erreicht haben. Vielleicht sollte der Gemeinderat einmal einen Ausflug zu einem modernen Logistikunternehmen wie zum Beispiel Galliker Logistik machen, um zu sehen, was alles möglich

wäre, wenn man mit sich mit Leidenschaft, Herz und Verstand einer Herausforderung annimmt.

Die Transformation von Verbrennerautos zu Elektroautos ist ein wichtiger Beitrag zum Klima und deshalb mit Priorität anzugehen. Das Ziel unseres Antrags ist es, das Klima möglichst zeitnah zu verbessern und einen wertvollen Beitrag zur Eindämmung der Klimakrise zu leisten. Wer acht Jahre nichts gemacht hat, soll nicht noch mit grosszügigen Fristverlängerungen belohnt werden. Auch ist wissenschaftlich bewiesen, dass längere Fristen keinen signifikanten Einfluss auf die Qualität einer Arbeit haben. Deshalb bitten wir euch, unseren Antrag auf eine kürzere Frist anzunehmen. Vielen Dank.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes Nicolas Lutz von der Mitte-Fraktion.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Wir werden den Antrag der FDP deshalb unterstützen, damit man endlich vorwärts macht. Und wir haben vorher gesagt: Beim Velo haben wir eine 4,2. Bei den Elektroautos wären wir wahrscheinlich irgendwo zwischen stark bis sehr ungenügend, also durchgefallen. Und jetzt hatte man acht Jahre Zeit und schiebt es wieder hinaus.

Und schaut euch mal ein Beispiel an. Ich bin nicht ein grosser Fan von Elon Musk. Aber Elon Musk hat das Elektroauto sexy gemacht und so gemacht, dass es heute überhaupt Elektroautos gibt. Und die haben auch eine Fabrik innerhalb von 3 Jahren aufgebaut. Und wenn wir jetzt damit nicht vorwärts machen, dann müsst ihr euch nicht wundern, dass die Leute weiter ein Benzinauto fahren, weil sie es nirgends laden können. Das ist doch sehr simpel. Und es heisst nicht, dass wir schon irgendwo auf dem Weg sind. Wir sind nirgends, bei Null. Das muss man wirklich sagen. Die anscheinend linkste Stadt, also die grünste Stadt, ist Bern, wenn es um die Elektromobilität geht, bei weitem nicht. Und man hat bekanntlich jetzt 12 Millionen ausgegeben für ein neues Veloparking. Also kann man jetzt dort auch aus dem Vollen schöpfen und endlich vorwärts machen. Und eigentlich muss ich sagen: Der Gemeinderat, der da sitzt, will eigentlich auch in diese Richtung gehen. Also müsst ihr ihm jetzt noch ein bisschen Dampf machen, und dann klappt es auch. Merci.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Laura Brechbühler für die SP-JUSO-Fraktion.

Laura Brechbühler (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion steht weiterhin hinter den Zielen dieser Motion, die der Stadtrat bereits im Jahr 2019 angenommen hat. Um die Klimakrise zu bekämpfen, ist die Elektrifizierung des Verkehrs ein entscheidender Bestandteil. Für Menschen und für Gewerbe, die auf individuelle Mobilität angewiesen sind, muss die Infrastruktur für E-Autos und E-Mobilität gefördert und ausgebaut werden. Leider sind wir in der Stadt Bern hier noch zu wenig weit. Das sieht man unter anderem an den zu wenigen Ladestationen.

Die SP-JUSO-Fraktion wird der Fristverlängerung gemäss PVS auf Ende 2027 zustimmen und den Antrag der FDP ablehnen. Ja, die Motion ist alt, und ja, wir haben Aufholbedarf. Aber ihr setzt ja immer wieder grossen Wert auf Effizienz. Und es wäre einfach nicht effizient, wenn wir in drei oder sechs Monaten wieder über die gleiche Motion befinden müssten und wieder einer Fristverlängerung zustimmen müssten. Der Gemeinderat hat hier dargelegt, dass es ihm ernst ist mit dem Vorantreiben der Elektromobilität, und wir nehmen ihn hier beim Wort.

Präsidentin: Als nächstes gerne Tanja Miljanovic für die GFL-Fraktion. Dann könnt ihr euch jetzt noch für die Einzelvoten anmelden.

Tanja Miljanović (GFL) für die Fraktion: Ich bin zwar nicht Jesus, aber ich mag vermutlich genauso gerne Vergleiche und Gleichnisse wie er, um Sachverhalte zu veranschaulichen. Und deswegen habe ich mir auch hier zu überlegen versucht, wie man das Tempo des Gemeinderates bezüglich E-Mobilität visualisieren könnte. Und ich habe einen Satz. Das Einzige, was in der Schweiz noch schleppender vorangeht, ist vermutlich die Gleichstellung von Müttern mit dem Rest der Bevölkerung. Nicht cool. Trotzdem gewähren wir dem Gemeinderat gerne entsprechend dem PVS-Antrag die Fristverlängerung quasi um noch ein zusätzliches Jahr. Aber wir erwarten danach auch, dass er nicht nur Gas gibt, sondern wirklich wie in einem coolen Elektroauto aufs Pedal drückt und dann wummmmm.

Präsidentin: Gibt es noch Einzelvoten? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Gemeinderat Matthias Aebischer verzichtet auf das Votum. Das heisst, wir kommen bereits zur Abstimmung. Nehmt doch gerne die Antragsliste zur Hand. Ich wiederhole nochmals, was es für Anträge gibt. Zum einen fordert der Gemeinderat die Fristverlängerung bis Ende 2026. Der Antrag der FDP fordert die Erfüllung der Motion bis Ende September 2026. Und der Antrag der PVS fordert eine Fristverlängerung der Motion bis Ende 2027. Wir werden also als erstes den Antrag des Gemeinderats dem Antrag der FDP gegenüberstellen und dann den obsiegenden Antrag dem PVS-Antrag gegenüber. Wer also dem Antrag des Gemeinderats zustimmen möchte, drückt gerne Grün, wer dem Antrag der FDP zustimmen möchte, drückt gerne Rot.

Antrag 2

FDP

Der Stadtrat stimmt einer weiteren Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis Ende September 2026 zu.

Abstimmung Nr. 019

2018.SR.000049: Antrag Gemeinderat vs. Antrag 2

Antrag Gemeinderat obsiegt

Ja	38
Nein	12
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag des Gemeinderats den Vorzug gegeben. Wir werden nun den Antrag des Gemeinderats dem Antrag der PVS gegenüberstellen. Wer dem Antrag des Gemeinderats zustimmen möchte, drückt wieder Grün, dem Antrag der PVS, Rot.

Antrag 1

PVS

Der Stadtrat stimmt einer weiteren Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis Ende 2027 zu.

Abstimmung Nr. 020

2018.SR.000049: Antrag Gemeinderat vs. Antrag 1

Antrag 1 obsiegt

Ja	4
Nein	47
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag der PVS den Vorzug gegeben. Nun stimmen wir über den obsiegenden Antrag der PVS ab. Wer diesem Antrag für die Fristverlängerung bis Ende 2027 zustimmen möchte, tut das bitte jetzt.

Abstimmung Nr. 021

2018.SR.000049: Antrag 1

Annahme Fristverlängerung bis Ende 2027

Ja	52
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Die Fristverlängerung wurde bis Ende 2027 gewährt.

2019.SR.000308

16 Interfraktionelle Motion Fraktionen GB/JAI, GFL/EVP, GLP/JGLP, SP/JUSO (Franziska Grossenbacher, GB/Claude Grosjean, GLP/Britte Hilty Haller, GFL/Michael Sutter, SP) - übernommen durch Nora Krummen (SP): Bypass nur mit echter Stadtreparatur; Begründungsbericht

Präsidentin: Wir kommen jetzt zum Traktandum 16, einer interfraktionelle Motion "Bypass nur mit echter Stadtreparatur", dem Begründungsbericht. Der Begründungsbericht wurde zur Traktandierung beantragt. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Bei der SP steht hier Nora Krummen. – Spricht jemand? – Katharina Gallizzi spricht.

Katharina Gallizzi (GB) für die Einreichenden: Ich hoffe, ich habe jetzt niemandem das Wort gestohlen. Irgendwie haben wir uns nicht ganz abgesprochen, aber ich halte jetzt einfach mal ein Votum für die Einreichenden, aber nicht als einzige Einreichende.

Es geht um den Bypass. Auch wenn der Begründungsbericht dieser Motion bereits wieder überholt ist – und jetzt ist er noch überholter, als damals, als ich das Votum geschrieben habe –, so hat der Inhalt der Motion doch nichts an Wichtigkeit eingebüsst. Es ist absolut unbestritten, dass die Autobahn A6 im Osten Berns eine absolute Katastrophe ist. Sie geht mitten durch das Siedlungsgebiet, zerschneidet das Quartier und verursacht Lärm und Abgase. Für die Anwohnenden ist das nicht tragbar. Es ist klar: Das ist kein haltbarer Zustand und es muss etwas geschehen.

Die Idee eines Bypasses ist dabei bestechend. Die Autobahn, der Lärm, die Abgase werden in einen Tunnel verlagert, das Quartier wird entlastet. Dort, wo jetzt die Autobahn ist, hat es Platz für Neues, zum Beispiel für einen Park oder Velobahnen oder zusätzliche Wohnungen. Aber ganz so einfach ist es leider nicht. Und darum standen und stehen wir vom GB dem Bypass Ost kritisch gegenüber. Und wer die Motion aufmerksam liest, sieht, dass damals, als die Motion eingereicht wurde, auch die SP, die GFL und die GLP dieser Meinung waren.

Das Projekt würde Milliarden kosten. Und weshalb sollte das ASTRA ein so gigantisches Projekt bauen, nur um ein Quartier von eventuellen negativen Folgen der Autobahn zu entlasten? Wie sollte das ASTRA rechtfertigen, dass es so viel Geld in eine Autobahn investiert, wenn es damit nicht bestehende Probleme löst? Und für das ASTRA sind bestehende Probleme in der Regel Kapazitätsengpässe, die man durch Kapazitätserweiterungen lösen muss. Das war auch der Hintergrund dieser Motion. Aussagen des ASTRA liessen darauf schliessen, dass das freiwerdende Trasse der Autobahn nicht einfach einer wenig befahrenen Stadtstrasse weichen soll, sondern zum potenten Autobahnzubringer ausgebaut werden soll, was de facto einem Kapazitätsausbau gleichkommt. Die Antwort des Gemeinderats zeigt denn auch, dass auch an den meisten Abschnitten nicht einfach eine verkehrsberuhigte 30er-Zone entstehen würde. Der Abschnitt Pulverweg ist weiterhin im regionalen Basisnetz. Zwischen dem Freudenbergplatz und der Schosshalde hat die Strasse die Funktion eines Autobahnzubringers zum Halbanschluss. Die zweispurige Achse im Abschnitt Sonnenhof soll vorerst dem MIV als Verbindungsachse dienen. Der Abschnitt Egghölzli bis zur Stadtgrenze soll als zweispurige Strasse genutzt werden, um das Quartier zu entlasten. Auch wenn viele Details noch offen sind, und langfristig gemäss dem Leitbild, der freiwerdende Autobahnraum im Abschnitt Sonnenhof für den Durchgangsverkehr unterbrochen werden könnte, muss davon ausgegangen werden, dass mit diesem Projekt mehr Verkehr generiert würde. Ich denke, es ist nicht sinnvoll, jetzt noch weiter in die Details zu gehen, denn wie wir alle wissen, ist das Projekt Bypass von Rösti auf den St. Nimmerleinstag verschoben worden. Das bedeutet, wir müssen nun vorwärtsschauen und uns darauf konzentrieren, wie wir die Situation auch ohne Bypass verbessern. Die effizienteste Lösung wäre eine konsequente Verkehrswende, d.h. die Reduktion der Autofahrten durch Vermeiden, Verlagern, z. B. auf den ÖV, und wo das nicht möglich ist, verträglich Gestalten, sprich weg von Benzinern hin zu Elektromobilität. Das wird nicht einfach. Aber wir sollten dieses Fernziel nicht aus den Augen lassen. Daneben müssen wir auch Lösungen für die Überdachung oder Überquerung der bestehenden Autobahn prüfen und beim ASTRA-Bericht Druck machen, dass diese so schnell wie möglich umgesetzt werden. Wir werden dem Prüfungsbericht in dieser Form zustimmen.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Ich glaube, ich weiss, wo die Verwirrung herkam. Alle Motionär*innen und Erstmotionär*innen sind nicht mehr im Rat. So alt ist diese Motion. Jetzt wäre die Redner*innenliste frei für die Fraktionsvoten. Für die SP-JUSO-Fraktion, Mehmet Özdemir.

Mehmet Özdemir (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion nimmt den Bericht ebenfalls eher kritisch zur Kenntnis. Leider ist er heute in wesentlichen Teilen nicht mehr aktuell. Und auch schon zum Zeitpunkt der Erstellung hat er die Anliegen der Richtlinienmotion nur teilweise oder nicht konsequent beantwortet. Das zeigt sich insbesondere bei der Frage der sogenannten Stadtreparatur. Im ersten Punkt wird diese grundsätzlich in Aussicht gestellt, insbesondere der Verzicht auf ein Viadukt durch das Quartier zugunsten des motorisierten Individualverkehrs ist ein Ansatz, den wir in Grundzügen ausdrücklich begrüssen. Damit wird anerkannt, dass die heutige Verkehrsinfrastruktur den Berner Osten belastet, trennt und in seiner Entwicklung einschränkt. Das entspricht auch dem politischen Anliegen dieser Richtlinienmotion. Gleichzeitig bleibt der Bericht aber bei der konkreten Umsetzung unklar und aus unserer Sicht einfach nicht konsequent.

Die Stadtreparatur wird als Ziel beschrieben, in der weiteren Argumentation aber wieder relativiert. Der Bericht nimmt die Idee der Stadtreparatur rhetorisch auf, bleibt aber bei

der konkreten Umsetzung zurückhaltend. Denn, wenn gleichzeitig festgehalten wird, dass die Autobahnflächen grundsätzlich in die Zuständigkeit des Kantons fallen, basiert der gesamte Fokusraum einfach auf der Annahme, dass der Kanton bereit sein wird, diese Flächen eines Tages der Stadt zu überlassen. Ja, das kann vielleicht passieren, aber gesichert ist gar nichts. Und wie die Vorrednerin gesagt hat: Seit der Erstellung des Berichts hat sich die Ausgangslage einfach grundlegend verändert. Mit der Abstimmung im November 2024 wurde der Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen klar abgelehnt. Es ist auch deutlich geworden, dass verschiedene Autobahnprojekte im Raum Bern neu beurteilt werden müssen, auch im Rahmen der Weidmann-Studie oder des Weidmann-Berichtes. Das stellt eigentlich alles in die Frage. Und der Gemeinderat selbst sprach auch in diesem Zusammenhang vor einer Rückstufung, die faktisch einem Projektabbruch gleichkomme.

Somit hat der Bypass Bern-Ost keinen verlässlichen Planungshorizont mehr. Es ist nicht verzögert, sondern einfach auf unbestimmte Zeit zurückgestellt. Das heisst auch, die Stadtreparatur hat eigentlich auch keinen Planungshorizont mehr. Und das ist für uns einfach die entscheidende Problematik. Denn für die Menschen, die entlang dieser Achse wohnen, ist die Belastung nicht theoretisch, sondern einfach real, und zwar tagtäglich durch tausende von Autos. Und darum haben wir am 26. März eine interfraktionelle Interpellation eingereicht, um vom Gemeinderat eine neue Beurteilung der veränderten Umstände zu erhalten. Wir erwarten, dass der Gemeinderat darlegt, wie er die aktuelle Lage einschätzt, welche Schlüsse er aus den neuen Rahmenbedingungen zieht und vor allem wie die Entlastung der betroffenen Quartiere auch dann vorangetrieben werden kann, wenn die Planungen des ASTRA unsicher geworden sind oder sich einfach weiter verzögern werden.

In den letzten Wochen wurden auch noch weitere Vorstösse eingereicht zum Bypass. Das zeigt auch, dass die Frage der Stadtreparatur und der künftigen Verkehrsentwicklung in Bern-Ost politisch keineswegs abgeschlossen ist. Für die SP-JUSO-Fraktion bleibt klar: Die Entlastung der Quartiere von den negativen Auswirkungen des MIV ist und bleibt ein zentrales Anliegen. Dieses Ziel darf nicht ausschliesslich an ein Bundesprojekt geknüpft werden, dessen Horizont offen ist. Wo Verbesserungen möglich sind, müssen diese auch unabhängig davon vorangetrieben werden. Die Menschen im Berner Osten haben einen Anspruch auf eine bessere Lebensqualität, und zwar nicht irgendwann, sondern möglichst bald. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes Seraina Flury für die GLP-EVP-Fraktion.

Seraina Flury (GLP) für die Fraktion: Manchmal produzieren wir im Stadtrat leicht absurde Diskussionen. Dies ist bei diesem Geschäft auch der Fall. Wir behandeln einen Prüfungsbericht mit Stempel "September 2025" und die Rahmenbedingungen haben sich seither komplett verändert. Eigentlich sollten wir solche Geschäfte mit möglichst geringem Zeitaufwand vorbeiziehen lassen.

Warum tun wir das nicht? Weil die GLP-EVP-Fraktion hier klar Führung und Vision, vielleicht auch Kommunikation des Gemeinderats in der Thematik Stadtreparatur Bern-Ost vermisst. Zur Erinnerung: Mit den Eckwerten für das strategische Entwicklungsprogramm der Nationalstrassen hat der Bundesrat Ende Januar das Projekt Bypass Bern-Ost in die Kategorie "Weitere mit ungewissem Zeithorizont" geschoben.

Der Gemeinderat selbst schreibt in seiner Medienmitteilung, dass diese Verschiebung faktisch einem Projektabbruch gleichkomme. Mehmet hat das auch schon zitiert. Für die betroffene Bevölkerung bedeutet dies, dass die heutige Belastung durch die A6,

welche die Lebensqualität im Stadtteil erheblich beeinträchtigt, noch über Jahrzehnte bestehen bleibt.

Wir fordern den Gemeinderat darum dringend auf, die aktuelle Chantierplanung zu überprüfen und zeitnah neu aufzustellen. Wir können nicht bis zum St. Nimmerleinstag warten, um die Lebensqualität im Osten Berns zu verbessern. Ziel dieser Neuausrichtung muss es sein, Massnahmen zu definieren, die das Quartier wirksam und zeitnah vor Lärm und Schadstoffen schützen und den Stadtraum aufwerten. Dieses Anliegen ist dringlich. Im Stadtrat und im Grossen Rat wurden entsprechende Interpellationen eingereicht. Wir und die betroffene Bevölkerung erwarten zeitnah Antworten. Vielen Dank.

Präsidentin: Als nächstes gerne Michael Ruefer für die GFL-Fraktion.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Auf die Gefahr hin, dass ich jetzt noch einmal wiederhole, was Seraina gesagt hat: Ich finde auch, man hätte diesen Begründungsbericht einfach schmerzlos abtraktandieren können, denn die Diskussion erübrigt sich nach den entscheidenden Planänderungen, die durch das UVEK zum Verkehr 45 kommuniziert wurden. Der Stadtreparatur-Traum für Bern ist ausgeträumt, Lobbying hin oder her. Wahrscheinlicher noch als der Bypass ist aufgrund der heutigen Faktenlage, dass der Grauholz-Achspurausbau nochmal aufgewärmt wird, zumindest eben früher als die Stadtreparatur konkretisiert werden kann. Man muss feststellen: Es besteht weiterhin breiter Konsens in der institutionellen Politik, dass munter an neuen oder breiteren Autobahnen geplant und rumgedoktert wird, statt dass man sich endlich überlegt, wie man auch den Verkehr von den Nationalstrassen auf die Klimaspur bringt. Das sehr einschneidende Autobahn-Nein vom November 2024 wird einfach zuverlässig ignoriert. Und auch wenn man das im Zusammenhang mit dem Bypass nicht gerne hört, die Logik des Autobahnausbaus liegt eben auch dem Bypass zugrunde. Man baut einfach neue Autobahninfrastruktur, die vielleicht weniger stört. Ja. Aber der Verkehr ist kurzfristig einmal aus den Augen, aus dem Sinn, auch wenn er früher oder später auf dem untergeordneten Stadtnetz wieder auftaucht. Dass der Bund nicht einfach Wohltäter spielen kann und unsere sowieso schon schöne Stadt noch verschönern hilft, ist geschenkt. So sprechen wir also jetzt hier ziemlich anachronistisch über die Forderung nach einer echten Stadtreparatur im Ostring und tun dies mit einiger Wahrscheinlichkeit auch etwas als Abgesang auf den Bypass. An den diversen Foren, Konferenzen und Ausstellungen im Freudenbergzentrum, wo auch die PVS regelmässig zu Gast war, wurde eines klar: Ja, ein Bypass birgt städtebauliches Potenzial, und ja, er hilft, Direktanwohnende vor Autobahnlärm zu schützen. Aber: Ein solcher Bypass war auch immer eine grosse Wundertüte. Das Spannende aus städtischer Sicht war nicht der Bypass selbst, sondern was mit der vierspurigen Schneise passiert, die die heutige A6 von der Schosshalde nach Muri ins Siedlungsgebiet reinzieht. Und hier scheiden sich die Geister. Die einen wollten das Trasse beim Wyssloch zuschütten, die anderen überdecken, die Dritten wollten eine neue Tramlinie, die Vierten einen Autobahnzubringer, die Fünften nur einen Velo- oder Fussweg. Dieselbe Diskussion entspann sich auch um den Abschnitt Sonnenhof, das Gesicht des Freudenbergplatzes etc. Die Frage war berechtigt: Verlegen wir den Zubringerverkehr zur Autobahn mit einem Bypass einfach ein paar hundert Meter weiter nach aussen Richtung Siedlungsgrenze und gibt es Verkehr, den wir vermeiden können?

Der Teufel steckt eben im Detail. Mit der Ansage, hier verschwindet eine schrecklich störende und trennende Autobahn aus dem Stadtbild, ist es eben nicht getan. Wenn aus der Autobahn einfach ein Autobahnzubringer oder eine vollwertige Stadtstrasse

wird, haben wir entlang der heutigen A6 dieselbe Verkehrsbelastung wie heute am Ostring oder auf der Thunstrasse. Das sind dann die am stärksten befahrenen Strassen auf Stadtgebiet.

War man sich dessen bewusst, als man das Leitbild zum Fokusraum Bern-Ost mitsamt der klingenden Idee einer Voie verte verabschiedet hat? Eine berechtigte Frage. Man kann unseren ehemaligen Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtrat zu dieser Motion nur gratulieren, und zwar zu ihrer weisen Voraussicht. Sie haben nämlich mit ihren Fragen und ihren Anliegen den Punkt getroffen, den es hier zu diskutieren galt. Und wirklich Gratulation aus dieser Distanz von sieben Jahren für dieses feine politische Gespür. Und man muss feststellen: Die damaligen Skeptiker*innen hatten vollends recht: Der Bypass entpuppte sich als Luftschloss, der Kredit für den Chantier Bern-Ost kam zu früh und die Vorfreude auf eine Stadtreparatur hat wohl etwas den Blick vernebelt. Ganz zu schweigen davon, dass immense Kosten auf die Stadt zugekommen wären, hätte man den Freudenbergplatz oder einen Teil der A6 einfach ins eigene Portfolio übernommen. Dafür hatten die Motionärinnen und Motionäre auch schon 2019 gewarnt. Ja, man ist geneigt zu sagen, nach dieser ganzen Diskussion und dieser doch 180 Grad-Wende des UVEK. Keine zusätzlichen Autobahnen oder keine zusätzliche Autobahn – im Singular – ist halt meist schon das kleinere Übel. Wir sind gespannt, wie es mit dem Autobahnwahn des Bundes rund um Bern weitergeht. Wir wollen Verkehrsverlagerung und -reduktion, und zwar auch auf den Nationalstrassen. Nur so bekommen wir nämlich den Verkehr auf dem untergeordneten Stadtnetz langfristig in den Griff, ob elektrisch oder nicht. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Oliver Berger für die FDP-Fraktion. Ihr könnt euch gerne für die Einzelvoten anmelden.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Bevor ich einsteige: Wenn man verlagern will, muss man zuerst Alternativen schaffen. Gut.

Mobilität kann man nicht isoliert betrachten. Es geht immer um ein Gesamtsystem. In Holland wird das seit Jahren erfolgreich praktiziert. Im rot-grünen Bern hingegen sieht man sich immer noch als Insel der Glückseligen, wo man einseitige Massnahmen beschliessen kann, immer mit dem Ziel, das Feindbild MIV zu bewirtschaften. Dazu hat man vorhin gerade wieder ein Beispiel gehört. Die Haltung des Gemeinderats punkto Umbau der A6, namentlich zum Bypass Bern-Ost sowie vom Wankdorf-Knoten, ist von einem Slalomkurs geprägt. Das ist nicht lösungsorientiert.

Seit dem Einstand unseres neuen Verkehrsministers herrscht wieder die Ideologie über den Pragmatismus der Vorgängerin. Es ist zunehmend irritierend, wie sich die Stadt offenbar neuerdings auch über behördenverbindliche Planungsrichtlinien hinwegsetzen will. Es liegt auf der Hand. Es ist ausser in Bern grundsätzlich unbestritten: Die Bevölkerung nimmt zu, die Anzahl der Fahrzeuge auch. Aus Sicht der Verkehrssicherheit und Aufrechterhaltung des Verkehrsflusses sind sowohl der Bypass Bern-Ost wie auch der Wankdorf-Knoten notwendig. So viel zu den Vorbemerkungen.

Die vorliegende Motion fordert eine Stadtreparatur auf dem alten Trasse der A6, sofern der Tunnel gebaut und die neue Linienführung realisiert würde. Aber, meine Damen und Herren, den Bypass Bern-Ost kann man nur im Zusammenhang mit dem Umbau des Knotens Wankdorf verstehen. Kurzum: Ohne Umbau des Knotens Wankdorf gibt es auch keinen Bypass Bern-Ost. Ohne Bypass Bern-Ost gibt es auch keine Stadtreparatur. Der Vorstoss ist deshalb obsolet sowie auch der Begründungsbericht.

Wir lehnen das Geschäft ab. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Vielen Dank. Es scheint keine weiteren Einzelvoten zu geben. Der Gemeinderat Matthias Aebischer verzichtet auf das Votum. Den Begründungsbericht nehmen wir ohne Abstimmung zur Kenntnis und somit wäre das Geschäft soweit verabschiedet.

2025.SR.0182

17 Postulat: Nach Nein zur Variante Bundesgasse-Kochergasse: Die Stadt soll die Optimierung des ÖV-Netzes im Stadtzentrum unabhängig überprüfen; Annahme / Prüfungsbericht

Präsidentin: Wir kommen als nächstes zu den Traktanden 17 und 19. Dadurch, dass der Ordnungsantrag anfangs Sitzung angenommen wurde, werden wir diese zwei Geschäfte gemeinsam behandeln. Ist das Postulat unter Traktandum Nummer 17 bestritten? – Ja, es ist bestritten. Ist das Traktandum Nummer 19 bestritten? – Ist auch bestritten. Dann übergebe ich den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die Einreichenden: Ich schicke voraus, dass ich das Postulat unter Traktandum Nummer 19 zurückziehen werde, weil ich auch finde, es sei nach einem Jahr komplett obsolet, so etwas zu entscheiden.

Die Frage der zweiten Tramachse durch die Berner Innenstadt ist wahrlich kein Ruhmesblatt. Schon vor 20 Jahren wurden hier im Stadtrat entsprechende Vorstösse eingereicht. Und wie ein spannender Beitrag, den mir Kollegin Carola Christen gerade vorhin gegeben hat, von Anfang April aus "Bund" und BZ zeigt. Schon 1948 hatte ein grosses Verkehrsgutachten im Auftrag von Stadt und Kanton Bern sowie SBB eine unterirdische Tramführung für die Innenstadt an der Schauplatzgasse empfohlen. Und es gibt offenbar diesen spannenden Geheimgang im Kaiserhaus, wovon es keine Baupläne gibt, weil das alles immer noch unter Verschluss ist. Und vielleicht wäre ja am Schluss, die Reaktivierung dieses unterirdischen Tunnels durch die Schauplatzgasse als zweite Tramachse eine Alternative. Wer weiss? Einige rieben sich schon damals die Hände – man kann das nachlesen, also vor 20 Jahren, nicht vor 60 oder 70 Jahren – ob des Gedankens an eine zweite Shopping-Meile in der Berner Innenstadt. Andere wollten vor allem die Gassen entlang der bisherigen Tramachse etwas von der roten Trennwand freispielen. Wie dem auch sei, man hat sich deutlich zu früh gefreut. Auch Jahre später ist man tief in der Studienphase stecken geblieben.

Ich habe mich gestern noch gerade von der Regionalkonferenz Bern-Mittelland aufdatieren lassen. Es gibt jetzt eben diese Vertiefung der Machbarkeitsstudie. Aber es geht dabei nur um den kleinen Westast, also Laupenstrasse, Seilerstrasse, Belpstrasse, den man jetzt vertieft prüft. Und dazu sollen im Sommer neue Informationen vorliegen.

Es gibt nämlich eigentlich gar nicht so viele Möglichkeiten. Deshalb ist es umso erstaunlicher, dass man darüber so viel rumstudieren muss. Entweder geht man einfach nördlich oder südlich an der bisherigen Achse vorbei, also via Bundesgasse oder eben Speichergasse/Nägeligasse. Durch die Schauplatzgasse ist es eben oberirdisch zu eng. Deshalb hat man schon damals wahrscheinlich in den Untergrund bauen wollen. Und die Hodlerstrasse und die Aarberggasse/Zeughausgasse landen eben im Nirgendwo. Nun wurde vor rund einem Jahr bekannt und darauf habe ich mich beim Einreichen auch bezogen: Die Bundesgasse-Variante geht gar nicht. Man hat dann nach mehrmaligem Nachhaken irgendwie vernommen, dass das betrieblich nicht geht. Bund

und Nationalbank haben wahrscheinlich noch ein paar Geheimgänge und Not-Evakuationsgänge, die dort durchgehen. Und sie haben sich immer dagegen gesperrt. Öffentlich wurde das natürlich nie ganz kommuniziert. Aber eigentlich war a priori schon klar: Vor allem auch Bernmobil sperrt sich vehement gegen die Lösung der Bundesgasse, da auch der Umsteigeweg bei der kleinen Schanze viel zu lang sei und der Kurvenradius beim Casino wohl auch zu eng. Jedenfalls bleiben nun, auch ein Jahr später, nur Varianten übrig, die die Stadtbildkommission ihres Zeichens aufgeschreckt haben, und die wahrscheinlich nicht minder komplizierte Geometrien aufweisen werden. Am Bollwerk in die Speichergasse einbiegen, ist auch sehr sportlich. Durch die enge Speichergasse hindurch wird es auch spannend zu sehen, was danach noch übrigbleibt, zum Beispiel für die Velos. Dann die Nägeligasse bewältigen mit ihrem Knick auf der Höhe der Predigergasse und schliesslich als Krönung der Abzweiger beim Stadttheater. Wahrscheinlich kriegt Florian Scholz jetzt schon Schnappatmung bei dem Gedanken an die Erschütterung und das Quietsche, wenn sich während einer Vorstellung Trams vorbeischieben werden. Nicht viel besser ist die Geometrie mit den ganz engen Kurven und auch dem steilen Hang beim Viktoriarain. Da hat man auch schon mal eine Weile um eine Baumallee gestritten, die einem Velostreifen hätte geopfert werden sollen.

Jedenfalls hat man sich nun in der Regionalkonferenz darauf verständigt, dass einstweilen das Zusatzgleis – es wird wahrscheinlich nur eins werden – westlich des Hirschengrabens weiterverfolgt werden soll, also auf Höhe Seiler-/Laupen-/Belpstrasse. Und die weiteren Machbarkeiten einer zweiten Tramachse durch die Innenstadt eben in östlicher Richtung Bollwerk-Bahnhofplatz sollen dann später überprüft werden. Man wird den Eindruck nicht ganz los, dass wir auch noch in 20 Jahren oder wenn man eben an diesen Tunnel in der Schauplatzgasse bei der SNB denkt, vielleicht sogar in 60 Jahren noch über eine zweite Tramachse Innenstadt diskutieren werden. Deshalb sollte man vielleicht bei Gelegenheit die Frage klären: Braucht es diese überhaupt noch, und wenn ja, wie dringend? Denn so dringend kann es offensichtlich nicht sein.

Störend ist diese ewigwährende Pendenz vor allem deshalb, weil eine potenzielle zweite Tramachse dringend notwendige Umgestaltungen am Bollwerk gewissermassen blockiert. Alles muss dann auf Jahre hinaus aufwärtskompatibel bleiben, damit dann auch Tramhalteanten und Tram-Wartehäuschen hingebaut werden können – in 20 Jahren oder eben vielleicht auch gar nie.

Der Prüfbericht als Antwort des Gemeinderats, der ja schon vorliegt, ohne dass wir das Postulat überwiesen haben, passt gut in dieses Muster. Man will weiterhin abwarten und lieber nichts überstürzen. Ich empfehle euch trotzdem, das Postulat natürlich zu überweisen, auch wenn dann nichts weiteres mehr geschieht, und bin gespannt, wie die Frage weiterverfolgt wird. Man kann sicher nicht mit schnellen Lösungen rechnen. Vielleicht wäre die Untertunnelung bei der SNB und beim Kaiserhaus doch nochmal eine Überlegung wert. Vielen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Die Redner*innenliste wäre offen für die Fraktionsvoten. Als nächstes Dominik Fitze für die SP-JUSO-Fraktion.

Dominik Fitze (SP) für die Fraktion: Um mich halbwegs kurz zu halten angesichts der fortgeschrittenen Zeit: Ich finde, wir haben sicherlich ein Problem mit unseren Tram-Achsen in der Innenstadt. Aber diese zwei Vorstösse tragen leider nicht wirklich zur Lösung bei. Schlussendlich ist die ÖV-Planung und auch die ÖV-Infrastruktur eine ge-

meinschaftliche Aufgabe der diversen Staatsebenen – wie wir in diesem Fall herausgefunden haben, bei Variante Bundesgasse inklusive Bund, was nicht ganz natürlich kommt. Und insofern ist es für mich schon fragwürdig, wenn wir als Stadtrat per Postulat fordern, dass man nicht mehr mit der Region zusammenarbeiten soll; der Region, die dann zum Beispiel den Angebotsplan definiert, die aber auch die Bestellungen für den öffentlichen Verkehr macht. Also hier scheint mir irgendwo auf der Staatsebene etwas verwechselt worden zu sein, das dann am Ende zu einem schlechteren Outcome führt, wenn dann die Stadt Bern abseitssteht, und die Region macht, was sie will, oder auch nichts macht, und wir noch viele weitere Jahre die sogenannte Tramwand in der Innenstadt haben. Schlussendlich werden wir keine sinnvolle Lösung finden, die jedes Erfordernis, jeden Wunsch für den Tramverkehr in der Innenstadt abdecken wird. Ich glaube, das ist ein Gedanke, mit dem wir uns kurz- bis mittel- oder sogar langfristig anfreunden wollen. Aber ich glaube, wir alle wissen, dass es eine ziemlich gute Idee wäre, wenn es eben eine zweite Tramachse Ost gibt. Die zweite Tramachse West ist bekanntlich schon in fortgeschrittener Planung. In diesem Sinne werden wir beide Postulate ablehnen, und würden euch bitten, das auch zu tun.

Präsidentin: Als nächstes Maurice Lindgren für die GLP-EVP-Fraktion.

Maurice Lindgren (GLP) für die Fraktion: Für die Szenarien der Linienführung durch die Innenstadt wurden mehrere Varianten geprüft. Das vorliegende Postulat kann hier mit keiner neuen Idee auftrumpfen. Es verlangt eine erneute Prüfung der alten Optionen. Ich schliesse mich deshalb an das Votum des GFL-Sprechers an – allerdings an das Votum zum letzten Traktandum zur Stadtreparatur, als gesagt wurde, der Traum sei ausgeträumt und man hätte den Vorstoss auch zurückziehen können. Hier ist es ähnlich. Die Variante Bundesgasse-Kochergasse ist tot und kommt nicht wieder. Dann muss man aber auch nicht eine neue, vertiefte Prüfung von Varianten verlangen, die bereits geprüft wurden. Der Vorstoss wirbelt damit ein bisschen Staub auf, aber am Schluss liegt er wieder am selben Ort. It's a Nothingburger.

Wir schliessen uns daher dem Gemeinderat an, der die Ergebnisse der ZMB (Zweckmässigkeitsbeurteilung) abwarten und gemeinsam mit den Regionen und dem Kanton weiterplanen will. Wir möchten aber der Verwaltung den möglichen Aufwand sparen, falls der Prüfbericht abgelehnt wird, einen neuen Prüfbericht schreiben zu müssen, und lehnen daher auch das Postulat ab.

Das Traktandum 19 wurde soeben zurückgezogen. Dazu sage ich daher nichts mehr; ausser, dass wir es mit ähnlicher Begründung wie zum Traktandum 17 ebenfalls abgelehnt hätten.

Präsidentin: Als nächstes Nik Eugster. Gibt es noch weitere Fraktionsvoten? Dann meldet euch bitte an.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Wir finden die Fragestellung des Postulats berechtigt, die Antwort des Gemeinderats aber eher mutlos, eine verpasste Chance. Der Prüfungsauftrag, der geht von uns aus gesehen sogar zu wenig weit. Wir teilen darin die Meinung von Michael Ruefer, er fordert den Gemeinderat auf, nach dem Nein zur Variante Bundesgasse-Kochergasse die stadtverträgliche Option für den ÖV in der Innenstadt noch einmal gründlich zu überprüfen.

Aber ich frage mich: Warum dieser Fokus auf die Innenstadt? Es braucht ein Verkehrskonzept und eine Zukunftsplanung für die ganze Stadt, für das ganze Stadtgebiet. Denn

Mobilität führt je länger, je mehr nicht einfach durch das Stadtzentrum. Menschen leben am Europaplatz und arbeiten im Wankdorf. Warum sollen die via die Innenstadt fahren? Ich kenne wenig Städte, welche ein ÖV-Netz haben, das so stark wie ein Stern aufgebaut ist, wie das in Bern der Fall ist. Klar, wir haben auch Peripheriebusse. Aber das sind Busse zweiter Klasse. Der 40er steckt dauernd im Stau, der 31er ist nie pünktlich und fällt dauernd aus. Das erlebe ich dauernd. Bernmobil hat keine Liebe für Peripherieverbindungen, könnte man meinen.

Man stopft lieber alle Linien durch die Innenstadt und dann entsteht eben diese sogenannte Tramwand. Und wir brauchen keine zweite Tramachse durch die Innenstadt. Es ist ja eben auch nicht realistisch. Es tut mir leid. Es wäre natürlich schön, wenn man dort diesen Tunnel irgendwie realisieren könnte, aber da wir heute gerade wieder über Finanzen gesprochen haben – ich denke, die Realisierungsmöglichkeit eines solchen Tunnels ist leider sehr, sehr klein.

Aber wenn man in die Zukunft denkt, dann kann man andere Sachen denken, vielleicht eben nicht alle Leute durch die Innenstadt pumpen. Das haben vielleicht die Innenstadtgeschäfte nicht so gerne. Aber die Frage ist: Steigen denn die Leute überhaupt dort aus, kaufen die ein? Nein, die fahren nur durch. Das bildet eben die Tramwand. Und das ist auch für die Innenstadtläden nicht attraktiv.

Warum sage ich das alles? Um zu belegen, was ich anfänglich gesagt habe: Das Postulat geht zu wenig weit und die Antwort des Gemeinderates ist mutlos. Ich teile die Ansicht der Einreichenden, dass wir in der Planung feststecken – richtig gesagt: Braucht es das noch? Wir müssen das Ganze wirklich von Grund auf anschauen, was wir noch machen können. Und ich ermutige hier wirklich, das noch einmal anzugehen und auch mit verschiedenen Verkehrsteilnehmern anzuschauen, nicht nur den ÖV allein. Nur wenn das Zusammenspiel zwischen MIV, ÖV, Velo, Fussgänger, all das optimal zusammenspielt, steigt die Lebensqualität in der Stadt Bern. Und das muss schlussendlich das Ziel sein – für die Innenstadt wie auch für die Aussenquartiere. Es gilt zudem, sich mit dem Kanton und dem Bund abzustimmen. Die Stadt Bern ist kein autarkes Bewegungsfeld. Hier unterstützen wir die Schlussforderungen des Gemeinderates.

Also, das hat zur Folge, dass wir das Postulat annehmen, damit es auch als Prüfbericht schlussendlich abgeschrieben wird, damit sich die Verwaltung, das hat Maurice vorhin schon gesagt, nicht nochmal damit beschäftigen muss. Stattdessen soll die Verwaltung nochmal schauen: Was kann man machen? Sie soll das nochmals ganzheitlich anschauen. Dazu möchten wir sie ermutigen und geben ihr das somit auf den Weg.

Präsidentin: Als nächstes gerne Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich war Mitunterzeichner dieses Vorstosses. Ich finde ihn nach wie vor gut. Er zeigt ein Problem auf. Wir müssen die Fakten anschauen. Ich hätte immer gut gefunden, wenn das Tram allenfalls vor dem Bundeshaus durchführen würde. Aber für mich ist jetzt klar: Das wird nie kommen. Die Parlamentsdienste, die Sicherheitsdienste sagen: Da wollen wir das Tram nicht. Meines Erachtens muss man die Option vergessen. Und bei der Nägeligasse mit dem frisch renovierten Stadttheater müssen wir realistisch sein. Das geht dort nicht. Man muss genau das denken, was Nik Eugster gesagt hat.

Und ich möchte jetzt auch eine Lanze brechen für Hans-Ulrich Gränicher, Alt-Stadtrat, Alt-Grossrat der SVP. Ich habe mit ihm zusammen, und er hat schon viel früher Vorstösse eingereicht, in denen er sagt, man müsse viel, viel weiter denken. Man müsse

rochieren können. Wenn eine Demo oder irgendein Problem ist bei den Zytglogge-Weichen, dann sind wir nicht weiter. Dann habt ihr 250 Meter Abstand. Wenn ihr beim Kocherpark ein Problem habt, passiert auch nicht viel. Dann bleiben die Sachen dort. Ich bin durchaus ein Freund des motorisierten, privaten Gewerbeverkehrs. Aber für mich ist auch klar, man müsste vielleicht – nicht heute oder morgen – allenfalls eine Achse Monbijoubrücke oder was auch immer haben, damit man viel grossräumiger ist. Dann kann man rochieren. Aber es würde wenig bringen, das Tram durch die Amthausgasse zu führen, wenn die Spitalgasse verstopft ist. Wenn ihr dort eine Demo habt oder wenn ihr dort einen Personenunfall habt, dann passiert nichts. Ihr habt einfach die Engnis beim Zytglogge, beim Kocherpark.

Und darum, bin ich der Meinung, ist eben auch die Antwort mutlos. Man sollte wirklich strategisch vorgehen. Ich bin auch der Meinung – ich weiss, ich bin x-mal dagegen angerannt –, dass man mehr Verkehr Richtung Ostermundigen braucht. Das ist auch von mir unbestritten. Aber es gibt einfach gescheite und es gibt weniger gescheite Lösungen. Ich bin schon eine Weile im Stadtrat, ich bin wahrscheinlich einer der ältesten, der dabei ist, und ich habe x-mal gesagt: Nehmt Doppelgelenkbusse. Da hat es zuerst geheissen: Die gibt es nie, die kann man auf dem Berner Netz nie einsetzen. Jetzt schaut in Köniz, wie sie fahren. Für mich wäre einfach genau das richtig: eine Verknüpfung von S-Bahn, Bussen, Trolleys, dass man all die verschiedenen Player zusammennimmt und so zu Lösungen kommt. Und dann kommt man wahrscheinlich zu neuen Antworten. Die Antworten werden nicht schon 2029 vorliegen. Aber ihr müsst einfach strategisch überlegen, was bringt etwas, was bringt nichts. Bei der Nationalbank – Stephan Ischi hat mich darauf aufmerksam gemacht – hat man sogar mal in der Planung an solche Sachen gedacht. Ich sage nicht, dass es je eine Metro gibt in der Stadt Bern. Aber man muss strategisch überlegen, wie man gewisse Sachen miteinander verknüpfen kann.

Für mich ist auch immer unverständlich – ich sage euch das nach wie vor –, dass die RBS, die jetzt ein bisschen weiter draussen ist, nicht weitergeführt wird Richtung Insel. Das sind für mich strategische Fehler. Das sind für mich Sachen, an die man denken muss. Aber ob jetzt das Tram 50 oder 60 Meter durch die Amthausgasse oder die Nägelgasse oder die Spitalgasse, führt, ist klein, klein. Das bringt nichts. Man muss den Mut haben für Visionen. Das werde ich nicht mehr erleben. Aber ihr müsst daran denken. Und darum sage ich noch einmal: Hans-Ulrich Gränicher hat das schon vor 10, 15 Jahren eingereicht. Sie haben die Vorstösse meistens abgelehnt. Aber denkt daran: Gewisse Sachen wären vernünftig gewesen. Aber fassen wir doch jetzt den Mut, noch einmal etwas zu machen. Und darum lehne ich den mutlosen Bericht ab.

Präsidentin: Vielen Dank. Gibt es weitere Einzelvoten? – Doch, es gibt noch ein Einzelvotum. Als nächstes Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL), Einzelvotum: Ich möchte nur kurz zwei Dinge klarstellen. Also Traktandum 19 habe ich, wie gesagt, zurückgezogen. Und das Zweite ist: Ich glaube, das Anliegen von Traktandum 17, wenn ich das jetzt so mitgehört habe, wurde vielleicht etwas falsch verstanden. Es ging mir in diesem Postulat nicht darum, die Bundesgasse-Variante nochmal aufzuwärmen und die nochmal zu prüfen. Sondern es geht darum, dass man die Grundsatzfrage, welches ÖV-Netz es braucht in der Innenstadt, im Innenstadtpерimeter, anschaut, und zwar als Stadt.

Denn offensichtlich ist es so, dass die Regionalkonferenz wahnsinnig Fan einer zweiten Tramachse durch die Nägelgasse ist. Und wir haben keinen Weg für eine unabhängige Meinung. Und das finde ich nicht gut und das müssen wir gewährleisten. Ich bin mir

auch bewusst, wie die ÖV-Planung im Zusammenspiel mit der Region und dem Kanton funktioniert, der das dann finanziert. Das ist mir alles klar. Aber ich finde: Es ist wichtig, dass wir uns diese Meinung auch unabhängig bilden können, denn, wie Nik und Alexander Feuz es auch gut dargelegt haben, alle Lösungen etwas verkachelt sind. Also die ganze Zweite-Tramachse-Innenstadt-Frage ist einfach verkachelt. Wir werden nicht weiterkommen. Es wird ganz viele Gutachten der Stadtbildkommission geben, um auch eine Nägeligasse-Variante zu torpedieren. Und wenn man das will, bitte schön. Aber ich fände es wichtig, dass man jetzt als Stadt mutig vorangeht.

Präsidentin: Als nächstes gerne Georg Häsler, FDP.

Georg Häsler (FDP), Einzelvotum: Alexander Feuz und ich sind bekanntlich, wenn es um strategische Fragen geht, sehr selten einer Meinung. Aber ich glaube, Alexander hat heute etwas ganz Richtiges gesagt. Ich glaube, wenn wir uns im Klein-Klein dieser zweiten Tramachse verlieren und über die Details sprechen, wo der Verkehr durchführen könnte, tun wir uns keinen Gefallen. Ich glaube, wir müssen wirklich lernen, grösser zu denken, Nik Eugster hat es erwähnt, periphere Verbindungen zu suchen, dass wir vielleicht auch die Überlegung machen, dass wir Tramlinien so führen, wie sie es zum Beispiel in einer anderen grossen Schweizer Stadt tun, nämlich Zürich, wo das Tram durchaus auch innerhalb der Stadt zu einem wirklich wichtigen Player wird. Die Monbijou-Achse gefällt mir sehr gut. Und ich wünsche uns da ein bisschen mehr Mut. Und wenn ich dann nicht mehr Finanzpolitik mache, vielleicht kommt dann irgendwann mal eine gute Idee. Danke.

Präsidentin: Vielen Dank. Dann, wenn es keine weiteren Einzelvoten gibt, übergebe ich gerne das Wort dem Gemeinderat Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Herzlichen Dank, Frau Stadtratspräsidentin, sehr geehrte Stadträt*innen, geschätzte Niemand ist mehr da. Ich nehme gerne noch kurz seitens des Gemeinderates Stellung. Es wurde jetzt sehr viel gesagt. Und trotz der fortgeschrittenen Stunde möchte ich schon noch etwas dazu sagen. Beide Postulate, auch das zurückgezogene zum ÖV in der Innenstadt respektive zur zweiten Tramachse, stellen interessante Aspekte zur Debatte. Doch, es wurde auch gesagt: Einen Alleingang bei diesem Thema erachtet der Gemeinderat als nicht zielführend, denn die Stadt arbeitet hier, wie Sie alle wissen oder soeben auch gehört haben, sehr eng mit der Region und dem Kanton zusammen.

Im Lead bei diesen Fragen ist die RKBM, das ist die Regionalkonferenz Bern-Mittelland. So wollen wir zuerst die Ergebnisse der Zweckmässigkeitsbeurteilung Zweite Tramachse Innenstadt abwarten und dann mit der Region und dem Kanton über eine übergeordnete Gesamtverkehrsstudie sprechen. Kommt hinzu, dass weitere Abhängigkeiten zu laufenden Planungen und Projekten im Perimeter bestehen: der Bau und die Verkehrsmassnahmen Zukunft Bahnhof Bern (ZBB), das Projekt Autoarmer Bahnhofplatz und auch die Zweckmässigkeitsbeurteilung Wyler-Länggasse.

Weiter gilt es, die Ergebnisse des Planungsprozesses Stadtraum Bahnhof Bern zu berücksichtigen. Eile ist also nicht angebracht. Weder die Weiterführung des Fischermätteli-Trams noch das Tram nach Ostermundigen fordert eine zweite Tramachse in der Innenstadt. Nehmen wir uns also Zeit. Es pressiert nicht. Entsprechend bitte ich Sie, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Wir kommen bereits zur Abstimmung. Ihr habt es gehört, wir haben 17 und 19 zusammen behandelt. Das Traktandum 19 wurde zurückgezogen. Darum stimmen wir jetzt nur über das Traktandum 17 ab. Wollt ihr das Postulat erheblich erklären, dann könnt ihr jetzt mit Grün Ja sagen.

Abstimmung Nr. 022

2025.SR.0182

Annahme

Ja	32
Nein	24
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt das Postulat als erheblich erklärt. Jetzt stimmen wir noch darüber ab, ob ihr den Prüfungsbericht so annehmen wollt. Falls ihr das tun wollt, gerne mit Grün Ja, mit Rot Nein.

Abstimmung Nr. 023

2025.SR.0182: Prüfungsbericht

Annahme

Ja	45
Nein	5
Enthalten	5

Präsidentin: Ihr habt den Prüfungsbericht so angenommen. Wir kommen jetzt zum Traktandum 18, Kostenloser ÖV für Schulkinder.

2024.SR.0170

18 Postulat David Böhner (AL), Matteo Micieli (PdA): Kostenloser ÖV für Schulkinder in der Stadt Bern, Fristverlängerung

Präsidentin: Es geht um eine Fristverlängerung. Die Fristverlängerung wurde in der Kommission bestritten, und aus diesem Grund ist sie bei uns traktandiert. Ich erteile jetzt der Kommission das Wort, für die Kommission Nora Joos.

Nora Joos (JA) für die Kommission: Die PVS hat die Fristverlängerung des Postulats "Kostenloser ÖV für Schulkinder" mit 2 Gegenstimmen angenommen. Die Einreichenden, die AL und die PdA, sind nicht in der PVS vertreten. Dies ist ein Grund, wieso Kommissionsmitglieder die Fristverlängerung ablehnten. Ein weiterer Grund der Ablehnenden war, dass für Kinder der Zugang zum ÖV wichtig ist für die Chancengerechtigkeit und Selbstständigkeit der Altersgruppe. Die Stadt soll möglichst schnell den ÖV für Kinder kostenlos gestalten und entsprechend den Prüfbericht zum Postulat bereits vor der Beratung zum AFP 2028 bis 2031 vorlegen. Angenommen wurde die Fristverlängerung, weil eine Mehrheit der Kommission der Meinung war, dass bereits im Budgetprozess diesen September Anträge gestellt werden können. Zahlen zu den möglichen Kosten liegen vor. Der Gemeinderat schätzt die Kosten zur Einführung von kostenlosem

ÖV für Kinder mit Kulturlegi auf 50'000 bis 150'000 Franken pro Jahr. Für diese Schätzung wurde die Anzahl Kulturlegi-Berechtigter mal der Preis des Abos dieser Altersgruppe berechnet. Aktuell hat jede fünfte Person zwischen 6 und 16 Anspruch auf eine Kulturlegi. Dies entspricht 2'300 Personen.

Gemäss den Recherchen der Einreichenden besitzt jedoch lediglich ein Drittel bis die Hälfte, welche eine haben könnten, eine Kulturlegi. Die PVS ist der Meinung, dass, wenn ÖV oder auch beispielsweise das Publibike mit Kulturlegi kostenlos wird, die Kommunikation sehr gut ausgestaltet werden muss. Das Ziel ist, dass alle, die Anspruch auf kostenlosen ÖV haben, diesen dann auch wirklich bekommen, und dass alle Berechtigten eine Kulturlegi besitzen.

Abschliessend: Die Stossrichtung des Gemeinderats mit der Kulturlegi wird in der PVS grundsätzlich begrüsst. Eine Verbilligung aller Abos für Kinder sehen einige als nicht sinnvoll. Andere finden die aktuellen Kinder-Jahresabo-Preise sackteuer. 530 Franken pro Jahr, dass ein Kind selbstständig ins Konsi oder zum Fussball fahren kann, wird als teuer eingestuft. Danke.

Präsidentin: Als nächstes für die Einreichenden David Böhner. Ihr könnt euch gerne noch für die Fraktionsvoten anmelden.

David Böhner (AL) für die Einreichenden: Wer regelmässig mit dem ÖV in der Stadt Bern unterwegs ist, zahlt viel Geld. In anderen Städten in der Schweiz war das bisher auch so. Allerdings ändert sich das in vielen Städten, insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene. Das ist gut so. Und das sollte Bern auch tun. Darum haben wir dieses Postulat eingereicht. Zürich hat letztes Jahr die 365 Franken-Initiative angenommen. Schon bald gibt es in der Stadt Zürich Jahresabos für 1 Franken pro Tag. In Basel ist das bereits seit 2024 für alle unter 25-Jährigen möglich. Für 365 Franken gibt es ein Abo, das in der ganzen Nordwestschweiz gültig ist. Im Kanton Genf ist der ÖV für alle unter 25-Jährigen in Ausbildung oder mit wenig Einkommen gratis, und in Lausanne fahren alle Schulkinder gratis, die mehr als einen Kilometer Schulweg haben. Auch in der Stadt Fribourg haben alle Kinder, die die obligatorische Schule besuchen, Anrecht auf ein kostenloses Jahresabo. Bern hinkt also hintendrein.

Dabei wäre es wichtig, Kinder und Jugendliche vermehrt an die Nutzung des öffentlichen Verkehrs heranzuführen, mit dem Ziel, dass sie auch im Erwachsenenalter dem ÖV treu bleiben. Wir können der Argumentation des Gemeinderats nicht ganz folgen und finden es sie doch eher knausrig. Wenn der Gemeinderat schon ein Gratisabo für Schulkinder ablehnt, könnte er ja eine massive Preisreduktion in Betracht ziehen. Die 800'000 Franken, die eine 50-prozentige Reduktion laut der Gemeinderatsantwort zur Folge hätte, wären durchaus verkraftbar und würden sicher einen grossen Anreiz setzen, damit mehr Jugendliche ein Jahresabo kaufen würden, und das Haushaltsbudget von vielen Familien entlasten. Das würde nicht nur den Zielen der Energie- und Klimastrategie der Stadt Bern helfen, sondern auch den Zielen von Bernmobil, die mehr Personen transportieren können.

Dass der Gemeinderat die Preise für Kinder und Jugendliche reduzieren will, die eine Kulturlegi besitzen, begrüssen wir grundsätzlich. Unserer Meinung nach braucht es aber weitere Schritte, damit die Personen, die am meisten auf die Preisreduktion angewiesen sind, auch wirklich erreicht werden können. Laut der Postulatsantwort leben in der Stadt Bern rund 2'300 Personen zwischen 6 und 16 Jahren, die Anspruch auf eine Kulturlegi haben, also ungefähr jede fünfte Person in dieser Altersgruppe. Wenn man jedoch bei der Caritas fragt, wie viele Menschen aus der Stadt Bern zwischen 6 und 16 Jahren tatsächlich eine Kulturlegi besitzen, dann lautet die Antwort 1'028, also weit

weniger als die Hälfte der Menschen, die dazu berechtigt wären. Folglich würde also Stand heute nur jede rund 11. Person in der Altersgruppe die Möglichkeit haben, ein reduziertes Bernmobil-Abo zu beziehen.

Darum muss der Gemeinderat unbedingt Überlegungen anstellen, wie er die betroffenen Menschen darüber informieren kann, dass sie Anrecht auf eine solche Bernmobil-Vergünstigung haben, wenn sie dann eingeführt worden ist. Wenn die Vergünstigung die Menschen nicht erreicht, für die sie gelten soll, nützt es beim besten Willen nichts. Darum würden wir eine allgemeine Vergünstigung des ÖVs favorisieren, wie es in vielen Schweizer Städten ja bereits der Fall ist, wie wir zu Beginn des Votums gehört haben, und wie auch verschiedene Motionen der Jungen Alternativen es vorsehen, die kürzlich eingereicht worden sind.

Auf jeden Fall wollen wir am Thema dranbleiben und sind gespannt auf die Umsetzungsvorschläge im Prüfungsbericht des Gemeinderats und wollen, dass es vorwärtsgeht. Darum lehnen wir die Fristverlängerung ab.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes das Fraktionsvotum von Nora Joos für die GB/JA!-Fraktion.

Nora Joos (JA) für die Fraktion: ÖV für Kinder mit Kulturlegi soll kostenlos sein, und dies möglichst schnell. Die GB/JA!-Fraktion lehnt die Fristverlängerung des Gemeinderats ab. Der Prüfbericht soll bereits vor der Erarbeitung des AFPs 2028 bis 2031 vorliegen. Gratis ÖV für Kinder mit Kulturlegi fördert Chancengerechtigkeit. Alle Kinder, unabhängig von ihren Voraussetzungen, können frei mit dem ÖV unterwegs sein. Zudem fördert Gratis-ÖV Selbstständigkeit, weil Kinder sich ohne Begleitung in der Stadt fortbewegen können. Alle Kinder sollen die Chance haben, selbstständig zu werden. Zudem leistet der Abbau von finanziellen Hürden beim Zugang zum ÖV einen wichtigen Beitrag zur Reduktion von sozialer Ausgrenzung. Alle Kinder sollen unabhängig von der finanziellen Situation selbstständig zu Kultur, Sport oder anderen Freizeitangeboten anreisen können. Damit die berechtigten Kinder schlussendlich vom Gratis-ÖV mit Kulturlegi profitieren können, muss die Stadt die Einführung kommunikativ gut begleiten. Die Einführung von Gratis-ÖV mit Kulturlegi kann, wenn gut umgesetzt, dazu beitragen, die Kulturlegi allgemein bekannter zu machen. Dies sehen wir als eine Chance.

1. Vizepräsidium: Als nächste Sprecherin, Tanja Miljanović.

Tanja Miljanović (GFL) für die Fraktion (*auf dem Panel wird fälschlich Nora Joos angegeben*): Ein Libero-Abo für ein Kind kostet in der Stadt Bern 558 Franken, ein schweizweites Kinder-GA der SBB allerdings nur 700 Franken. Und die Stadt Bern ist zwar grossartig, aber so gross wie die Schweiz ist sie nicht. Gleichzeitig hätte jedes fünfte Kind in der Stadt Bern Anspruch auf die Kulturlegi. Anspruch auf die Kulturlegi hat man zum Beispiel als alleinerziehende Person mit einem steuerbaren Einkommen unter 40'000 Franken.

Jedes fünfte Kind. Und jetzt stellt man sich vor, dass eine Familie, die Anspruch auf Prämienvverbilligungen hat, das heisst, nicht fähig ist, ihre Krankenkassenrechnungen selbst zu bezahlen, zwei Kinder hat. Diese Kinder gehen zwei-, dreimal in der Woche zum Fussballtraining. Vielleicht sind sie auch noch musikalisch begabt, denn Armut schliesst Begabung nicht aus. Die müssten dann 1116 Franken zahlen, nur damit ihre Kinder nicht strukturell benachteiligt oder von Bildung und Sportangeboten ausgeschlossen sind. Und das kann es doch einfach nicht sein.

Der Gemeinderat schlägt denn auch vor, dass man es vielleicht mit der Kulturlegi kombiniert. Das finden wir an sich eine sehr prüfenswerte Idee. Aber wir wissen auch, dass gerade Jugendliche diese Kulturlegis nicht beantragen. Also das müsste kommunikativ extrem gut begleitet werden. Aber auch viele Menschen mit Migrationshintergrund, von denen ich auch einige kenne, haben noch nie etwas von dieser Kulturlegi gehört. Und auch ihre Familien und ihre Kinder wären natürlich direkt betroffen.

Deswegen ist es einfach ganz wichtig, dass man bei solchen Planungen und Ideen die gesellschaftlichen Realitäten berücksichtigt und nicht an der Realität der Menschen vorbeiplant, denn dann ist das einfach keine zielführende Planung. Ausserdem finden wir es auch quasi demokratiepolitisch wichtig, dass man sich endlich dieses Anliegens annimmt. Das ist ein wiederkehrendes Anliegen des Kinderparlaments. Es verleiht ja immer diese Preise. Bernmobil bekommt regelmässig den Plämu-Preis. Wir finden, in einer Stadt, die demokratiepolitisch gut unterwegs ist und auch partizipativ sein möchte und die auch sagt, dass sie alle Stimmen wahrnehmen möchte, sollten wir doch auch die Stimmen der Kinder hören. Und sonst, wenn die Anliegen des Kinderparlaments auch kein Gewicht haben, sobald es um ein bisschen grössere Dinge geht, könnte man es auch abschaffen oder ihnen sagen, sie sollen, keine Ahnung, Petitionen wegen Zigaretten auf dem Spielplatz schreiben.

Wir leben in einer Stadt. Eine Stadt ist kein Dorf. Wollen die Kinder zum Konsi, brauchen sie ein Ticket. Wollen die Jugendlichen in den Ausgang, brauchen sie ein Ticket. Sprich, wollen die Kinder den Raum einer Stadt einnehmen und den beleben, brauchen sie im Gegensatz zum Dorf, wo ich aufgewachsen bin, wo man überall zu Fuss hingelangt, ein ÖV-Ticket. Dieses muss nicht gratis sein. Aber es sollte erschwinglich sein, auch für armutsbetroffene oder eben armutsgefährdete Familien.

Wir möchten, dass der Gemeinderat das Anliegen gründlich prüft und gehen entsprechend auf die Fristverlängerung ein. Wir behalten uns vor, allenfalls spätestens bei der Budgetdebatte entsprechende Anträge zu stellen, die einen vergünstigten ÖV für Kinder und Jugendliche ermöglichen. Aber eben, wir möchten zuerst die Prüfung abwarten und schauen, was für Ideen zusammenkommen.

1. Vizepräsidium: Für das Protokoll: Das war Tanja Miljanović. Wir haben den Namen nicht gewechselt. Nächste Rednerin ist Laura Brechbühler von der SP-JUSO-Fraktion.

Laura Brechbühler (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion wird der vom Gemeinderat beantragten Fristverlängerung bis zum 30. Juni 2027 ebenfalls zustimmen. Das Postulat wurde vom Stadtrat vor etwas mehr als einem Jahr angenommen. Unsere Fraktion hat ebenfalls zugestimmt. Wir stehen nach wie vor hinter dem Ziel eines für alle Menschen in der Stadt Bern bezahlbaren und zugänglichen öffentlichen Verkehrs. Beim vorliegenden Postulat geht es konkret um Schulkinder. Diese Idee macht auch in anderen Regionen der Schweiz Schule. So fahren seit Januar 2025 beispielsweise im Kanton Genf unter 25-Jährige gratis. Diese Massnahme ist bei der Genfer Bevölkerung sehr gut angekommen. Für Familien mit tiefen Einkommen kann der Preis des ÖV-Abos der Kinder eine grosse Belastung sein. Es geht nicht nur um den Weg zur Schule, sondern auch um soziale Teilhabe und um Chancengerechtigkeit. Deswegen findet die SP-JUSO-Fraktion es sehr wichtig, dass der Gemeinderat umfassend prüft, wie diese Familien am besten unterstützt werden können; und dies gerade vor dem Hintergrund, dass, wie schon meine Vorredner*innen gesagt haben, viele Berechtigte der Kulturlegi diesen Ausweis nicht kennen, nicht beziehen. Automatismen wären hier besser. Die Fristverlängerung auf Juni 2027 scheint uns deswegen angemessen.

Präsidentin: Als nächstes Denise Mäder von der GLP-EVP-Fraktion.

Denise Mäder (GLP) für die Fraktion: Viele von uns wollen, dass Kinder in Bern sicher, selbstständig, bestenfalls klimafreundlich unterwegs sein können. Aber ein kostenloser ÖV für alle ist nicht die richtige Lösung. Er kostet Millionen und entlastet auch jene, die das gar nicht nötig haben. Und Politik soll gezielt wirken und nicht nach dem Giesskannenprinzip. Und gerade, wenn die finanziellen Mittel begrenzt sind, müssen wir uns dort einsetzen, wo es wirklich einen Unterschied macht, und das heisst, gezielt vergünstigen, was auch genannt wurde, für Kinder aus einkommensschwachen Familien – ein Ansatz, den der Gemeinderat bekanntlich auch prüft, und der eine echte Unterstützung bringen könnte, und dort unterstützen, wo der Bedarf konkret ist, wie bei langen Schulwegen, schwierigen Schulwegen, wo die Stadt ja heute auch bereits Verantwortung übernimmt. Genauso wichtig, und das möchte ich noch einbringen, ist dieser Fokus: Auch ein Velo kann diese Anforderungen erfüllen. Und auch hier investiert die Stadt bereits heute sehr viel: Die Veloförderung für Kinder mit Verkehrsgärten, mit Kursen, Projekten, Angeboten, Initiativen soll die Kinder auch motivieren, zum Beispiel den Schulweg oder auch die Freizeitwege mit dem Velo zurückzulegen. Und das ist eben auch gesund, fördert die Selbständigkeit und macht Kinder im Alltag unabhängig. Ja, gezielt fördern und nicht nach dem Giesskannenprinzip. Wir werden der Fristverlängerung für die weitere Prüfung zustimmen.

Präsidentin: Vielen Dank. Gibt es noch Einzelvoten? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Gemeinderat Matthias Aebischer verzichtet. Dann kommen wir bereits zur Abstimmung. Wollt ihr dem Antrag des Gemeinderats für die Fristverlängerung zustimmen, dann drückt ihr gerne jetzt Grün.

Abstimmung Nr. 024

2024.SR.0170

Annahme Fristverlängerung bis am 30. Juni 2027

Ja	38
Nein	21
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag des Gemeinderats auf Fristverlängerung zugestimmt.

2025.SR.0183

19 Postulat: 2. Tramachse Innenstadt: Laufende Arbeiten der Regional-konferenz Bern-Mittelland nach eindeutiger Mitwirkung sofort abbrechen; Ablehnung

Das Postulat wurde zurückgezogen.

Präsidentin: Da das Traktandum 19 zurückgezogen wurde, kommen wir zum Traktandum 20. Ist das Traktandum 20 bestritten? – Das Traktandum 20 ist bestritten. Wollen wir es anfangen? – Timur braucht länger. Das ist doch gut. Ich würde sagen, wir verzichten darauf, dieses Traktandum anzufangen. Dann wünsche ich allen noch einen

schönen Feierabend. Wir haben es heute fast geschafft, die Traktandenliste mal zu Ende zu bringen. Merci vielmals und noch einen schönen Abend.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Folgende Geschäfte wurden nicht behandelt. Sie werden auf eine spätere Sitzung verschoben.

Traktandum 20: Postulat: Fraktion SP/JUSO: Eine dynamische Fussgängerzone Bümpliz - für soziale Vernetzung und urbane Lebensqualität; Annahme

2025.SR.0185

Traktandum 21: Interfraktionelle Motion: Familiengärten in der Stadt Bern: Erhalten und Sichern (GB/JA! und SP/JUSO); Annahme als Richtlinie Punkte 1, 4 und 5; Ablehnung/Annahme als Postulat/Prüfungsbericht Punkte 2 und 3

2025.SR.0202

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

<https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/4654080907.php>

2026.SR.0176 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Ab sofort Keine Zensur, Ausgrenzungen und die Beschimpfung durch die Exponenten der Reithalle mehr!

Alexander Feuz, SVP | Thomas Glauser, SVP | Bernhard Hess, SVP

2026.SR.0177 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Verhältnismässige Ausgestaltung des Vollzugskonzepts Geschäftsauslagen

Chantal Perriard, FDP | Ursula Stöckli, FDP

2026.SR.0172 | Motion | Eingereicht

Interfraktionelle Motion: Teilrevision Kundgebungsreglement – Meldepflicht statt Bewilligungspflicht und Verzicht auf Kostenüberwälzung

Lea Bill, GB | David Böhner, AL | Dominic Nellen, SP | Ronja Rennenkampff, JA | Matteo Micieli, PdA | Gourab Bhowal, JUSO

2026.SR.0175 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Herangehensweise bei der Erhebung der Wohnungsnummer in der Gemeinde Bern

Roger Nyffenegger, GLP

2026.SR.0169 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Antidemokratisches Verhalten der Reitschule Bern

Michelle Steinemann, Mitte | Nicolas Lutz, Mitte

2026.SR.0170 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Droht beim Tripity ein Abriss auf Vorrat – und welche Rolle übernimmt die Stadt Bern?

Barbara Keller, SP | Matteo Micieli, PdA | Helin Genis, SP

2026.SR.0171 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Fragen im Zusammenhang mit der Ausbootung und Beschimpfung von Alexander Ott durch Exponenten der Reitschule?

Alexander Feuz, SVP | Thomas Glauser, SVP | Bernhard Hess, SVP

2026.SR.0173 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Flamingos im Tierpark Bern: Wird die Haltung den Tieren angepasst oder die Tiere der Haltung?

Tobias Sennhauser, TIF

2026.SR.0174 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Werbeflächen der Stadt Bern: Mehreinnahmen durch zeitgemässe Gebühren und marktgerechte Konzessionen

Lukas Wegmüller, SP | Gourab Bhowal, JUSO

Schluss der Sitzung: 22.23 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

04.09.2026

X

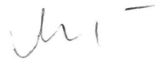


Signiert von: JELENA FILIPOVIC
Jelena Filipovic

für das Protokoll

07.09.2026

X



Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER
Redaktion: Anita Flessenkämper